Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de

Politische Gefangene

Anlässlich des Tages des politischen Gefangenen, 18. März, sprachen wir mit Henning von Stoltzenberg, Rote Hilfe.

Seite 5

Industrie 4.0 …

und Arbeiterklasse heute. Auszüge aus dem Referat von Olaf Harms auf der 12. Tagung des Parteivorstandes der DKP.

Seite 12

UZ
unsere zeit

20. März 2015 · Nr. 12 · 47. Jahrgang PVSt K 4956 D · Entgelt bezahlt · **2,80 €**

Aktion der Woche

Fotoaktion mit der UZ

Liebe Leserinnen und Leser:
Nutzt die Titelseite dieser UZ für ein Foto an Orten in Deutschland, die von der Ausbeutung des griechischen Volkes profitieren: Vor der deutschen Bank, vor Zentralen von Konzernen oder der politischen Eliten, vom deutschen Bundestag bis zum lokalen CDU-Büro. Schickt diese Fotos für eine Aktionsseite in der nächsten UZ mit kleinem Bildtext an: *redaktion@unsere-zeit.de*

Wir freuen uns auf eure Zusendung!
Redaktion der UZ

Foto: Bundesarchiv, Bild 101I-165-0412-14A / Rauch / CC-BY-SA

Zahlt endlich eure Schulden!

Die Angriffe der deutschen Banken, Konzerne und des deutschen Staates auf Eigentum und Lebensbedingungen des griechischen Volkes haben Tradition: Die faschistische deutsche Wehrmacht begann nach der Besetzung Griechenlands im April 1941 mit der Plünderung von Athen. Brotrationen von täglich 92 Gramm blieben für Stadtbewohner übrig, die Landbevölkerung ging völlig leer aus. Der Großteil der griechischen Lebensmittelproduktion wurde von den Nazis geraubt und der faschistischen Wehrmacht für ihre Raubkriege zur Verfügung gestellt. Im Jahr 1942 wurde die Bank von Griechenland zur Gewährung eines Kredits an das Deutsche Reich gezwungen – nach heutigem Wert etwa 30 Milliarden Euro.

Bislang weigert sich die Bundesregierung, die berechtigten Forderungen der neuen griechischen Regierung nach Reparationszahlungen zu erfüllen. Auch den Kredit will man nicht zurückzahlen. Dabei wird die Forderung, endlich eine Diskussion über das Thema Reparationen und Zwangskredit zu beginnen, in Griechenland nicht erst jetzt, sondern seit Jahren erhoben. So beispielsweise durch den damaligen Staatspräsidenten Papoulias anlässlich des Staatsbesuchs von Bundespräsident Gauck im März 2014.

Entgegen der Haltung der Bundesregierung in der Reparationsfrage gibt es von SPD- und Grünenpolitikern wie SPD-Vize Ralf Stegner und Anton Hofreiter (Grünen-Fraktionsvorsitzender) hierzulande jetzt Stimmen, die eine Entschädigung Griechenlands für die Folgen der faschistischen Besatzung fordern. „Politisch ist der Fall aus meiner Sicht eindeutig: Wir sollten auf die Opfer und deren Angehörige finanziell zugehen", erklärte die Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, Gesine Schwan, auf „Spiegel Online".

Deutsche Konzerne und Banken verdienen auch heute an der Ausplünderung des Landes. Vor allem nach Annexion der DDR suchten deutsche Banken und Konzerne dort neue Profitquellen. So beispielsweise im Einzelhandel und in der Pharmaindustrie. Neben den seit vielen Jahren in Griechenland tätigen Unternehmen wie Siemens, Bayer, Hochtief, Thyssen-Krupp u.a., die sich teilweise in den letzten Monaten „zurückgezogen" haben, weil die Gewinne sanken, etablierten sich Einzelhandelsunternehmen wie Lidl und Media-Saturn in Griechenland und verdrängten einheimische Einzelhändler und Ketten. Die Deutsche Telekom übernahm ab 2008 große Anteile von Hellenic Telecommunications, das – wie von GewerkschafterInnen vorausgesagt – nach einer Rosskur die Gehälter der Beschäftigten deutlich gesenkt hat.

„Auch die Vertreter der deutschen Rüstungsindustrie gaben sich", schrieb das „Handelsblatt" am 17.2.2012, „in Athen die Klinke in die Hand. Die Griechen waren lange ihre besten Kunden: Panzer und Geländewagen, Unimogs und U-Boote, Fregatten und Granaten. Selbst als die griechische Finanzmisere längst offensichtlich war, kam Kanzlerin Merkel nach Athen und drängte den damaligen Premier Kostas Karamanlis zum Kauf milliardenschwerer Eurofighter. Und wenn die Griechen mit einem Kauf zögerten, halfen deutsche Firmen wie Siemens oder Ferrostaal mit Schmiergeldern nach. Die wurden auf die Rechnungen draufgeschlagen."

In einem Gastbeitrag in „Die Zeit" machte Gesine Schwan am 12. Februar dieses Jahres darauf aufmerksam, dass deutsche Banken Griechenland schon nach dem Jahr 2000 hohe Kredite gegeben hätten, obwohl das Land schon damals nicht der Hort der finanziellen Stabilität war, sondern bereits erhebliche Schulden angehäuft hatte. „Die Kredite hatten unter anderem der Finanzierung von griechischen Importen aus Deutschland gegolten, die dem deutschen Export gut taten, von denen wir aber heute wissen, dass deren zugrundeliegende Verträge etwa mit Siemens, Rheinmetall und/oder Krauss-Maffei durch Korruption zustandegekommen waren."

Dem Vorschlag des damaligen Eurogruppenchefs Jean-Claude Juncker folgend wurde 2012 in Griechenland eine Privatisierungsagentur nach dem Vorbild der deutschen Treuhand eingerichtet. Öffentliche Güter wurden in undurchsichtigen Verfahren zu Schleuderpreisen verhökert. In der Agentur gaben private Unternehmen und die Troika den Ton an. Die lukrativen Teile der griechischen Agrarbank ATE zum Beispiel, die kurz zuvor noch in Staatsbesitz war, wurden an die private Piräus-Bank verkauft, die laut damaligem EU-Stresstest mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfte. Wie in vielen anderen Fällen blieben Preis und Konditionen geheim. Unter anderem sollten Häfen und Airports verkauft bzw. teilprivatisiert werden. Und auch hierwaren und sind auch deutsche Konzerne und Banken Nutznießer dieser weiteren Privatisierungen.

Werner Sarbok

(siehe auch die Seiten 8 und 9)

Solidarität mit dem griechischen Volk!

Der DKP-Parteivorstand erklärt seine Solidarität mit dem Versuch des griechischen Volkes und seiner Regierung, sich aus der menschenverachtenden unsozialen Austeritätspolitik, die ihm von der Troika aufgezwungen wurde, zu befreien.
Der Parteivorstand der DKP fordert die Bundesregierung auf,
★ ihren Widerstand gegen eine grundlegende Änderung der Politik der EU gegenüber Griechenland aufzugeben.
★ auf alle Forderungen zu verzichten, die von der griechischen Regierung die Fortsetzung des Sozialabbaus erzwingen sollen.
★ stattdessen umgehend die Gelder freizugeben, die die griechische Regierung zur Absicherung von Lohn- und Rentenzahlungen und zur Gesundheitsversorgung der Bevölkerung benötigt.
★ sowie einer gesamteuropäischen Schuldenkonferenz zuzustimmen, auf der vorbehaltlos alle Maßnahmen – insbesondere Schuldenschnitt und Umverteilung der gesamteuropäischen Ressourcen – geprüft und beschlossen werden, die die derzeitige ausweglose Situation in vielen Ländern und für viele Millionen Menschen in Europa beenden helfen.

Der Parteivorstand der DKP erklärt insbesondere seine Solidarität mit den berechtigten Forderungen des griechischen Volkes nach Entschädigungsleistungen für die deutschen Kriegsverbrechen und die von den Nazis erpresste Staatsanleihe und unterstützt den einstimmigen Beschluss des griechischen Parlaments, dass die BRD die historische Schuld der damaligen deutschen Besatzungsmacht wenigstens nach 70 Jahren finanziell wiedergutmacht, auch wenn diese Verbrechen überhaupt nicht mit Geld aufgewogen werden können.

Gastkolumne von Manfred Jansen

Dumping lohnt nicht

In der UZ vom 27.02.15 berichtete der langjährige Betriebsrat bei Daimler Bremen, Gerhard Kupfer: In der Nacht vom 11. auf den 12. Dezember streikten 1 300 Kolleg/innen gegen Fremdvergaben, Leiharbeit und Werkverträge. Die Belegschaft hat erkannt, dass die Schaffung von Billiglohnbereichen letztlich ein Angriff auf Arbeitsplätze und Standards auch der Kernbelegschaft ist.

Ich erinnere mich dazu an zwei Meldungen vom Juni 2014:

1) Obwohl der Daimler-Konzern im PKW-Bereich den Vorjahresgewinn gerade um ein Drittel getoppt hatte, kündigte der neue Produktionschef Schäfer Outsourcing im großen Stil an. Mehr noch, die Werklandschaft würde komplett umgekrempelt. Einzelne Modelle sollen nicht mehr standortgebunden sein, sondern (wie z.B. die C-Klasse) auf vier Kontinenten gleichzeitig organisiert werden.

2) Laut Schäfer gibt es mit dem Betriebsrat „eine neue, extrem konstruktive Zusammenarbeit". So seien für das Werk Sindelfingen über mehrere Jahre hinweg Kostensenkungen in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrages vereinbart worden.

Gerhard Kupfer erzählte, die Bremer hätten vergeblich versucht, Kontakte zu anderen Werken zu knüpfen um den Kampf zu koordinieren. So habe sich der Konzern „Stück für Stück ein Werk nach dem anderen geholt". Anscheinend werden die Belegschaften wieder einmal in einen Standortkonkurrenz-Amoklauf gehetzt.

Falls die genannten Zugeständnisse seitens der Betriebsräte Versuche sind, die Konzernstrategie abzuwenden, ist deren Scheitern absehbar. Die „Einsparungen" sind ja nicht als Alternative zu Schäfers Plänen gedacht, sondern sind ein Teil von ihnen.

Hier wird eine Grundsatzfrage berührt, die wir auch bei uns im Betrieb diskutierten und zwar lange bevor der Konzern uns mit Betriebsschließung drohte:

Es ist der gewerkschaftliche Grundgedanke, Konkurrenz der abhängig Beschäftigten gegeneinander zu unterbinden. Wir dürfen auf keinen Fall selbst zur Kultivierung solcher Konkurrenz beitragen. Erfolgreiche Kämpfe werden tendenziell verunmöglicht, wenn immer mehr Leute in prekärer Beschäftigung fast alles machen, um überhaupt arbeiten zu dürfen. Lohn- und Sozialdumping ist auf Dauer immer zu Erfolglosigkeit verurteilt, weil die Einspareffekte seitens der Konzerne gerne mitgenommen werden, die Verlagerung in andere Länder, in Billiglohnbereiche, in tariflose Betriebe usw. aber trotzdem erfolgt. Sie ziehen ihre Pläne durch, wenn sie nicht daran gehindert werden können!

Damals hat unser Vertrauensleutekörper durchgesetzt, dass der Betriebsrat der Beschäftigung von Leiharbeitern widersprach und dass so lange keine Überstunden genehmigt wurden, bis auch alle „Dauerbefristeten" fest eingestellt waren. Das war 1998.

Zehn Jahre später – im Oktober 2008 – sollte der Betriebsrat erpresst werden, Tarifverzicht und Massenentlassungen zuzustimmen, ansonsten würde der Betrieb geschlossen. Eine „Mitnahmestrategie" zum zusätzlichen Schröpfen der Belegschaft! Schon im November ließ der Konzern die Katze aus dem Sack, die Zerschlagung des Betriebes sei seit Langem beschlossene Sache.

Wir haben das in einem zweijährigen Kampf verhindert. Wir haben dabei nicht auf einen Cent verzichtet. Wir haben aber eingeschätzt, wenn wir nicht schon 1998 angefangen hätten gegen die Prekarisierung zu kämpfen, hätten wir 2010 nicht gewinnen können.

Unser Autor Manfred Jansen hat als Vertrauensleutevorsitzender und später als Betriebsratsvorsitzender mit seinen Kolleg/innen eine zwei Jahre dauernde betriebliche Auseinandersetzung gegen die vom Konzern bereits beschlossene Zerschlagung des Betriebes und die Schließung der Fertigung erfolgreich geführt. Dem vorausgegangen waren zehn Jahre, in denen sich die Belegschaft gegen prekäre Arbeit im Betrieb, gegen Lohnsenkungen und Tarifverzichte, gegen den Versuch, Kolleg/innen innerhalb der Belegschaft gegeneinander auszuspielen und Standortkonkurrenz anderen Belegschaften gegenüber zu schüren, wehrte.
Die gesammelten Erfahrungen, aber auch Erfahrungen anderer Kolleg/innen, haben ihn zu seinem Buch „Ihr seid Träumer sagte der Traum" inspiriert. Ein „Lehrbuch für Betriebsräte" (Anne Rieger in den Marxistischen Blättern), zu beziehen über buchmj@t-online für 16 EUR zuzüglich Versandkosten.

„Risiko der Altersarmut soll auf die Beschäftigten abgewälzt werden"

Ein Gespräch mit Olaf Harms

In der Tarifrunde Öffentlicher Dienst (Länder) greifen die „Arbeitgeber" die betriebliche Altersvorsorge an. ver.di mobilisert für spürbare Verbesserungen in den Sozial- und Erziehungsberufen und Gabriel macht Werbung für die ungeliebten Freihandelsabkommen.

UZ: *Derzeit läuft die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst (Länder). Wie schätzt Du den bisherigen Verlauf ein?*

Olaf Harms: In der Tarifrunde Öffentlicher Dienst der Länder ist dieses Mal wohl eine länger anhaltende Auseinandersetzung zu erwarten. Ein schnelles Ergebnis wie in der Tarifrunde der Kommunen im letzten Jahr, in der mit

Olaf Harms ist ehrenamtlicher Vorsitzender von ver.di Hamburg und Sekretär für Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der DKP

3,3 Prozent ein relativ gutes Ergebnis erzielt wurde, wird es dieses Mal nicht geben – nicht ohne Kampf. Damals haben wohl auch die zu der Zeit anstehenden Kommunalwahlkämpfe eine Rolle gespielt. Die „Arbeitgeber" hatten wohl Sorge, einen Tarifkonflikt im Wahlkampf auszutragen.

UZ: *Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske spricht von einer möglichen Eskalation des Tarifkonfliktes …*

Olaf Harms: … weil die „Arbeitgeber" an die Altersvorsorge der Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst wollen. Bei der betrieblichen Altersversorgung schlagen sie einen Ausstieg aus dem System vor, der perspektivisch darauf hinausläuft, dass mit bis zu 20 Prozent Rentenkürzung gerechnet werden muss. Allein der Vorschlag, zu einer kapitalgedeckten Altersvorsorge überzugehen, ist ein Griff ins Klo. Wir haben doch die Erfahrungen mit der Riester-Rente. Das Risiko der Altersarmut soll auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Nur, eine private Vorsorge treffen, dass können sich viele gar nicht leisten. Die betriebliche Altersvorsorge ist notwendig und muss verteidigt werden.

UZ: *In den Gewerkschaften wird der Länderbereich häufig so eingeschätzt, dass dieser schwierig zu mobilisieren ist. Dennoch gibt es derzeit eine ganze Reihe von öffentlichen Protesten unterschiedlicher Größe unter Fahnen der GEW, der GdP, vor allem aber von ver.di.*

Olaf Harms: Bei den Länderbeschäftigten ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad zugegebenermaßen nicht berauschend. Es gibt aber durchaus auch gut organisierte Bereiche, in Hamburg sind das zum Beispiel die Zulassungsbehörden und die Bezirksämter.

Und derzeit läuft nicht nur die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst der Länder, wir haben neben weiteren auch Tarifverhandlungen zur Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe. Da geht um eine Neuregelung der Eingruppierung, die für die rund 240 000 Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst zu Einkommensverbesserungen von durchschnittlich zehn Prozent führen würden.

Die damit verbundene Kampagne von ver.di ist enorm wichtig, weil wir bei einer Überschneidung der Tarifrunden und einem gewachsenen Bewusstsein in der Bevölkerung dafür, dass beispielsweise Pflegerinnen und Pfleger wesentliche Leistungen in unserer Gesellschaft erbringen, einen großen Schritt in Richtung Bekämpfung der Altersarmut gehen wollen. Denn wenn man es nüchtern betrachtet, dann erwartet diejenigen, die unsere Alten pflegen, im eigenen Alter reale Armut. Sie werden sich die eigene Pflege im Alter von ihrer Rente nicht leisten können.

UZ: *Sind die beiden Tarifrunden denn zusammen vermittelbar? Länderbereich, Öffentlicher Dienst, das klingt auf dem Papier erst einmal nach vergleichsweise guten Beschäftigungsbedingungen.*

Olaf Harms: Auch die öffentliche Hand schreckt nicht vor Befristung und Teilzeitbeschäftigung zurück. Ein geregeltes Leben ist im Öffentlichen Dienst nicht unbedingt gesichert. Ein Einkommen zum Auskommen – vor allem in Hinblick auf das Alter – ist auch im Öffentlichen Dienst ein Problem, das vielen Kolleginnen und Kollegen vertraut ist.

Eine effektive Bekämpfung von Altersarmut würde bedeuten: Keine Entlohnung von unter 15 Euro in der Stunde. Damit ist kein Luxus zu finanzieren, sondern lediglich die Unabhängigkeit von staatlichen Zuwendungen im Alter.

UZ: *Neben den Tarifrunden ist auf der letzten Sitzung der Kommission Betrieb und Gewerkschaft der DKP auch die Mobilisierung gegen die Freihandelsabkommen TTIP (EU-USA) und CETA (EU-Kanada) thematisiert worden. Die DKP unterstützt die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen die Freihandelsabkommen. Mein Eindruck ist, die Bewegung um die EBI ist in den letzten Wochen etwas ruhiger geworden …*

Olaf Harms: Die Kampagnen gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA haben an Fahrt verloren, das ist sicher richtig. Wir haben in der Kommission Betrieb und Gewerkschaft überlegt, was wir in die Bewegung, die die Europäische Bürgerinitiative sehr erfolgreich initiiert und durchgeführt hat, als Idee einbringen können.

Eine Möglichkeit wäre unserer Auffassung nach die Durchführung von Bürgerbegehren gegen CETA, das Abkommen zwischen der EU und Kanada, das – wie es jetzt aussieht – im nächsten Jahr in den nationalen Parlamenten abgestimmt werden soll und als Blaupause für TTIP dient. Bürgerbegehren können auf kommunaler und Länderebene gestartet werden. Wo es dieses Instrument gibt, ist es ein brauchbares Mittel, den Druck auf die Parlamente deutlich zu erhöhen und diese zur Positionierung zu zwingen – und zwar in stärkerem Maße als das beispielsweise bei einer Europäischen Bürgerinitiative der Fall ist.

UZ: *Neben den Unternehmensverbänden legt sich vor allem Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel mächtig ins Zeug, um Werbung für die Freihandelsabkommen zu machen. Der Kritik am in den Abkommen vorgesehenen Investorenschutz hält er nun ein Schlichtungsmodell entgegen.*

Olaf Harms: Mit seinem Vorschlag, die bisher geplanten privaten Schiedsgerichte durch einen Schlichtungsmodell zu ersetzen, hat Sigmar Gabriel eine Entschärfung beim Investorenschutz in die Diskussion gebracht. Der Investorenschutz ist ja ein Knackpunkt bei den Freihandelsabkommen, allerdings nicht der einzige.

Selbst wenn es so kommen sollte, dass hier Zugeständnisse gemacht werden, der mit den Freihandelsabkommen verbundene Druck in Richtung einer neuen Privatisierungswelle bleibt. Das Ziel von TTIP und CETA ist doch, den Markteinfluss von staatlicher Seite zu beseitigen. Öffentliches Eigentum ist da ein ganz wichtiger Faktor, denn Eigentum bedeutet Kontrolle.

Und diesen Druck wird es mit TTIP und CETA geben – Druck zur Ausgliederung, zur Privatisierung – gerade in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Obwohl wir deutlich vor Augen geführt bekommen, wie gefährlich Privatisierungen in diesen Bereichen sind und in welchem Ausmaß sie zu Lasten der Beschäftigten gehen.

Was das laute Trommeln von Kapitalverbänden und Wirtschaftsminister Gabriel für die Freihandelsabkommen betrifft, so sehe ich das eher als Zeichen für den Erfolg der Bewegung gegen die Freihandelsabkommen. Die zuvor gefahrene Strategie, in Geheimverhandlungen und ohne öffentliche Debatte die Freihandelsabkommen durchzudrücken, ist offensichtlich gründlich gescheitert.

Das Thema Freihandel ist jetzt in den Köpfen und die doch recht bemüht wirkenden Kampagnen des deutschen Kapitals für die „Idee des Freihandels" zeigen meines Erachtens, dass die Aufklärungsarbeit zu TTIP und CETA tatsächlich sehr erfolgreich war und ist. Nur muss sie jetzt dringend fortgeführt werden. Denn nur weil das Thema bei vielen gesetzt ist und wir wissen, was für einen Unsinn Sigmar Gabriel und Co. derzeit von sich geben, sind die Vorhaben noch lange nicht vom Tisch. Wenn wir TTIP und CETA wirklich verhindern wollen, muss der Druck ständig erhöht werden.

Das Gespräch führte Lars Mörking

Foto: © Ralf Spiegel/fototeam Hessen/verdi

Nachgefragt

Die Streiks bei Daimler Bremen und die 761 Abmahnungen

Über 100 klagewillige Kollegen sollen sich nach Angaben des ehemaligen Daimler-Betriebsrates Gerhard Kupfer gefunden haben, um sich gerichtlich gegen die Abmahnungen zu wehren, die sie aufgrund einer Streikaktion im Dezember 2014 erhalten hatte. In einem von Kupfer verschickten Rundbrief heißt es, die Klage solle mit einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit begleitet und nötigenfalls auch bis zum Europäischen Gerichtshof durchgefochten werden. „Dabei geht es nicht zuletzt um die Frage des Streikrechts, wegen dessen Einschränkung die BRD durch die EU bereits gerügt worden ist. Die 761 Abmahnungen und die Klage dagegen bekommen eine Bedeutung, die nicht nur die Bremer Daimler-Kollegen betrifft, sondern alle Beschäftigten dieses Landes." Ein verlorener Prozess mache das Recht nicht schlechter, so einer der Anwälte, die sich für die Kollegen bei Daimler Bremen einsetzen. „Ein gewonnener Prozess kann das Recht aber besser machen. Für alle Beschäftigten. Dafür lohnt es sich zu klagen", wird er im Rundbrief weiter zitiert.

Atomrückstellungen in Gefahr

Umbau der Energiekonzerne beschränkt Haftung für Rückbau von Atommeilern

Die Energiekonzerne E.on und RWE haben kürzlich ihre Geschäftszahlen präsentiert und damit unter Anlegern einen Schock ausgelöst: E.on präsentierte den größten Verlust seiner Firmengeschichte und RWE verkündete gleich neue Sparmaßnahmen. Schuld an der Misere seien wieder einmal der Atomausstieg und die Energiewende, schrillt es durch den Blätterwald. Die schwachen Geschäftszahlen lassen gleichzeitig Zweifel aufkommen, ob die Atomrückstellungen der Konzerne ausreichen, ihre alten Meiler zurückzubauen, oder ob am Ende doch der Steuerzahler dafür aufkommen muss.

Dieses Jahr werde ein ebenso hartes Jahr wie 2014, wenn nicht härter, sagte E.on-Chef Johannes Teyssen auf der Bilanzpressekonferenz am Mittwoch vergangener Woche. Im vergangenen Jahr hat der Energieriese einen Verlust von 3,2 Milliarden Euro eingefahren. Abschreibungen auf konventionelle Kraftwerke in Großbritannien, Schweden und Italien schlugen besonders zu Buche.

Foto: Andreas Conradt / PubliXviewinG

RWE machte im letzten Jahr „nur“ einen Gewinn von 1,7 Milliarden Euro. „Das Tal der Tränen ist noch nicht überschritten“, sagte RWE-Chef Peter Terium und stimmte auf einen weiteren Gewinnrückgang in diesem Jahr ein. Selbst betriebsbedingte Kündigungen wollte Terium nicht mehr ausschließen.

Bis zur Reaktorkatastrophe von Fukushima waren es vor allem die Atomkraftwerke, die den Energiekonzernen satte Gewinne einbrachten. Immerhin brachte jedes AKW den Konzernen einen Profit von einer Million Euro pro Tag. Die Energiewende veränderte die Marktbedingungen ebenso nachhaltig zu Lasten der vier großen Energiekonzerne: Vor allem die klassischen Großkraftwerke werden immer unrentabler, weil das Überangebot am Strommarkt die Börsenpreise in den Keller treibt. Inzwischen verdienen 35 bis 45 Prozent der RWE-Anlagen kein Geld mehr, musste Terium eingestehen, und wenn es bei den gegenwärtigen Börsenpreisen bleibe, „wird RWE Generation in nicht allzu ferner Zukunft einen betrieblichen Verlust ausweisen müssen“.

Nicht die Energiewende habe Schuld an den schlechten Konzernergebnissen, sondern deren eigene Manager, heißt es dagegen in einer von Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie zur Zukunft der Energiekonzerne. Der Atomausstieg, die Energiewende und der zu reformierende Emissionshandel seien längst absehbare Entwicklungen gewesen, auf die sich die Versorger hätten einstellen müssen, heißt es von den Autoren Heinz-Josef Bontrup und Ralf-Michael Marquardt von der Westfälischen Hochschule in Recklinghausen. Doch statt sich am Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beteiligen, kämpften die Unternehmen für eine Laufzeitverlängerung ihrer Atomkraftwerke und tätigten im Ausland teure und riskante Zukäufe. „Das Management der großen Versorger hat die Augen zu lange vor dem absehbaren neuen Energiemarkt verschlossen“, so Studienautor Bontrup. Jetzt räche sich das sture Festhalten an einem überkommenen Geschäftsmodell.

Die miserablen Geschäftsaussichten der vier großen Energieversorger würden auch deren finanzielle Verpflichtungen bedrohen, ist sich die Umweltorganisation Greenpeace sicher. Die Rückstellungen für die Milliardenkosten des Rückbaus von Atommeilern und die Umweltfolgen des Braunkohletagebaus bestünden zum großen Teil aus dem Wert der konzerneigenen Kraftwerke. Deren Wert sei aber in den letzten Jahren gesunken und entsprechend unsicher werden dadurch die Rückstellungen. „Die Bundesregierung muss dringend dafür sorgen, dass die Rückstellungen der Energieversorger in einer öffentlich-rechtlichen Stiftung gesichert werden“, so Energie-Experte Tobias Ausstrup von Greenpeace. Der Steuerzahler solle nicht für die Managementfehler von vormals blendend verdienenden Konzernen aufkommen müssen.

Die Warnungen von Greenpeace sind ernst zu nehmen. Die Energiekonzerne haben zusammen rund 36 Milliarden Euro an Rückstellungen für den Rückbau der Atommeiler gebildet. Sollten diese nicht ausreichen, haften die Konzerne bis zum letzten Cent. Deshalb sind sie bestrebt, ihre Haftung zu beschränken. Der verkündete Konzernumbau von E.on hatte bereits den Verdacht nahe gelegt, dass die Atomrückstellungen in eine Art Bad Bank ausgegliedert werden soll *(UZ berichtete)*. Sollten sie nicht ausreichen, würde nach einer Übergangszeit nur noch die neue Gesellschaft haftbar sein und nicht mehr der gesamte Konzern.

Durch eine Anfrage der Grünen beim Bundeswirtschaftsministerium wurde zudem bekannt, dass dort zu den Folgen der bereits 2012 vorgenommenen Umstrukturierung für die nuklearen Entsorgungsverpflichtungen Vattenfalls keine Erkenntnisse vorliegen, wie es in der Antwort heißt. **Bernd Müller**

„Fortschrittlich und kämpferisch“

Textilindustrie in Berlin und Brandenburg

Textilien sind neben Trinkwasser und Nahrung das wichtigste Grundbedürfniss der Menschen. Sie dienen dem Schutz vor Kälte, Hitze, Regen, Wind, zur Errichtung von Wohnraum (Zelte) und sind Ausdruck von Kultur, Religion …

Seit der industriellen Revolution ist die Textilindustrie die Abteilung der produzierenden Industrie (oder der verarbeitenden Gewerbe, wie die IG Metall das heute nennt) mit der weltweit größten Zahl von ArbeiterInnen. Dies hat sich nicht geändert, nur geographisch verschoben.

Während in den ursprünglichen Ländern der industriellen Textilherstellung (England, Deutschland, Frankreich, Italien, USA) heute weniger ArbeiterInnen in der Branche tätig sind, ist ihre Zahl in den „Billigländern“ (Indien, Bangladesch, Pakistan, Kambodscha, Türkei und neuerdings einigen afrikanischen Staaten wie Ghana, Bali u.a.) stark gestiegen.

Seit Beginn der Arbeiterbewegung – besonders der kommunistischen Bewegung – haben Studien der Entwicklung der Produktivkräfte, der Arbeiterklasse und ihres Bewußtseins die Werke der Klassiker wesentlich mitgeprägt. Wir empfehlen zur Vertiefung hier besonders Engels' „Zur Lage der arbeitenden Klassen in England“. Engels selbst entstammte einer Textilkapitalistenfamilie (Baumwollspinner in Manchester).

Bedingt durch ihre große Zahl und Schärfe der Ausbeutung waren und sind TextilarbeiterInnen immer wesentlich an den Klassenkämpfen beteiligt, wichtige „Eckpunkte“ in der Entwicklung wie Internationaler Frauentag, Wahlrecht für Frauen, die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit u.a. sind Ergebnisse großer Kämpfe und großer Streiks der TextilarbeiterInnen.

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-R0609-0002 / Thieme, Wolfgang / CC-BY-SA

Auch heute ist dies so, besonders dort, wo es neben einer zahlenmäßig starken Textilarbeiterschaft kommunistische Parteien gibt, die organisierend und bewußtseinsbildend wirken. Die KP Bangladesch's schätzt die TextilarbeiterInnen als den „fortschrittlichsten und kämpferischsten Teil“ der Arbeiterklasse ihres Landes ein, ähnlich ist das in Indien, China und der Türkei.

In Deutschland gibt es heute ca. 130 000 sozialversicherte TextilarbeiterInnen, daneben eine große Zahl „nicht erfasster“ (siehe weiter unten) ArbeiterInnen, die als Zulieferer, Änderungsschneider usw. selbstständig und selbstausbeutend arbeiten.

Auf die östlichen Bundesländer entfallen von diesen 130 000 nur 16 000. Das ist eine „Umkehrung“ der Verhältnisse von vor 25 Jahren, wo der Osten – sprich die DDR – im deutschdeutschen Vergleich bei weitem mehr TextilarbeiterInnen beschäftigte.

In Brandenburg sind 0,6 Prozent aller in der Produktion tätigen ArbeiterInnen Textiler (im Vergleich Gesamtdeutschland: zwei Prozent), das sind 736 Personen. Sie arbeiten in fünf Spinnereien, einer Weberei und 22 „veredelnden“ Betrieben, darunter Kleiderfabriken.

In Berlin arbeiten knapp 1 000 TextilarbeiterInnen in 80 Betrieben, davon sind vier Webereien, 56 Veredler und 20 „sonstige Firmen“, darunter Designer, Lederverarbeiter usw.

Trotz lückenhafter Informationen, besonders aus der DDR, zu der damals ein Teil Berlins und ganz Brandenburg gehörten, kann man definitiv sagen, dass seit dem Ende der DDR mehr als drei Viertel der Arbeitsplätze in der Textilindustrie Berlins und Brandenburgs zerstört wurden. Diese Zahl ist – ins Verhältnis zum Rest Deutschlands gesetzt – sehr hoch.

Die DDR hatte geplant, Berlin zum Zentrum ihrer Textilindustrie auszubauen. Dies wurde nicht erreicht, die Lausitz und Thüringen blieben sowohl was die Produktionszahlen, als auch was die Arbeitskräfte anbelangt, vor der Hauptstadt. Trotzdem gab es einen großen (VEB Fortschritt) und mehrere mittelgroße Betriebe mit – konservativ geschätzt – weit über 5 000 ArbeiterInnen, Brandenburg lag nicht weit dahinter.

Die sehr große Anzahl nicht erfasster – sprich nicht sozialversicherter – TextilarbeiterInnen, die unter teilweise desaströsen Bedingungen in kleinsten Produktionseinheiten bei hoher Selbstausbeutung, sehr schlechtem Einkommen; nicht gewerkschaftlich organisiert oder „selbstständig“ im Sinne von Mitarbeit als Familienmitglied (oft auch der Kinder) arbeiten, bedeutet einen Rückschritt, vergleichbar mit der vorindustriellen Zeit der „cottage-weavers“ (Katen-Weber). Die kleinen Betriebe in der „offiziellen“ Textilindustrie, die besonders in Berlin und Brandenburg das Bild prägen – stärker noch als im Rest Deutschlands –, würden, sollten wir dahin kommen, eine Sammelbetriebsgruppe Textil erfordern. In diesem Bereich fällt es schwer, heute noch einen „Schwerpunktbetrieb“ ausfindig zu machen.

Marion Baur, Hermann Glaser-Baur

Tarifrunde Vattenfall: Keine 2,4 Prozent

Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und die IG Metall haben in der dritten Verhandlung einen Tarifabschluss für die rund 15 000 Beschäftigten in der Tarifgemeinschaft Vattenfall in Deutschland erreicht: Entgelte und Ausbildungsvergütungen erhöhen sich nach Angaben der IG BCE um 2,4 Prozent ab dem 1. April 2015. Zusätzlich erfolgt im Januar 2016 eine Einmalzahlung von 100 Euro, für die Auszubildenden von 50 Euro. Der Vergütungstarifvertrag läuft bis zum 30. September 2016. Das bedeutet, dass auf 12 Monate gerechnet nicht 2,4 Prozent, sondern eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen von 1,7 Prozent vereinbart wurde.

Laut Verhandlungsführer Holger Nieden (IG BCE) gestalteten sich die Verhandlungen „extrem zäh“. Der dritten und letztendlich entscheidenden Verhandlungsrunde waren Warnstreiks der Vattenfall-Beschäftigten vorausgegangen. „Wir haben mit diesem Tarifabschluss in einer energiepolitisch schwierigen Situation einen tragfähigen Kompromiss erreicht“, sagte Nieden.

Tarifrunde chemische Industrie

Die IG BCE ruft die 550 000 Beschäftigten der chemischen Industrie zur Teilnahme an Großdemonstrationen an fünf Chemie-Standorten auf.

Ein Angebot in der dritten Verhandlungsrunde hat die IG BCE als „Provokation“ zurückgewiesen. Die „Arbeitgeber“ hatten zwei bis drei Leermonate gefordert sowie eine Erhöhung der Löhne um 1,6 Prozent bei einer Gesamtlaufzeit von 15 Monaten (aufs Jahr gerechnet 1,28 Prozent). Laut IG BCE ist dies „völlig inakzeptabel und meilenweit von einem möglichen Abschluss entfernt“. Für den Fall, dass die vierte Verhandlungsrunde am 26. und 27. März in Stuttgart scheitern sollte, bereitet die IG BCE nach UZ-Informationen einen Arbeitskampf vor.

Die IG BCE ist grundsätzlich auf Sozialpartnerschaft orientiert. Der Verlauf der Tarifrunde in der chemischen Industrie zeigt aber, dass die Kapitalseite diese Sozialpartnerschaft einseitig aufgekündigt hat. Die streikunerfahrene IG BCE reagiert nun darauf, wenn sie für die Möglichkeit eines Arbeitskampfes Vorbereitungen trifft.

Die IG BCE fordert eine Anhebung der Entgelte um 4,8 Prozent, außerdem soll der Tarifvertrag „Demografie und Lebensarbeitszeit“ weiterentwickelt und der Demografiefonds ausgebaut werden. In den vergangenen zwei Wochen hatte die IG BCE rund 60 000 Beschäftigte für Aktionen zur Tarifrunde mobilisiert. Die Gewerkschaft will jetzt den Druck erhöhen. Großdemonstrationen gab es in dieser Woche bereits in Burghausen und Frankfurt/Main. Für nächste Woche sind Demos in Köln, Ludwigshafen und Hamburg angekündigt.

Tarifabschluss Steinkohle

Die Entgelte der 13 900 Beschäftigten im Steinkohlenbergbau (Ibbenbüren, Ruhr) steigen nach Angaben der IG BCE zum 1. Mai 2015 um 3,6 Prozent (Laufzeit 24 Monate, aufs Jahr gerechnet also 1,8 Prozent). Auf diesen Tarifabschluss einigten sich der Gesamtverband Steinkohle und die Gewerkschaft IG BCE am 11. März in Herne.

Zudem erhalten die Beschäftigten im März eine Einmalzahlung von 600 Euro, die Jahressonderzahlung wurde zudem dauerhaft auf 2 156 Euro festgeschrieben.

IG-BCE-Verhandlungsführer Peter Hausmann wertet das Ergebnis als „guten Abschluss in einer schwierigen Zeit.“ Es sei gelungen, dass die Bergleute nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden. „Trotz Personalanpassung und Versetzungen leisten die Beschäftigten einen hervorragenden Job – das schlägt sich nun auch in einem realen Einkommenszuwachs nieder“, so Hausmann.

In Deutschland gibt es noch drei Steinkohlezechen: Prosper-Haniel in Bottrop, Auguste Victoria in Marl und das Bergwerk Ibbenbüren. Die staatlich subventionierte Steinkohle-Förderung läuft nach dem Steinkohlefinanzierungsgesetz Ende 2018 aus.

Frankfurter Rätselraten

Ein Jaspar von Altenbockum belehrt uns in der *FAZ* („Woher kommt der Hass?“) über die Unbill der Zeitläufte. Politikern, Verwaltung und Journalisten schlüge „eine Verachtung entgegen, die nicht rational erklärbar“ sei. Könne Deutschland in den Spiegel schauen, es würde sich manchmal kaum wiedererkennen.

Nun, es scheint das Deutschland-Bild des Herrn von Altenbockum deutlich von jenen blitzenden Zeiten geprägt, als ein Diederich Heßling, hutschwenkend und mit der Nase auf dem Pflaster, eiligst der Kutsche ihrer allerhöchsten Pickelhaube in untertänigster Pflichterfüllung beflissen hinterher sabberte. Als nun die beliebteste Kanzlerin aller Zeiten verkündete: „Deutschland geht es gut!“ und: „Ich leite die erfolgreichste Bundesregierung aller Zeiten!“ hätte es sich doch wohl gehört, dass das Volk, der gemeine Pöbel zumal, in Hochrufe, Jubelgesänge und Dankgebete ausgebrochen wäre. Und – was ist?

Polizisten würden von Hooligans beinahe totgeschlagen, Menschen von einem gutorganisierten Nazi-Mob bedroht, ein Bürgermeister in die Resignation getrieben. Wutbürger, Pegida, selbst die Schlägertrupps aus den Fußballstadien stürzten sich auf Polizisten. „Wie schleichendes Gift“ sickere eine „Feindseligkeit, ein Bürgerkrieg der Worte und manchmal auch schon der Taten in unser Leben.“

Von Altenbockum kennt natürlich auch die Übeltäter: „Die Protestbewegungen gegen Atomkraft, Rüstung und andere Apokalypsen“, Stuttgart 21, Blockupy, Anti-TTIP-Propaganda. Und natürlich die „Facebookisierung des Abendlandes“. Durch die sozialen Medien und dem „digitale(n) Herdentrieb“ begünstigt, bricht nun der Wutbürger „durch die dünne Decke der Zivilisation“. „Der Hass und die Rituale der Verunglimpfung“ breiteten sich im Netz aus „wie eine Seuche“. Klar, dass angesichts dieser „Verrohung“ und dieser „neuen Form des Extremismus“, Polizeiaktionen wie in Stuttgart eher den Charakter eines, sagen wir, Feuerwehreinsatzes haben. Die Verhältnisse zerrütten, Öl ins Feuer gießen und sich zum Löschen anbieten, das sei „auf der Linken nicht anders als auf der Rechten, bei Blockupy so ausgeprägt wie in den ‚Kameradschaften‘ von Dortmund bis nach Thüringen“. Furchtbar, all diese „Verächter, die Meckerer, die Besserwisser, die Verhinderer“, die gegen „eine ‚korrupte Politikerkaste‘“ oder „eine ‚gleichgeschaltete Lügenpresse‘ mit all ihrem Hass“ hetzten.

Richtig, „der Hass und die Rituale der Verunglimpfung“ breiteten sich aus. Seit Jahrzehnten von Rechts-Oben. Da braucht man nur die Qualitätspresse aufzuschlagen, eine beliebige Talkshow einschalten, oder Herrn Sarrazin zuhören, oder Herrn Henkel, oder Herrn Schäuble … Der Neoliberalismus ist schon vor 30 Jahren durch die dünne Decke der Bretton-Woods-Zivilisation gebrochen. Diese (nicht ganz so) „neue Form des Extremismus“ sickert in der Tat „wie schleichendes Gift“ in alle Lebensbereiche. Sie erzeugt tatsächlich einen Bürgerkrieg, einen Krieg Reich gegen Arm, der alles andere als ein Krieg der Worte ist. (Und in dem das Frankfurter Zentralorgan nicht gerade nur Zuschauer ist.)

Arm, besser vielleicht Nicht-Reich, Links-Unten, hat in diesem Krieg massive Substanz-Verluste erlitten. Materiell, aber gravierender noch organisatorisch und vor allem mental und ideologisch. Die Formationen der großen Alternative sind noch nicht zurück. Die Sozialdemokratie, schon 1914 übergelaufen, hat mit Schröder ihr reformistisches Feigenblatt aus Kalten Kriegszeiten fallen gelassen und sich als neoliberaler Sturmtrupp geoutet. Die DGB-Oberen haben nolens volens stillgehalten. Geblieben ist Orientierungslosigkeit, spontane Hoffnung, Wut, Pegida und Co.

Die krude Recht-Links-Propaganda einmal beiseite. Der große Irrtum des Neoliberalismus ist der Glaube, man könne die ungehemmte Bereicherung, das Profitmaximierungsgebot des Kapitalismus, als gesellschaftliches Hoffnungsprojekt verkaufen. Die grassierende Verarmung, die Zerstörung der Infrastruktur, der Umwelt, Bildung und Kultur vorantreiben – und alles würde so bleiben wie immer. Diese Wette geht ebenso schief wie die des US-Subprime-Marktes. Der Sozialismus ist glücklich totgerüstet. Deutschland „droht“ keine soziale Revolution, sondern, ganz rational erklärlich, Entdemokratisierung, Aufrüstung, Verfall, und die Entzivilisierung. Dass ausgerechnet die *FAZ* sich darüber mokiert, ist verblüffend. Man könnte fast meinen, die ach so gebildeten Frankfurter hätten dem Friedrich Hayek und dem Milton Friedman tatsächlich geglaubt

.

Guntram Hasselkamp

Festung Frankfurt Bankenviertel

Foto: Christian Martischius/r-mediabase.eu

Am 18. März 2015 (nach Redaktionsschluss) wird die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main ihr neues Hauptquartier feierlich eröffnet. Es gibt nichts zu feiern an Sparpolitik und Verarmung! Tausende von wütenden Menschen und entschlossenen AktivistInnen aus ganz Europa haben sich so im Vorfeld angekündigt, um die Straßen rund um den Eurotower zu blockieren und dieses Event der Macht und des Kapitals zu unterbrechen. Die Veranstalter wollen die Party übernehmen und sie in einen Ausdruck des transnationalen Widerstands verwandeln.

Die Polizei rüstet auf. Frankfurt wird zur Festung. Während der Blockupy-Proteste an diesem Tag in Frankfurt will allein die Bundespolizei mit sieben Hundertschaften und einem Hubschrauber Bahngleise und Bahnhöfe sichern.

„Es ist der bisher größte Einsatz für die Bundespolizei-Inspektion Frankfurt“, sagte Einsatzleiter Bernd Hellmann am Montag. Die Hundertschaften der Bundes-Bereitschaftspolizei kommen aus verschiedenen Teilen Deutschlands.

UZ

18. März – Tag des politischen Gefangenen

Für die Aufhebung des KPD-Verbots

UZ: *Am 18. März fanden auch in diesem Jahr Aktivitäten für die Freiheit für alle politischen Gefangenen statt. Auf welche Tradition geht dieser Tag zurück?*

Henning von Stoltzenberg: Der 18. März als Aktionstag für die politischen Gefangenen hat eine lange Geschichte in der Arbeiterbewegung. Ursprünglich als Tag der Commune begangen, wurde er 1923 von der Internationalen Roten Hilfe als Tag der politischen Gefangenen ausgerufen, um neben dem Gedenken an die gefallenen Arbeiterinnen und Arbeiter und den ersten Versuch der sozialistischen Umgestaltung auch konkrete Forderungen für die Inhaftierten zu stellen und öffentliche Aktionen und Spendensammlungen durchzuführen. Die Erhebung der Arbeiterschaft 1871 hatte es 71 Tage lang ermöglicht, gesellschaftliche Strukturen jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung zu schaffen. Schließlich wurde die Pariser Kommune jedoch von den Armeen der Herrschenden niedergeschlagen. 20 000 Kommunardinnen und Kommunarden wurden ermordet, Tausende zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Trotz der Niederlage gilt die Pariser Kommune als Fanal für eine kämpfende Arbeiterbewegung, die in der darauffolgenden Zeit an politischer Stärke gewonnen hat.

Erst der Faschismus setzte dieser Tradition für lange Zeit ein Ende. Auch die Rote Hilfe Deutschlands wurde durch die Nazis zerschlagen. Nachdem sich die Rote Hilfe in den 80er Jahren in ihrer heutigen Form als Verein wiedergegründet hatte, wurde 1996 der 18. März gemeinsam mit dem Förderverein „Libertad!“ für internationale Kommunikation und Solidarität wieder als Aktionstag ausgerufen. Seitdem finden jährlich wieder bundesweit zahlreiche Aktivitäten statt.

UZ: *Wird der 18. März einzig von linken Organisationen und Parteien begangen, oder spielt er auch in der Arbeit von Bürgerrechtsorganisationen eine Rolle?*

Henning von Stoltzenberg: Auch Bürgerrechtsorganisationen wenden sich wie wir gegen politisch motivierte Urteile gegen Linke, kritisieren Haftbedingungen wie etwa die Isolationshaft oder kritisieren die Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten. In diesem Bereich gibt es eine Reihe von gemeinsamen Forderungen. Ein direkter Bezug zum 18. März ist mir allerdings nicht bekannt.

UZ: *Können Sie einen kurzen Überblick über die verschiedenen Aktivitäten des diesjährigen 18. März geben?*

Henning von Stoltzenberg: Die Rote Hilfe e.V. gibt jährlich eine Sonderzeitung heraus, die neben einem inhaltlichen Schwerpunkt zahlreiche Solidaritätskampagnen und politische Gefangene zu Wort kommen lässt. Hier ist es für uns als strömungsübergreifende linke Solidaritäts- und Schutzorganisation besonders wichtig, politischen Gefangenen aus den teils sehr unterschiedlichen sozialen Kämpfen in der BRD und weltweit eine Stimme zu geben und natürlich insgesamt den Fokus der linken Bewegung auf Repression und Gefangenenschaft zu legen.

Die Zeitung stellen wir unseren Ortsgruppen und anderen Initiativen zum Verteilen zur Verfügung. Gleichzeitig erscheint sie seit vielen Jahren als Beilage in der Tageszeitung *junge Welt* und ist nun im zweiten Jahr auch in der Zeitung *ak- Analyse und Kritik* erschienen

In diesem Jahr hat sich unsere Sonderzeitung schwerpunktmäßig mit der Repression gegen die linke Bewegung aus der Türkei und Kurdistan befasst. Die Inhalte der Veranstaltungen reichten von Workshops zum Verhalten bei Hausdurchsuchungen bis hin zu der Situation von Langzeitgefangenen in den USA wie zum Beispiel Mumia Abu Jamal. Auch bei den Protesten gegen die EZB Neueröffnung am 18. März in Frankfurt war die Rote Hilfe e.V. präsent.

UZ: *Inwieweit spielte das PKK-Verbot eine Rolle?*

Henning von Stoltzenberg: Das Verbot der kurdischen Arbeiterpartei PKK besteht nun schon seit 21 Jahren. Es war von Anfang an natürlich ausschließlich politisch motiviert und darauf ausgerichtet, den NATO-Partner Türkei in

Henning von Stoltzenberg ist Mitglied des Bundesvorstandes der linken Solidaritäts- und Antirepressionsorganisation Rote Hilfe e.V.
www.rote-hilfe.de

seiner Verleugnungs- und Unterdrückungspolitik gegen die linke kurdische Opposition zu unterstützen. Die Folge waren zahllose Ermittlungsverfahren, Geld- und Haftstrafen. Auch aktuell sind kurdische Aktivisten und Politiker inhaftiert oder stehen vor Gericht in der Erwartung jahrelang eingesperrt zu sein.

Gerade in den letzten Monaten nimmt die Verbotspolitik gegen die kurdische Bewegung geradezu groteske Züge an. Zum einen wird erstmalig seit vielen Jahren auch in den bürgerlichen Medien positiv Bezug auf den Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat und den demokratischen Aufbauprozess der kurdischen Bewegung im syrisch-kurdischen Rojava genommen. Die Bundesregierung liefert gar Waffen an die regierungstreuen nord-irakischen Peschmerga, die sich nun endlich auch zumindest etwas an der Verteidigung der multiethnischen und -konfessionellen Bevölkerung Rojavas beteiligen, was Kämpferinnen und Kämpfer der PKK unumstritten bereits seit Monaten tun und damit Massaker durch den IS verhindert haben. Zum anderen werden wie kürzlich in Villingen-Schwenningen Aktivisten unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der PKK inhaftiert.

Der Gipfel sind die Ermittlungsverfahren gegen mehrere Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, weil sie Organisationssymbole demonstrativ aus Protest gegen diese Politik öffentlich gezeigt haben. Die Rote Hilfe e.V. ist über den Schwerpunkt unserer diesjährigen Sonderzeitung hinaus entschieden gegen das PKK-Verbot in der BRD wie auch gegen deren Aufführung auf der sogenannten EU-Terrorliste.

UZ: *Verbote linker Parteien haben ja in der BRD eine lange Tradition …*

Henning von Stoltzenberg: Bekanntlich wurde die KPD ja bereits 1956 verboten, was zehntausende Ermittlungsverfahren, Verurteilungen und Berufsverbote nach sich zog. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt da ganz klar die Forderung der Initiativgruppe zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges nach Aufhebung des KPD-Verbots sowie der Entschädigung der Betroffenen.

Desweiteren gibt es auch von Repression Betroffene, denen vorgeworfen wird, in der BRD verbotenen Exilbewegungen wie der türkischen DHKP-C oder der tamilischen LTTE anzugehören. Auch hier sollte die gesamte Linke unabhängig von direkter politischer Übereinstimmung viel entschiedener gegen die Kriminalisierungspolitik eintreten, da diese direkte Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen bis hin zum finanziellen Ruin oder Inhaftierung haben kann.

UZ: *Viele Menschen werden nicht wirklich wissen, wie man politische Gefangene überhaupt unterstützen kann. Haben Sie einen Tipp, was man konkret tun kann?*

Henning von Stoltzenberg: Es gibt viele Möglichkeiten, politische Gefangene zu unterstützen. Da wäre zum einen der Kontakt über Briefe und möglicherweise Besuche, um Kontakt nach draußen herzustellen und die Gefangenen an den Diskussionen der sozialen Bewegungen teilhaben zu lassen. Auch Zeitungsabos zu finanzieren ist eine sehr konkrete Form der Solidarität. Unterstützungsaktionen für die Forderungen der Gefangenen wie die Aufhebung von Isolationshaft, das Nichtaushändigen von Zeitungen oder Besuchsverbote sind ebenso eine Möglichkeit.

In vielen Fällen ist auch das Sammeln von Geld für die juristische Verteidigung von Nöten. Das Besuchen und dokumentieren der Prozesstermine kann zu einer kritischen Öffentlichkeit beitragen und ist vielen Angeklagten sehr wichtig. Die Unterstützung von sozialen Forderungen während der Haftzeit ist ebenfalls sehr wichtig aus unserer Sicht. Hier hat sich zum Beispiel vor einiger Zeit die Gefangenengewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) gegründet, die Rentenansprüche und Mindestlohn für Gefangene fordert.

Das Gespräch führte Markus Bernhardt

Treten auf der Stelle

SPD: Vertrauen gewinnen ohne klare Alternativen

Fünf Wochen nach der Klausurtagung des SPD-Parteivorstands kamen in den letzten Tagen weitere Details der in Nauen intern geführten Diskussionen in die Öffentlichkeit. Sie überraschen nicht, aber geben einen aktuellen Einblick in die teils resignative Stimmungslage in der SPD-Führung. Denn trotz ihrer Jubel-Arien nach der Hamburg-Wahl und allem Eigenlob über die Arbeit ihrer Ministerinnen und Minister in der GroKo, kommt die SPD in der Hauptsache, ihr Wählerpotenzial zu vergrößern, nicht voran.

Auf der Klausurtagung hat nun SPD-Chef Gabriel kleinlaut einräumen müssen: „Zwischen Union, Grünen und Linkspartei bleibt uns nur ein Potenzial von 27 Prozent“. Gegenwärtig liegt die Partei in den Umfragen zwischen 24 und 25 Prozent. Deshalb, so soll er festgestellt haben, könne es „sehr lange dauern, bis wir wieder den Kanzler stellen“. Die SPD habe seit längerem ein Image-Problem.

Auf der Klausurtagung hatten Umfragen des Meinungsforschungsinstitutes TNS Infratest den Sozialdemokraten genau dieses Problem bescheinigt. Der SPD gelinge es nicht, über ihre Kernklientel hinaus Wähler zwischen 25 und 45 Jahren zurückzugewinnen. Noch immer begegneten viele Wähler der SPD aufgrund der umstrittenen Arbeitsmarktreformen mit Misstrauen. Die SPD – so TNS Infratest – müsse „wieder erkennbar“ werden. Auch wenn dies bedeute, „dass sie – wo nötig – Konflikte mit der Union eingehen muss“.

Doch woraus sollen sich Konflikte ergeben, wenn die GroKo-Koalitionäre – wie der Koalitionsvertrag und die praktische Regierungspolitik zeigen – fast völlig übereinstimmen? Das ist so in der Europapolitik, beim Euro, beim Standpunkt gegenüber Griechenland und bei der Ukraine. Konfliktpotenzial? Null! So kann der sozialdemokratische Außenminister unermüdlich in Europa herumjetten und persönliche Bestwerte erzielen – die besten Zustimmungswerte, und darauf kommt es bei Wahlen wohl an, erhält die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende.

Die SPD ist fest eingebunden in das politische System eines kapitalistischen Deutschlands und Europas. Die linken Kräfte sind weiter zurückgedrängt worden, auch wenn sie in der einen oder anderen Frage nicht gänzlich zu überhören sind. Nehmen wir als Musterbeispiel die Auseinandersetzung um das Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit den USA. Die Meinungsbildungsprozesse laufen in der Mehrzahl der EU-Mitgliedsländer auf eine Zustimmung zum TTIP hinaus. Die Bundeskanzlerin hat unmissverständlich auf einen zügigen Abschluss der TTIP-Verhandlungen gedrängt. Der sozialdemokratische Außenminister hat

Fest an Merkels Seite. Im 25-Prozent-Turm

sich dem erst vor wenigen Tagen angeschlossen. Andererseits hat sich gehöriges Protestpotenzial gegen TTIP oder an wichtigen Details von TTIP entwickelt. So musste SPD-Chef Gabriel vor wenigen Monaten einen Parteitagsbeschluss gegen TTIP, insbesondere gegen die Schiedsgerichtsbarkeit – hinnehmen. „Der Beschluss gilt“, ist von sozialdemokratischen Funktionärsträgern zu hören. Doch der SPD-Parteichef will inzwischen nichts mehr von dieser Festlegung wissen. Denn in seinem Amt als Wirtschaftsminister antwortete er im Bundestag auf die Frage der Grünen, ob er die Schiedsgerichtsfrage noch herausverhandeln könne: „Meine Antwort ist: Nein (…) und das werde ich auch meiner Partei sagen, die in Teilen eine andere Auffassung hat.“

Ein Hauptproblem bei der Zurückgewinnung steckt zweifellos in der Agenda-Politik, dem – wie kürzlich in der SPD-nahen Frankfurter Rundschau zu lesen war – „einzigartigen Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik“, beschlossen 2002 von der SPD-geführten Bundesregierung. Darum misstrauten viele Anhängerinnen und Anhänger der SPD nach wie vor all ihren Versprechungen, sagen alle Meinungsforscher. Die Rückgewinnung von Vertrauen sei „keine Sache von ein paar Tagen“, meinte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel zu recht. „Die SPD muss als klare Alternative zur Union wahrgenommen werden“, fügte er hinzu. „Die Merkel-Union fährt in allen Fragen auf Sicht, wir müssen erkennbar sein als die Partei, die sich mit den Herausforderungen der Zukunft beschäftigt: Familienpolitik, Chancengleichheit bei Bildung und Arbeit.“

Auf dem Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein in Neumünster rief der andere stellvertretende Vorsitzende der SPD, Ralf Stegner, in einer kämpferischen Rede seine Partei auf, ihr Profil zu stärken. Bei Wahlen habe sie nur eine Chance, wenn die Menschen die Unterschiede zur Union wahrnähmen. Außerdem müsse sie ihre regionalen Schwächen im Osten und Süden Deutschlands beheben.

Viele einsichtige Worte sind von den SPD-Führungskräften zu hören. Aber so einfach scheint das mit den Unterschieden zwischen Union und SPD und schon gar mit einer klaren Linie in der SPD aber nicht zu sein. Viele wissen gar nicht, wofür die SPD steht. Da redet der Parteivorsitzende in einem Wahlkampf für die Einführung der Vermögensteuer, in dem nächsten Wahlkampf ist er dagegen. Da redet er von einer höheren Einkommensteuer, dann dagegen. Im Bundeskabinett lehnt der Bundesjustizminister die Vorratsspeicherung ab. Der im gleichen Kabinett sitzende SPD-Vorsitzende gibt ihm gleich anschließend Bescheid: Die SPD sei nicht grundsätzlich dagegen. Bei TTIP stimmt sogar ein Parteitag dagegen, der Chef und der Außenminister sind jedoch dafür. Ja, was denn nun?

Es wird weitergewurstelt wie bisher. Die SPD ist ein getreuer Koalitionspartner. Ihre Minister arbeiten fleißig den Koalitionsvertrag ab. Die eigenen Wahlversprechen bleiben auf der Strecke. So stecken sie weiterhin im 25-Prozent-Türmchen und wissen nicht, wie sie herauskommen. Mit ihrer momentanen Politik bestimmt nicht. Vielleicht gelingt es mit einer anderen Politik. Ein Versuch sollte sich lohnen – doch dafür müsste auch das Personal gewechselt werden.

Rolf Priemer

Die Bandbreite der Friedensbewegung

„Aktionskonferenz Friedenswinter“: Entweder Querfront oder Zusammenarbeit der Friedensbewegung

Die internen Diskussionen, die linke Organisationen und Bündnisse führen, sind für Außenstehende oft abschreckend. Wer für berechtigte Anliegen – zum Beispiel für den Frieden – aktiv werden will, möchte nicht unbedingt Grabenkämpfe zwischen Kleinstorganisationen und Schattenkämpfe zwischen Westentaschentheoretikern führen. Das ist verständlich.

Auch Katrin McClean wollte diese „internen“ Debatten bei der „Aktionskonferenz Friedenswinter“ am 14. März in Frankfurt eigentlich nicht führen. Sie wollte eine AG zur Öffentlichkeitsarbeit der Friedensbewegung anbieten. Auch andere Beiträge aus dem Spektrum der „Mahnwachen“ gingen in dieselbe Richtung: Lieber über gute Facebook-Auftritte sprechen als darüber, was inhaltliche Gemeinsamkeiten und Trennlinien sind.

Damit wurde McClean selbst zum Gegenstand der „internen“ Debatten, weil sie am 28. Februar bei einer Demonstration gesprochen hatte, auf der Jürgen Elsässer der Hauptredner war.

In der Koordinierungsgruppe strich man ihre AG kurzfristig von der Tagesordnung, obwohl ein Redner der Meinung war, dass eine starke Friedensbewegung sich nicht von dem Querfront-Strategen Elsässer abgrenzen müsse. Aber am Ende stimmten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ab. So leitete Katrin McClean keine Arbeitsgruppe.

Damit zeigte die Konferenz, dass ihr die Zusammenarbeit in der Friedensbewegung wichtiger war als Offenheit gegenüber Elsässer und Co. Horst Trapp nahm als Mitglied des Bundesausschusses Friedensratschlag an der Konferenz teil. „Wie können die unterschiedlichen Strömungen der Friedensbewegung zusammenkommen?“ – diese Frage sollte für ihn im Mittelpunkt stehen.

Die Debatten um Querfrontansätze, um rechte und „rechtsoffene“ Inhalte auf den „Mahnwachen für den Frieden“ und den Demos des Friedenswinter standen trotzdem im Hintergrund der gesamten Konferenz. Unter den Teilnehmern war auch Lars Mährholz, einer der Köpfe hinter den „Mahnwachen“. Er hatte vor einiger Zeit in einem Interview erklärt, dass die US-Zentralbank Fed bei allen Kriegen des vergangenen Jahrhunderts die Fäden gezogen habe. In der Diskussion äußerte er sich nicht.

Wie immer in diesen Debatten kam irgendwann die Rede auf die Band „Bandbreite“, die vor kurzem bei einer Demonstration der „Engagierten Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas“ (Endgame) auftraten. Für Monty Schädel (DFG-VK) war das ein weiterer Grund dafür, bei der „Bandbreite“ „Probleme mit rechtsoffenen Inhalten“ zu sehen.

Die Diskussion um Querfront-Ansätze ist also nötig – die Angriffe in dieser Sache haben aber in den letzten Monaten nicht nur die Richtigen getroffen. Weg von personalisierten Angriffen, zurück zu einer sachlichen und gegenüber den verschiedenen Teilen der Friedensbewegung solidarischen Diskussion – das war eines der Anliegen der Koordinierungsgruppe.

Die „Mahnwachen“ hatten sich als „neue Friedensbewegung“ präsentiert. Die Enttäuschung darüber, dass die traditionellen Strukturen der Friedensbewegung nicht zu Zentren großer Mobilisierungen gegen die Kriege in Libyen und Syrien, in Palästina und der Ukraine wurden, waren ein weiterer roter Faden auf der Aktionskonferenz. Der „Friedenswinter“ war ein Versuch, darauf zu antworten – auch, indem Aktionen weitgehend unabhängig von den traditionellen Strukturen organisiert werden, indem die neue, „spontane“ Bewegung der „Mahnwachen“ eingebunden wird. Nur: Die Spontaniteit und Offenheit dieser Bewegung bot so viel Spielraum für Querfront-Demagogen, dass kaum eine der Organisationen der Linken und der Friedensbewegung diese Bewegung eindeutig unterstützen konnte. Die scheinbare Breite hat nur zu Spaltungen in der Friedensbewegung geführt, die Aufgabe linker Kräfte ist es, klare Inhalte in diese Bewegung hineinzutragen. Die auf der Aktionskonferenz geäußerten Absichten gehen in die Richtung, den „Friedenswinter“ nicht als eine Art dauerhaftes Aktionsbündnis neben den traditionellen Spektren der Friedenskooperative und des Kasseler Friedensratschlags zu etablieren, sondern die Zusammenarbeit mit diesen Zusammenhängen zu verstärken. Um die gesamte Bandbreite der Friedensbewegung zur gemeinsamen Aktion zu bringen, braucht es klare Abgrenzungen an anderer Stelle.

Olaf Matthes

Rücktritt und „Graue Wölfe“

Hamburger Bürgerschaftsnachlese

Die erste Amtshandlung der frisch gewählten Hamburger Bürgerschafts-Fraktion der Partei „Die Linke“ bestand darin, die alte und designierte neue Fraktionschefin Dora Heyenn zu entsorgen. Ganz aus Versehen, wie es hinterher hieß. Die hanseatischen Grünen gerieten hingegen schon vor den Wahlen in die Schlagzeilen, weil die türkisch-stämmige Kandidatin Nebahat Güclü bei türkischen Nationalisten um Stimmen buhlte.

Nach einem sehr auf Heyenn zugeschnittenen Wahlkampf bekam diese mit Abstand die meisten Stimmen der Abgeordneten der Linksfraktion. Trotz dieses Erfolges musste sie sich mit der Idee anfreunden, die Fraktion künftig

Verehrung für Neonazi-Anwalt

nicht allein zuführen, sondern Teil einer gleichberechtigten Doppelspitze zu werden. Bei der Wahl dazu kam es zum Eklat: Nur fünf der elf Abgeordneten votierten für Heyenn, drei enthielten sich der Stimme, drei sagten ganz klar „Nein“!

Dieses Ergebnis erschreckte nicht nur Heyenn, sondern die gesamte Fraktion. Als Ausweg aus der Misere wurde vorgeschlagen, den ersten Wahlgang zur Probe zu deklarieren, und die Wahl zu wiederholen. Dieses zweifelhafte Angebot schlug Heyenn aus „Ich bin nicht Heide Simonis“, begründete sie dies gegenüber der Presse.

Doch nicht nur das: Für alle völlig überraschend erklärte sie ihren Austritt aus der Bürgerschafts-Fraktion der Linken. Sie werde künftig als fraktionslose Abgeordnete der Bürgerschaft angehören. Das brächte ihr ja immerhin auch die Freiheit, sich die Themen, zu denen sie arbeiten wolle, völlig frei aussuchen zu können, wurde sie im Hamburger Abendblatt zitiert. Eine Rückkehr in die Fraktion schloss sie indes nicht aus, sofern diese zu der „Menschlichkeit“ zurückfinden würde, für die – mit ihrem Konterfei – im Wahlkampf geworben worden wäre. Die Linken-Fraktion wird jetzt von den beiden Abgeordneten Sabine Boeddinghaus und Cansu Özdemir geführt.

Probleme anderer Art gab es bei den Hamburger Grünen. Güclü, ehemalige Vize-Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft und Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Hamburg, die auf der Landesliste ihrer Partei auf Platz 25 antrat, nahm im Wahlkampf scheinbar jede Einladung an, sofern sie sie in Sachen Wählerstimmen für vielversprechend hielt. So auch die der „Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenvereine in Deutschland“ (ADÜTDF).

Antworten auf kleine Anfragen der Linken im Bundestag zufolge muss die ADÜTDF der „Ülkücü-Bewegung“ zugerechnet werden, die der Idee von einer „Großtürkei“ und der Forderung nach einer „Wiedervereinigung“ aller Turkvölker vom Balkan bis Zentralasien anhängt und Feindbilder propagiert: Kurden, Armenier, Griechen und Juden.

Die Grünen reagierten mit dem Versuch, Güclü aus der Partei auszuschließen. Die versuchte sich aus der Affäre zu ziehen, indem sie behauptete, nicht gewusst zu haben, vor welchem Auditorium sie da um Stimmen buhlte. Es gebe so viele türkische Organisationen und Vereine in Hamburg, die zudem ihren Namen häufig änderten, erläuterte sie in einem Interview mit der Online-Ausgabe der *Zeit*. Das halten viele aufgrund ihrer politischen Vita für nicht besonders überzeugend. Zumal auch das Bühnen-Transparent sie nicht von ihrer Rede abgehalten hatte. Darauf waren der Gründer der türkischen Grauen Wölfe (MHP), Alparslan Türke?, und der aktuelle MHP-Vorsitzende Devlet Bahçeli abgebildet. In ihrer Mitte Mustafa Kemal Atatürk, Begründer der Türkischen Republik.

Das Parteiausschlussverfahren hatte vor dem Landesschiedsgericht der Partei keinen Bestand, und aufgrund des personifizierten Hamburger Wahlrechts gelang Güclü der Einzug ins Parlament trotz des aussichtslosen Platzes auf der Landesliste. Das Mandat nahm sie an, obwohl ihr Verhältnis zur Partei nicht das Beste sein dürfte. Sie habe sich öffentlich gesteinigt gefühlt, klagte sie in dem Interview mit *Zeit-online*.

Auch die SPD blieb vor Skandalen nicht verschont: Der Anwalt Ingo Voigt, Abgeordneter des Bezirks Hamburg-Wandsbek, musste seinen Hut nehmen, weil seine Verehrung für den Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger publik wurde. Die Hannoveraner SPD-Politikerin Zeynep Dogrusöz geriet in den Verdacht, ebenfalls mit den „Grauen Wölfen“ zu sympathisieren.

Birgit Gärtner

62 Ostermarschaktionen geplant

Foto: Ulf Stephan/r-mediabase.eu

Mit Stand vom 17. März zählt die Internetseite ostermarsch-info.de 62 geplante Friedensaktionen über die Ostertage. Auf der website heißt es weiter: Die Kämpfe in der Ukraine zeigen: Krieg als Mittel der Machtpolitik hat in Europa noch immer nicht ausgedient. Viele Tausende mussten und müssen sterben, weil nationalistische Kräfte auf beiden Seiten nur in den Kategorien von Sieg und Niederlage denken. Externe Mächte stärken ihnen den Rücken, kämpfen um ihren eigenen Einfluss auf die Ukraine, ein Land, dessen Bewohner bereits im 2. Weltkrieg zu jenen gehörten, die am meisten leiden mussten.

Manfred Kapluck gestorben

Wie wir erst jetzt erfahren haben, ist Manfred Kapluck, ehemals Sekretär des Zentralbüros der 1951 verbotenen Freien Deutschen Jugend, Mitglied der illegalen KPD-Führung, dann zeitweilig Präsidiums-Mitglied der DKP, nach 1990 in der PDS engagiert, am 11. Dezember 2014 verstorben. **UZ**

Protest gegen USA in Venezuela

Regierungsanhänger haben in Venezuela gegen die Einmischung der USA protestiert. In der Hauptstadt Caracas sowie in Barquisimeto, Merida und weiteren Städten gingen Tausende auf die Straße. Die Demonstranten skandierten Parolen wie „Yanqui go home“. Mit einem Manöver seiner Armee und Milizen reagiert Venezuela am Samstag auf die jüngsten Angriffe Washingtons. Die „defensive Übung“ solle verhindern, „dass Yankee-Stiefel venezolanischen Boden betreten“, kündigte Präsident Nicolás Maduro an. Dabei kann Caracas auf internationale Unterstützung zählen. Laut einem TV-Bericht werden russische Offiziere an dem Manöver teilnehmen, um die Soldaten der venezolanischen Luftabwehr im Umgang mit BM-30-Raketenwerfern aus russischer Produktion zu schulen. Zudem verurteilte das Außenministerium in Moskau die aggressive Haltung Washingtons und bekräftigte die Solidarität Russlands mit dem venezolanischen Volk und seinen rechtmäßig gewählten Repräsentanten. US-Präsident Obama hatte Caracas in der Vorwoche als „außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten“ bezeichnet. In Venezuela wird das Vorgehen Washingtons deshalb praktisch als Kriegserklärung gewertet, zumal die US-Armee am Wochenende in Puerto Rico ein großangelegtes Manöver eröffnet hat, bei dem die militärische Besetzung einer Insel geübt werden soll.

SS-Veteranen in Riga

Mit einem „Gedenkmarsch“ haben Veteranen der Waffen-SS am Montag in Riga ihrer im Zweiten Weltkrieg getöteten Kameraden der Lettischen Legion gedacht. Unter großem Polizeiaufgebot zogen etwa 1 500 Kriegsteilnehmer und Sympathisanten durch die Hauptstadt des Lettlands, das zur Zeit den Ratsvorsitz der EU innehat. Gleichzeitig werden die antifaschistischen Organisationen Lettlands von der Sicherheitspolizei des Landes „wild gehetzt“, wie der Ko-Vorsitzende des Lettischen Antifaschistischen Komitees, Joseph Koren, beklagt.

EU-Soldaten nach Libyen?

Die Europäische Union trifft Vorbereitungen für einen möglichen „Friedenseinsatz“ in Libyen. In Brüssel sollen in den kommenden Wochen Pläne für möglichen militärischen EU-Einsatz erarbeitet werden – nachdem unter aktiver Teilnahme von Luftwaffen-Einheiten aus EU-Ländern im Jahr 2011 der damalige Staatschef Muammar al-Gaddafi aus dem Amt gebombt und später bestialisch ermordet worden war und in der Folge die vom Westen unterstützten marodierenden Gruppen von Gaddafi-Gegnern das Land übernahmen. Seit dem Sturz Gaddafis 2011 rivalisieren im ölreichen Libyen islamistische Milizen und nationalistische Kräfte gewaltsam um Macht und Einfluss. Die vom Westen anerkannte Regierung ist mittlerweile ins ostlibysche Tobruk geflohen.

Assad fordert Taten

Syriens Präsident Baschar al-Assad ist für Gespräche mit den USA über ein Ende des Krieges in seinem Land offen, fordert aber zuvor von Washington Taten. „Wir hören noch immer Erklärungen, aber wir müssen auf Taten warten, dann entscheiden wir“, sagte Assad. Er forderte, als erstes müsse die internationale Finanzierung und Bewaffnung der Terroristen gestoppt werden. US-Außenminister Kerry hatte am Sonntag erklärt, die USA und andere Staaten prüften Wege, Assad zu Gesprächen über einen politischen Übergang zu bewegen. Die bisher letzten Friedensgespräche zwischen der Regierung und der Opposition waren vor mehr als einem Jahr in Genf gescheitert, nachdem unmittelbar nach Erzielen einer Einigung die USA erneut die Forderung nach einem Sturz des syrischen Präsidenten erhoben hatten. Großbritannien und Frankreich halten ungeachtet von Kerrys Erklärung an einem harten Kurs gegen den syrischen Präsidenten fest.

Die Maske der Verlogenheit

Griechenland: Schau- und andere Kämpfe

Unter einem Pokerface versteht man gemeinhin einen verstellten, gefühllosen Gesichtsausdruck, der bewusst aufgesetzt wird, um den Gegner oder die Öffentlichkeit zu täuschen. Wolfgang Schäuble bemüht sich mit Blick auf Griechenland darum. Aber es gelingt ihm nicht. In Brüssel und Athen dagegen zeigen sich die Gesichtszüge in einer großen Bandbreite als ausdrucksstarke Physiognomie des Schreckens.

Ministerpräsident Alexis Tsipras und Finanzminister Yanis Varoufakis sind auf ihre jeweilige Weise Meister des Pokerns. Varoufakis „provoziert“ und „stichelt“, so die Tagesschau. Umgekehrt schreibt die „Zeit“, dass Finanzminister Schäuble seinen griechischen Kollegen beleidigt haben soll. Die Tsipras-Regierung reagierte darauf sogar mit einer Protestnote: Varoufakis sei nicht „dümmlich naiv“. Es ging in dem Streit auch darum, dass Schäuble Varoufakis attestiert hatte, er sei in der „Kommunikation“ stärker als in der „Substanz“. Umgangssprachlich hätte er sagen können, Varoufakis sei ein Blender. An anderer Stelle wiederum bekundet der Grieche Schäuble „großen Respekt“. Schau-Kämpfe.

Ein Teil des Hafens von Piräus – umstrittenes Privatisierungsprojekt und notwendige Infrastruktur für die griechischen Reeder.

Den Gipfel der Verlogenheit erklomm Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), als er erklärte, dass Deutschland sich zwar seiner moralischen Verantwortung für die Naziverbrechen stelle. „Aber rechtlich ist die Frage von Wiedergutmachungen abgeschlossen.“ Deutlicher: Deutschland zahlt nicht.

Unter der Maske der Verlogenheit versteckt sich schließlich auch die Union. MdB Michael Fuchs, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, forderte zwar richtig in „Bild“: „Es ist höchste Zeit, dass Griechenland seine Reeder besteuert.“ Nur: einen solchen gesetzlichen Rahmen hätte die Union für die griechischen Reeder und Milliardäre, die ihr Geld in Deutschland angelegt haben, längst schaffen könne.

Die Bundesregierung nutzt die griechischen Staatsschulden weiterhin für ihre Erpressungspolitik. Wie gut das funktioniert hängt davon ab, wie flüssig die griechische Regierung ist. Tsipras erklärte noch am vergangenen Sonntag: „Es gibt absolut kein Liquiditätsproblem.“ Yanis Varoufakis gestand bei „Günter Jauch“, ebenfalls am Sonntag, „ein kleines Liquiditätsproblem“ ein. Durch Jauch wurden die aktuellen Athener Finanzprobleme in einen untauglichen Zusammenhang mit der Forderung gebracht, dass Deutschland seine Schulden aus Kriegsverbrechen und Nazi-Kriegsanleihen begleichen solle. Varoufakis stellte sich dieser Forderung entgegen. Ihm genüge ein moralisches Schuldeingeständnis und ein symbolischer Euro aus Berlin. Die Schmiergeldaffäre – Bestechungen durch Siemens und andere Konzerne – und erpresserische Rüstungsbeschaffung zwischen Athen und Berlin wurden nicht thematisiert. Höhepunkt der Schmeichelei: Varoufakis, der sich inflationär als überzeugter Europäer outete, zeigte Bewunderung für die „Hegemonialmacht“ Deutschland, für dessen Finanzminister Dr. Schäuble und für die Beendigung des Faschismus in der Bundesrepublik.

Aus der Sicht von Varoufakis könnte sich Angela Merkel in den Geschichtsbüchern verewigen, wenn sie sich – gleichsam als Pendant zum Marshall-Plan – für einen ähnlichen Plan einsetzen würde, der dann nach ihr benannt werde. – Mit Sozialismus als Perspektive hatten die Aussagen von Varoufakis nun wirklich gar nichts zu tun. Eine Zusage: Privatisierungen von Staatsbesitz sollen nicht rückgängig gemacht werden. Eine andere: Die Folgen der wachsenden Armut dürfen nur so bekämpft werden, dass der Staatshaushalt nicht belastet wird. Alle 64 Sparvorschläge auf sechs Seiten.

Ganz anders die Physiognomie der geprügelten Arbeiterklasse in Hellas: Geschlagen aber ungebrochen. Das Krankenhaussystem in Griechenland ist zusammengebrochen. Hunderte von Toten drücken auf die Schultern der griechischen Banken sowie der Geldinstitute der Troika und der Banken in der EU-Schutzzone, die die Gesundheitseinrichtungen „kleingespart“ haben. Nach aktuellen Angaben des DGB haben 800.000 Griechen keine Krankenversicherung.

Es gibt im Moment keinen Nachweis dafür, dass die neue Athener Regierung alle öffentlichen Krankenhäuser rechtlich oder gar finanziell – wie versprochen – wieder ans Laufen gebracht hat. Selbst die Kolleginnen und Kollegen an den privaten Krankenhäusern sind bedroht. Sie gingen am 14. März in Athen und Piräus auf die Straße. Der Protest richtete sich gegen die „Arbeitgeber“, die unbezahlte oder unterbezahlte Arbeit verlangen, Löhne nicht oder verspätet auszahlen. Gemäß den Vorgaben der Troika und dem Druck der Lobby hat die Athener Regierung, ebenso wie die in Rom, zudem die Arbeitsgesetze verschlechtert.

Auf der parlamentarischen Ebene hat die KKE einen Gesetzentwurf vorgelegt, der forderte, dass alle volksfeindlichen Vereinbarungen mit der EU (Memoranden), eingeleitet durch die vorangegangenen Regierungen, aufgehoben werden. Syriza stimmte dem Entwurf der KKE vor der Wahl zu. Eine Großkundgebung der KKE vor dem Parlament unterstrich die außerparlamentarische Unterstützung für den Entwurf.

Uwe Koopmann

Die linke Regierung und die KKE

Diskussion der DKP Düsseldorf

Die Möglichkeiten und Grenzen der neuen griechischen Regierung werden in der gesamten Linken diskutiert – in Griechenland und bei uns. Die DKP Düsseldorf führte am 12. März einen Diskussionsabend mit Gästen von der griechischen Kommunistischen Partei (KKE) durch.

In der Debatte klang an, dass sich schon jetzt abzeichnet, dass die Wahlversprechen der neuen Regierung nicht umgesetzt werden. Von Schuldenschnitt ist keine Rede mehr. Weder in Griechenland noch in einem anderen Land der EU werden die griechischen Milliardäre geschröpft. Geschröpft wird nur die Arbeiterklasse. Die Regierung spricht verschleiernd von „sparsamer Lebensführung“ .

Die KKE verdeutlichte: Diese Politik lässt sich nicht verändern, wenn die Regierung nicht mit den Strukturen der Verantwortlichen konsequent bricht. Diesen Bruch will Syriza nicht.

Die KKE schätzt ein, dass die neue Regierung wesentlich auf den alten Schienen der Politik fahren wird – die „EU als Einbahnstraße“ , eine Politik der Zugeständnisse und Kompromisse an EU und Kapital.

Aus den Reihen der DKP wurde die Frage gestellt, ob eine Regierungsbeteiligung der KKE im Interesse des griechischen Volkes nicht sinnvoll gewesen wäre. Befürchtet wurde auch, dass die KKE sich isolieren könne, wenn sie nicht kompromissbereit sei. Dazu der KKE-Referent: Die KKE könne sich nicht an einer Regierung beteiligen, mit der es in grundsätzliche Fragen keine Übereinstimmung gibt. Also: Austritt aus der Nato, Austritt aus der EU, Schuldenschnitt.Für die KKE könne es keinen Kompromiss geben, wenn dadurch die Verarmung des Volkes fortgesetzt werde.

U. K.

Bitterarme Kolonie

Das Leben im „unabhängigen“ Kosovo treibt Flüchtlinge nach Deutschland

Das Kosovo hat mit 1,8 Millionen ungefähr so viele Einwohner wie Wien. Davon waren zuletzt 274 000 arbeitslos, etwa ein Drittel der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze. Das BIP liegt bei 6,8 Milliarden US-Dollar. Damit rangiert das Amselfeld zwischen Kirgistan und Guinea. Gut ein halbes Dutzend albanischer Mafiaclans nutzt das Kosovo als Drehscheibe für den europäischen Heroinhandel. Zudem grassiert der Krebs hier 16 Jahre nach dem Einsatz von Uranmunition durch NATO-Luftstreitkräfte wie nirgendwo sonst aud dem Balkan.

Im Januar kam das Gerücht auf, jeder Asylbewerber in Deutschland erhalte 1 500 Euro Begrüßungsgeld. Die Mär verbreitete sich rasend schnell. Sie ist der Auslöser der aktuellen Fluchtwelle. So kamen 2 002 Menschen nach Österreich und 27 000 nach Deutschland. Die Kosovaren hofften, in jenen Ländern Hilfe zu bekommen, die 1999 ihre Heimat aus dem jugoslawischen Territorium wegbombten. Zynische Sprüche aus Berlin und Wien begleiten die nun folgenden Deportationen. Die genannten Städte und Brüssel haben nämlich kein ernsthaftes Interesse daran, den Kosovaren zu helfen. Das hat zwei maßgebliche Gründe.

„Das Gerücht, jeder Asylbewerber in Deutschland erhalte 1500 Euro Begrüßungsgeld, löste die Fluchtwelle aus.“

Offiziell hat das Kosovo eine eigene Verfassung, die alle Ethnien gleichberechtigt behandelt, eine Gerichtsbarkeit sowie ein Parlament, welches das Staatsoberhaupt wählt. Allerdings können alle politischen Entscheidungen von einer einzigen Person widerrufen werden: dem UNMIK-Kommissar. Dessen Behörde ist – ebenso wie die EU-Polizei- und Justizmission EULEX – seit jeher Korruptionsvorwürfen ausgesetzt. In 16 Jahren wurde daher nichts getan, um die Verwaltung vor Ort substanziell voranzubringen. Dann gibt es noch die NATO-geführte UN-Truppe KFOR. Gegenwärtig zählt sie 6000 Soldaten, kann aber bei Bedarf auf über 50 000 Mann aufgestockt werden. Allein die USA unterhalten mit dem Camp Bondsteel bei Ferizaj eine Basis für bis zu 53 000 Mann. Hier soll sich ein CIA-Folterknast befinden. Dank der geostrategischen Lage bleibt die Basis auch nach dem Scheitern diverser Pipelines wichtig: Der Pachtvertrag für das Camp gilt 99 Jahre. Die Kolonie Kosovo bietet bessere Bedingungen für so einen Stützpunkt als eine souveräne Nation.

Die politische Macht liegt tatsächlich in den Händen dieser Kolonialbehörden, auch in der Wirtschaft dominieren ausländische Konzerne. Hier gibt es Dörfer ohne asphaltierte Straßen – aber mit sauberen, aufgeputzten Filialen der österreichischen Raiffeisenbank International. Raiffeisen machte 2011 einen Profit von über 12 Millionen Euro in der bitterarmen Kolonie. Allein der ungeregelte Finanzspielplatz Kosovo muss daher erhalten bleiben. Das gelingt dann, wenn die kleine Bevölkerung auch im Zaum gehalten wird. Die Kolonialbehörden und Konzerne nutzen die ethnischen Spannungen in der Provinz und müssen sie gleichzeitig soweit eindämmen, dass ihre Geschäfte nicht gestört werden. Dabei hilft es, wenn die Arbeitslosen im Kosovo den Versprechen von einem besseren Leben im reichen Deutschland glauben.

Zoran Sergievski

Staatsstreich im Rückblick

Honduras: Armut nimmt zu, USA haben die Macht

Im Juni 2009 putschte das Militär in Honduras und setzte den gewählten Präsidenten Manuel Zelaya ab. Zelaya wurde ins Exil gezwungen, inzwischen lebt er wieder in seiner Heimat. UZ sprach mit ihm am Rande des 19. Seminars „Die Parteien und eine neue Gesellschaft", das vom 12. bis zum 14. März in Mexiko-Stadt stattfand.

UZ: *Der Putsch in Honduras 2009 hat weithin Schlagzeilen gemacht. Wie schätzen Sie nach gut fünf Jahren die Folgen des Putsches für Honduras ein?*

Manuel Zelaya: Alle Indikatoren zeigen in Honduras, dass die Situation des Landes sich jeden Tag verschlechtert. Das betrifft die soziale, die wirtschaftliche, die politische, die Sicherheitslage. Seit dem Putsch haben die Armut, die Verschuldung, die Korruption und die Kriminalität zugenommen. Das Volk verlangt nach Demokratie und Frieden, aber diejenigen, die mit dem Staatsstreich die Macht übernommen haben, wollen nichts weniger, als dem Volk dies zu geben.

UZ: *Wie sehen Sie die Rolle der USA, der EU und der europäischen Staaten bei der Vorbereitung des Putsches und nach diesem Vorfall?*

Manuel Zelaya: Nach dem Staatsstreich haben die USA praktisch die Führung des Landes übernommen. Sie regieren das Land; der Präsident verwaltet es lediglich und befolgt die Befehle des State Department. Die Europäische Union ist keine Verteidigerin der Menschenrechte mehr. Sie vertritt die Interessen der Unternehmer und der Banken, sie fördert das Freihandelsabkommen. In diesem Sinne hat sie viel von dem Vorbildcharakter verloren, den sie hinsichtlich Demokratie und Menschenrechte für ein zentralamerikanisches Wirtschaftsbündnis einst hatte.

UZ: *Sehen Sie eine Parallele zwischen dem Staatsstreich in Honduras und der gegenwärtigen Aggression der USA gegen Venezuela?*

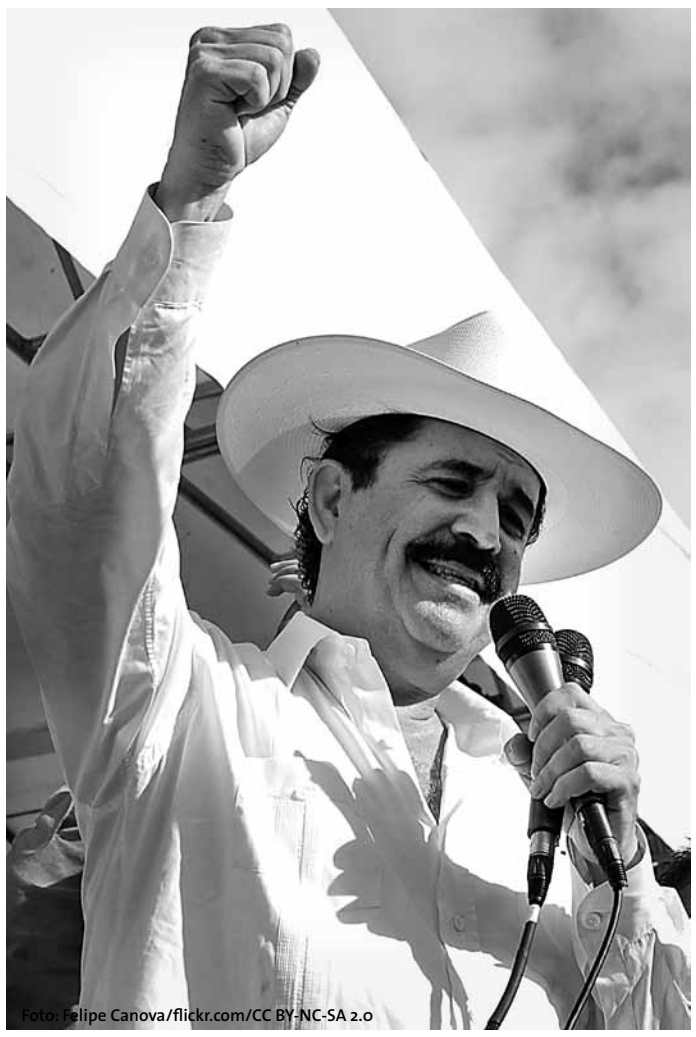


Foto: Felipe Canova/flickr.com/CC BY-NC-SA 2.0

Manuel Zelaya: Mit ihrem Handeln beweisen die USA, dass sie ein intolerantes, antidemokratisches und auf Interventionen orientiertes Imperium sind. Sie haben keinen Respekt vor unserer Unabhängigkeit und Souveränität, sie haben keinen Respekt vor dem Nationalstaat. Die USA müssen ihren Kurs korrigieren, denn Lateinamerika ist nicht der Nahe Osten. Wir sind nicht die arabischen Völker, die sie geteilt und zum Bruderkrieg gebracht haben. Lateinamerika schreitet vereint zur Verteidigung seiner Souveränität als lateinamerikanisches Volk voran. Die USA müssen aufhören, Lateinamerika als ihren Hinterhof zu betrachten, und anfangen, die gesellschaftlichen Prozesse zu respektieren, die in Lateinamerika vonstatten gehen.

UZ: *Wie schätzen Sie die Lage und die Perspektiven der fortschrittlichen Kräfte in Honduras ein?*

Manuel Zelaya: In ganz Lateinamerika gibt es große Anstrengungen. Die historische Wirklichkeit bewegt sich mit Höhen und Tiefen und manchmal auch schwerfällig. Absolut niemand wird die Menschheit davon abhalten können, sich ständig für Gleichheit, Freiheit und Solidarität einzusetzen. Niemand kann die Völker daran hindern. Die Bewegung kann verzögert werden, aber es ist ein Fehler der USA, den Prozess des demokratischen Sozialismus in Lateinamerika aufhalten zu wollen.

Das Gespräch führte Carlo Pereira

Die Welt zu Gast bei Klassenbrüdern

Delegierte aus 40 Ländern treffen sich in Mexiko

Das internationale Treffen „Die Parteien und eine neue Gesellschaft" in Mexiko-Stadt ist inzwischen fest etabliert; es hat vom 12. bis 14. März zum 19. Mal stattgefunden. Alleinige Veranstalterin ist weiterhin die mexikanische Partei der Arbeit (PT), die mit gleichnamigen Parteien in anderen Ländern nicht verwandt ist. Sie lädt weltweit ein breites Spektrum an linken Organisationen und Parteien zur Teilnahme ein. Mit Gästen aus 40 Ländern von 132 repräsentierten Organisationen hat sie dieses Jahr erstmals Delegierte von allen Kontinenten begrüßen können. Diese vertraten neben zahlreichen eng mit der DKP befreundeten Parteien und solchen aus dem linkssozialdemokratischen Spektrum auch maoistische und trotzkistische Gruppierungen ebenso wie ethnisch basierte Strukturen. Die PT selber verwendet maoistische Symbolik und publiziert Schriften von Mao auf Spanisch, gleichzeitig verbreitet sie aber die vietnamesische Position zu den schwelenden vietnamesisch-chinesischen Gebietsstreitigkeiten.

Auch mit der PT mehr oder weniger konkurrierende mexikanische Gruppen nahmen teil und konnten ihre Positionen darstellen. Prominente Gäste unterstreichen die Ausstrahlung des Treffens: Einleitende Worte hielten der ehemalige Vorsitzende der sozialdemokratischen PRD (bis 2014), Jesús Zambrano, und der ehemalige Bürgermeister von Mexiko-Stadt (bis 2012), Marcelo Ebrard, der diese Partei erst zwei Wochen vor dem Treffen verlassen hatte. Auch der mittels eines Staatsstreichs aus dem Amt geputschte ehemalige Präsident von Honduras, Manuel Zelaya *(siehe nebenstehendes Interview)* richtete ein Grußwort an die Delegierten. Die bekannte kolumbianische Politikerin Piedad Córdoba, welche sich besonders im Friedensprozess in ihrer Heimat engagiert, wurde per Videokonferenz zugeschaltet.

Viele Redner betonten in ihren Beiträgen die Notwendigkeit der Solidarität mit Volk und Regierung des bolivarischen Venezuela, die angesichts der kürzlich verschärften Aggression der USA noch dringlicher geworden ist. Wiederkehrender Gegenstand der Beiträge war auch die zugespitzte Situation der Ukraine und ihr internationaler Kontext. Der DKP-Delegierte versicherte der für Auslandsbeziehungen der KPU verantwortlichen Genossin die Solidarität der Partei und berichtete von der Unterstützung für die antifaschistische Karawane der Band „Banda Bassotti" im Osten des Landes.

Ein mehrfach angesprochenes Thema war das Verschwinden und die mutmaßliche Ermordung von 43 jungen Lehramtsstudentinnen und -studenten in Mexiko im vergangenen September.

Erstmals waren Teilnehmer aus Island vertreten. In seinem Beitrag rollte der Sprecher die isländische Finanzkrise auf. Sie wurzelte in der Privatisierung der drei größten isländischen Banken, die international den Global-Playern Konkurrenz machen wollten und ihre Bilanzsummen auf das Zehnfache der jährlichen isländischen Wirtschaftsleistung aufblähten. Nach ihrem Zusammenbruch sollten sie und die Einlagen der überwiegend ausländischen Sparer durch die isländische Regierung „gerettet" werden, Massendemonstrationen verhinderten in diesem Zusammenhang einen Teil der sozialen Kahlschlagpläne. Dabei kam der Bevölkerung zugute, dass Island nicht den Euro eingeführt hatte und nicht der EU angehört, so dass eine eigene Währungspolitik möglich ist. Inzwischen sind die bereits vorher eingefrorenen Beitrittsverhandlungen zur EU durch die isländische Regierung abgebrochen worden.

Der US-Delegierte John Catalinotto von der Partei Arbeiterwelt nahm die Erschießung mehrerer unbewaffneter Afroamerikaner durch Polizisten in den USA zum Anlass, über die Reaktionen der Linken zu berichten. Demnach gibt es eine neue politische Bewegung, deren Kurs allerdings noch nicht feststehe. Erkennbar sei jedoch bereits ihre Klassenorientierung und die Bewusstwerdung über die militärische Aufrüstung der US-Polizei über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren.

In der US-amerikanischen Ausprägung des Kapitalismus nahm der Rassismus seit jeher eine zentrale Rolle ein. Nach der Aufhebung der Sklaverei infolge des Bürgerkriegs 1865 waren sich Nord- und Südstaatenregierungen darin einig, der afroamerikanischen Bevölkerung die versprochenen Bürgerrechte vorzuenthalten. Trotz der 1960 erfolgten rechtlichen Aufhebung rassistischer Diskriminierung wirkt der Rassismus fort und hat auch Auswirkungen auf andere farbige Bevölkerungsteile. Mehr als die Hälfte der Inhaftierten in den USA sind farbig. Bezogen auf den Bevölkerungsanteil ist die Zahl von Afroamerikanern in Haft sechs Mal so hoch wie die von Weißen, bei den Opfern tödlicher Polizeigewalt ist die Quote gar 21 zu 1! Die Arbeitslosigkeit ist doppelt so hoch. Catalinotto stellte jedoch fest, dass inzwischen auch die Hautfarben übergreifende antirassistische Solidarität gewachsen sei, die in zehntausenden Teilnehmern antirassistischer Demonstrationen zum Ausdruck komme. Auf diesen Demonstrationen seien auch Positionierungen gegen die Besatzungswillkür in Palästina und imperialistische Kriege sichtbar.

Carlos Fonseca Terán von der FSLN präsentierte ein aufwändig erstelltes Video, um die Vorzüge des gigantischen nicaraguanischen Kanalprojekts zu erläutern. Ein Kanal durch Nicaragua unter Nutzung vorhandener Flüsse und Seen soll Atlantik und Pazifik verbinden und damit in Konkurrenz zum Panamakanal treten. Es wird erwartet, dass nach Fertigstellung 5 Prozent des weltweiten Seegütertransports die neue Wasserstraße passieren – ein immenser Anteil. Die Finanzierung des „Großen Interozeanischen Kanals" – so wurde das Vorhaben getauft – liegt exklusiv bei einer Zweckgesellschaft aus Hongkong. Unter Rücksichtnahme auf ökologische Aspekte ist eine kostspieligere Route gewählt worden als sonst möglich gewesen wäre. Enteignungen sollen einzelfallbezogen und nicht pauschal sowie gegen vorab gezahlte Entschädigung vorgenommen werden.

Inwieweit Umweltschutzmaßnahmen angesichts des als Teil des Projektes geplanten Baus zweier großer Seehäfen, eines internationalen Flughafens in der bisherigen Kleinstadt Rivas und von mehr als 6 500 km neuer Straßen – auch für Schwertransporte – wirklich greifen, bleibt offen. Zu berücksichtigen ist auch, dass in dem schwer erdbebengefährdeten Gebiet zwei Ozeane aus Salzwasser mit einem Kanal verbunden werden, dessen Route durch einen sensiblen Süßwassersee führt, den Nicaraguasee. Gespräche am Rande des Geschehens deuteten darauf hin, dass nicht alle Teilnehmer davon überzeugt waren, Nicaragua könne sich langfristig der politischen Abhängigkeit entziehen, die eine Folge der wirtschaftlichen Abhängigkeit von einem ausländischen Projektfinanzierer sei.

Erneut zeigte sich, dass das Treffen seinen Wert nicht nur aus den Vorträgen im Plenum gewinnt, sondern gleichermaßen auch aus der Möglichkeit, sich mit den Vertretern vieler anderer Parteien im kleinen Rahmen auszutauschen. Für 2016 ist die 20. Auflage bereits geplant.

Carlo Pereira

Teilnehmende Organisationen:
KP Kubas, KP Mexikos, KP Honduras', FSLN, URNG, Volkspartei Panamas, Kolumbianische KP, KP Argentiniens, KP Uruguays, Paraguayische KP, Peruanische KP, KP Boliviens, KP Chiles, Südafrikanische KP, westsaharische Polisario, KP Chinas, KP Vietnams, KP Australiens, linksgrüne Bewegung aus Island, Französische KP, KP der Russischen Föderation, KP Weißrusslands, KP der Ukraine.

Der EU die kalte Schulter gezeigt

Island: Beitrittsverhandlungen mit EU aufgekündigt

Die Regierung Islands hat am 12. März offiziell ihren 2009 gestellten Antrag auf EU-Beitritt zurückgezogen. In dem von Außenminister Sveinsson dem lettischen Außenminister Rinkevics als derzeit amtierendem EU-Ratspräsidenten übergebenen Brief heißt es, die isländische Regierung habe nicht die Absicht, die Beitrittsgespräche fortzusetzen.

Die „Mitte-Rechts-Regierung" aus liberaler Fortschrittspartei und konservativer Unabhängigkeitspartei hatte die Beitrittsverhandlungen schon unmittelbar nach ihrem Amtsantritt im Mai 2013 suspendierte. Island ist damit neben der Schweiz und Norwegen der dritte europäische Staat, der einen Beitritt zur EU offiziell abgelehnt hat.

Auch wenn in dem Schreiben keine ausdrücklichen Gründe für die Absage genannt werden, ist es kein Geheimnis, dass der Streit um Fischfangquoten wesentlichen Anteil daran hatte. Die liberal-konservative Regierung in Reykjavik ist im Wesentlichen eine Interessenvertretung der isländischen Unternehmer, und ein gewichtiger Teil davon sind die Unternehmen der Fischerei-Industrie. Deren Interesse an unbeschränkten Vergrößerung ihrer Fangerträge im Nordmeer und in der Arktis steht im Konflikt mit der von der EU vorgesehenen Aufteilung der Fangquoten zwischen den einzelnen EU-Staaten, offiziell im Namen von Arten- und Umweltschutz, in Wirklichkeit aber vor allem im Interesse der Erhaltung des Gesamtbestands an Fischen, um deren Fortpflanzung und damit Geschäfte auch noch in der Zukunft zu sichern.

Im Hintergrund stehen allerdings auch tiefere und weiter zurückliegende Ursachen. Sie hängen vor allem mit der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise in der EU zusammen. Das isländische Vorgehen kann als Symptom dafür gelten, dass die EU seit der Krise erheblich an Anziehungskraft verloren hat. Die frühere Hoffnung, durch Anschluss an die EU die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des eigenen Landes leichter bewältigen zu können, ist erheblich zurückgegangen, nicht zuletzt durch eigene Erfahrung.

Island war 2008 im Schatten der Lehman-Brothers-Pleite von einer schweren Bankenkrise betroffen. Die drei wichtigsten isländischen Banken standen vor dem Bankrott. Sie hatten in den Jahren zuvor ihr Geschäft auf den internationalen Finanzmärkten massiv ausgeweitet und ausländische Investoren mit hohen Zinszusagen angelockt. Als sie im großen Finanzmonopoly die fälligen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen konnten, wurde der isländische Staat zu hektischen „Rettungsmaßnahmen" herangezogen. Das Ergebnis war ein massives Anwachsen der Staatsverschuldung Islands. Die Regierung sah sich zu einem Hilfeersuchen an den Internationalen Währungsfonds (IWF) genötigt. Der aber bewilligte neue Kredite nur gegen harte Sparauflagen. Ein von der Regierung beabsichtigter bescheidener „Schuldenschnitt", der vor allem Kapitalanleger aus Großbritannien und den Niederlanden betraf, führte zu heftigen Kontroversen mit der britischen und niederländischen Regierung. Die isländische Krone erlitt einen drastischen Wertverlust. Durch die IWF-Auflagen wurde ein abrupter Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik verursacht, der für die Mehrheit der Bevölkerung neben einigen enormen Inflation und Verteuerung der Lebenshaltung ein sprunghaftes Ansteigen der Arbeitslosigkeit zur Folge hatte, insbesondere für die gut ausgebildete akademische Mittelschicht.

Dies alles führte zum starken Anwachsen kritischer Stimmungen in der Bevölkerung. Sie äußerten sich ab Anfang 2009 in Massenprotesten, die teilweise mit massiver Polizeigewalt unterdrückt wurden. In einer Volksabstimmung am 6. März 2010 stimmten 93,2 Prozent (!) gegen ein Regierungsvorhaben, das vorsah, den britischen und niederländischen „Kunden" der Icesave-Bank 4 Milliarden Euro auszuzahlen. Die Missstimmung hatte auch zur Folge, dass die inzwischen amtierende Regierung aus sozialdemokratischer „Allianz" und „linken Grünen" bei der Parlamentswahl im April 2013 schwere Verluste erlitt und die Konservativen im Bündnis mit den Liberalen wieder an die Regierung kamen.

Die isländische Wirtschaft hat bis heute noch nicht wieder den Vorkrisenstand erreicht. Unter diesen Umständen sehen offenbar weder die Mehrheit der Bevölkerung noch erhebliche Teile der herrschenden Klasse einen Vorteil darin, sich jetzt der EU anzuschließen. Das Beispiel Griechenlands und anderer „Schuldenländer" vor Augen, überwiegt die Meinung, dass es besser ist, an der eigenen Entscheidungshoheit festzuhalten, statt sich Vorgaben und Diktaten aus Brüssel zu unterwerfen.

Die isländische Regierung ließ allerdings wissen, dass sie weiterhin an einer Kooperation mit der EU im Rahmen des „Europäischen Wirtschaftsraums" (Zollabkommen) und des Schengen-Vertrags (visafreier Verkehr) interessiert ist. Sie will auch Mitglied der NATO bleiben.

Georg Polikeit

Foto: Bundesarchiv, Bild 101I-166-0527-04 / Weixler, Franz Peter / CC-BY-SA

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-R99237/CC-BY-SA

Bild oben: Deutsche Besatzung in Saloniki: „Juden unerwünscht“

Bild links: Kreta, Kondomari, Erschießung von Zivilisten. Als deutsche Fallschirmjäger auf Kreta landeten, stießen sie auf heftigen Widerstand, an dem sich die Zivilbevölkerung und Partisanen beteiligten. Als Vergeltung reagierten die deutschen Truppen mit äußerster Brutalität. Im Befehl vom 31. Mai 1941 von Generaloberst Student ist davon die Rede, dass dabei geltendes Kriegsrecht und entsprechende Gerichte unberücksichtigt bleiben sollen, auch von Niederbrennen von Orten, von Erschießungen und von „Ausrottung“ ist die Rede. Daraufhin kam es in mehreren Orten zu Massenerschießungen.

Zahlt endlich eure Schulden!

Foto: Michalis Famelis / wikimedia.com / CC BY-SA 3.0

Karte oben: Italien, Bulgarien und Deutschland besetzten Griechenland ab April 1941 bis Oktober 1944. (Dunkelgraue Flächen: Die Besatzungszone(n) des faschistischen Deutschlands)

Bild oben: Hohe Wehrmachtsoffiziere posieren neben der Akropolis.

Bild unten: Deutsche Konzerne verdienen am Rüstungsgeschäft. Ein „Exportschlager“ ist der Leopard 2. Der Panzer wurde u.a. an Chile, Israel, Katar und die Türkei geliefert. Hier ein LEO2-A6 HEL der griechischen Armee in Athen.

Bild rechts unten: Amiras (Kreta, Griechenland): Mahnmal zur Erinnerung an die Zerstörung mehrerer Dörfer Südkretas und an die Exekution von mehr als 350 Personen durch die deutschen Besatzer im Jahre 1943.

Foto: Konstantinos Stampoulis / wikimedia.com / CC BY-SA 3.0 GR

Foto: Marc Ryckaert (MJJR)/ wikimedia.com/ CC BY 3.0

Karikatur: Bernd Bücking

Beobachten, organisieren, aktiv sein

Tschechien: Kommunistische Partei bei Kommunalwahl gestärkt. Interview mit Vojtech Filip

UZ: *Die KSCM hat bei den jüngsten Kommunalwahlen gute Ergebnisse erzielt. In mehreren Bezirken arbeitet sie mit den Sozialdemokraten (CSSD) zusammen. Welche Ergebnisse hat diese Zusammenarbeit bisher erbracht?*

Vojtech Filip: Nach der Kommunalwahl von 2014 sind wir in elf Kreisstädten und kreisfreien Städten in Koalitionen eingetreten – in einer weiteren, wo eine Neuwahl nötig war, laufen noch die Verhandlungen. Das ist ein wesentlicher Zuwachs. Darüber hinaus haben wir unsere Vertreter auch in einigen anderen größeren Städten und Bezirken. Wir koalieren nicht nur mit Sozialdemokraten. Unsere Partner sind in einer Reihe von Städten und Gemeinden auch die Mitte-Rechts-Bewegung ANO, örtliche Bürgervereinigungen oder Unabhängige. Es ist noch zu früh um eine tiefere Bewertung vorzunehmen. Meist fanden bisher erst die konstituierenden Ratssitzungen statt, in denen über die Ratsfunktionen und die Ausschüsse entschieden wird. Derzeit werden die städtischen Haushalte verhandelt. Die Koalitionen scheinen weitgehend stabil. Unsere Vertreter berichten von sachlichen, ernsthaften Sitzungen, sie glauben, das Klima in den Rathäusern erlaube die Umsetzung unseres Wahlprogramms. Priorität haben für uns wie für unsere Partner soziale Themen wie die Schaffung von Arbeitsplätzen. In Städten, wo die Mehrheiten gewechselt haben, versuchen sie frühere Versäumnisse zu beheben. Beispiele sind die Renovierung des baufälligen Stadttheaters in Kladno, die Reparatur des öffentlichen Schwimmbads in Rakovnik – sein schlechter Zustand ist Folge der Politik der Bürgerdemokraten; Renovierung eines Krankenhauses in Most – sein Zustand dient als Vorwand für die Privatisierung, und so weiter. Es gibt Untersuchungen zur Vergabe öffentlicher Aufträge. Priorität hat außerdem für uns, die Kosten für Heizung, Wasser und Müllabfuhr zu halten. Dabei geht es um das Haushaltsvolumen der Gemeinden, besonders derer mit hohen Schulden.

UZ: *Ähnlich wie bei uns sind die Mitglieder und Wähler der KSCM meist ältere Menschen. Wie versucht ihr junge Menschen anzusprechen?*

Vojtech Filip: Die Entwicklung der Mitgliedschaft ist ein Problem aller Stufen der Organisation. Einen Schwerpunkt sehen wir im Erfahrungsaustausch, wie erfolgreich um junge Mitglieder geworben wird. Ein Kernproblem ist der Zugang unserer Grundorganisationen zu Jugendlichen. Die KSCM muss in der Lage sein – trotz der Ablehnung durch die Medien, die uns wenig Beachtung schenken – wirkungsvoll junge Leute anzusprechen, einschließlich der unzufriedenen.

Für junge aufbegehrende, radikale und empörte junge Menschen ist es charakteristisch, dass materielle Interessen nicht zählen. Ihre Interessen sind nichtkonforme Kultur oder Kunstformen, Umweltschutz, die Verteidigung von Minderheitenrechten, Sport und Friedensbewegung. Es ist eine wichtige Aufgabe der Kommunistischen Partei von Böhmen und Mähren, die Jugend zu gewinnen.

UZ: *Auch in Tschechien wird am 8./9. Mai an die Befreiung von Krieg und Naziterror erinnert. Das Internationale Seminar im Mai, zu dem eure Partei auch die DKP eingeladen hat, ist dem antifaschistischen Kampf gewidmet. Welche Lehren habt ihr aus diesem Kampf gezogen?*

Vojtech Filip: In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre orientierte die damalige Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KSC) auf die Strategie der nationalen Einheitsfront gegen den Faschismus und verbündete sich mit nicht

Vojtech Filip ist Vorsitzender der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM)

antikapitalistischen, aber antifaschistischen Kräften. Dieses Herangehen trug in der Nachkriegszeit Früchte, als die Kollaborateure vom politischen Leben ausgeschlossen wurden. Die KSC genoss großes Ansehen wegen des bedeutenden Anteils, den die kommunistische Bewegung zur Zerschlagung des Faschismus beigetragen hatte. Es gelang durch zunehmenden Druck auf die damaligen nichtsozialistischen Kräfte die soziale Umwälzung und der Aufbau des Sozialismus in der Tschechoslowakei unter Einschluss aller fortschrittlichen Kräfte. Dieser Versuch ist jedoch durch subjektive und objektive Faktoren bedingt gescheitert.

Heute zieht die aus der historischen Entwicklung die Lehre, sich nicht nur auf die parlamentarische Tätigkeit zurückzuziehen, sondern sich anderen Teilen der alternativen Zivilgesellschaft zu öffnen. In den letzten Jahren hat die KSCM das Projekt „Allianz für Arbeit und Solidarität“ initiiert mit dem Ziel der Zusammenarbeit linker Parteien, Bürgerinitiativen und Bewegungen, vor allem gegen die unsozialen Maßnahmen der früheren Rechtsregierung von Ministerpräsident Petr Necas. Unser langfristiges Ziel ist die Zusammenarbeit und Unterstützung aller patriotischen und linken Organisationen in Tschechien. Mit vielen sind wir durch gemeinsame Projekte verbunden.

UZ: *Wie die DKP hat die KSCM Beobachterstatus in der Partei der Europäischen Linken. Welche Erfahrungen habt ihr gemacht? Was könnte verbessert werden?*

Vojtech Filip: Die KSCM war stets nicht nur in der kommunistischen und Arbeiterbewegung, sondern auch in einem breiten Spektrum linksgerichteter Bewegungen in Europa aktiv. Viele fortschrittliche Parteien, Frauen-, Friedens-, Umwelt- und antifaschistische Bewegungen, Gewerkschaften haben viel mit uns gemeinsam. Nach dem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union wurden unsere EU-Abgeordneten Mitglieder der GUE/NGL-Fraktion, in der neben anderen die Abgeordneten von EL-Mitgliedsoder Beobachterparteien zusammengeschlossen sind. Daher hielten wir es für richtig uns an bestimmten EL-Aktivitäten zu beteiligen. Wir wurden EL-Beobachterpartei, weil das KSCM-Programm auf dem Marxismus-Leninismus beruht mit dem Ziel eines Systemwechsels der Gesellschaft zum Sozialismus. Deshalb haben wir einige Vorbehalte gegenüber der EL-Politik. Allerdings schätzen wir die Arbeit ihrer Experten in den Bereichen Ökonomie oder Ökologie, bei der Lösung sozialer Probleme. Wir schätzen die Arbeit mit der jungen Generation als auch in Massenbewegungen hoch.

Auf der anderen Seite können wir uns nicht mit einigen Stellungnahmen zur internationalen Politik identifizieren. Die Politik der ELP zielt hauptsächlich auf West- und Südeuropa, weniger auf Mittel- und Osteuropa. Aber gerade im ehemaligen Ostblock findet gerade ein kriegerischer Konflikt statt. Dort gibt es gibt auch starken antikommunistischen Druck mit beispiellosem Wachstum von Faschismus und Nationalismus. Wahrnehmungslücken, das Vertrauen in die (Fehl-)Interpretationen sogenannter „Linker“ sowie auf die Berichterstattung einseitiger Medien, all das führt die ELP häufig zu politischen Schlussfolgerungen, die nicht der Realität entsprechen.

Die ELP hat gute Verbindungen nach Lateinamerika, in den Nahen Osten, den Mittelmeerraum und nach Afrika. Sie nutzt ihre Möglichkeiten, in diesen Regionen bei der Lösung dringender Probleme zu helfen. Das schätzen wir. Außerdem wirkt die ELP für die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie für Bürgerbewegungen. Die Arbeit der ELP ist verdienstvoll; sie ist aber politisch und ideologisch unausgewogen. Die KSCM zwingt niemandem ihre Ansichten auf, aber wir sind eine kommunistische Partei, wir bekennen uns zur Idee der sozial gerechten Gesellschaft und würden sie nie verraten. Deshalb werden wir weiterhin den Beobachterstatus behalten, jederzeit bereit uns aktiv in die Arbeit für die „kleinen Leute“ einzubringen.

Die Fragen stellten Gustl Ballin und Günter Pohl

Gastkolumne von Norman Paech

Die Arroganz des Schuldners

Offensichtlich haben wir uns schon zu sehr an Schäubles Ton gegenüber Griechenland gewöhnt, als dass wir uns über die Arroganz empören könnten, mit der die Bundesregierung und die tonangebenden Medien die Forderungen nach Entschädigung für die furchtbaren Verbrechen von SS und Wehrmacht in Griechenland und die Rückzahlung des Kriegskredits, den die Deutschen den Griechen diktierten, zurückweisen. Das ist einerseits eine Frage der Moral, von der die Regierung nichts wissen will, andererseits aber auch eine Frage des Rechts, die sie nicht beliebig verbiegen kann.

Die Kriegsverbrechen während der deutschen Besatzung sind unbestritten. Die Ortschaften Distomo, Kalavrita und Kommeno stehen nur für einige der zahlreichen barbarischen Massaker an der griechischen Zivilbevölkerung. Dafür hat der deutsche Staat niemals Entschädigung geleistet. Ihr wurde 1953 dafür in London Aufschub bis zu einem Friedensvertrag gewährt. Alle deutschen Regierungen taten alles, um einen solchen das Moratorium beendenden Vertrag zu vermeiden. 1990 verfiel sie schließlich auf den Trick, ihre Souveränität mit einem Friedensvertrag zurückzugewinnen, der nur nicht so genannt wurde, der berühmte Zwei-plus-vier-Vertrag im Jahr 1990. Das Moratorium war beendet, die griechischen Regierungen haben niemals auf Reparationen verzichtet, doch waren sie zu schwach, den Deutschen die Rechnung zu präsentieren. Nur die Opfer aus Distomo erwirkten beim Areopag* eine Verurteilung Deutschlands zur Zahlung von heute 28 Millionen Euro. Aber die Deutschen verweigerten nicht nur jede Zahlung, sie waren nicht einmal zu Gesprächen mit ihren Opfern bereit.

Erst die neue Syriza-Regierung wagte sich an das heiße Thema und präsentierte eine weitere noch offene Rechnung. Auch ihr Grund ist

Foto: Dontworry/wikimedia.com/CC BY-SA 4.0

unbestritten, ein Zwangskredit über 568 Millionen Reichsmark, den die Nazis sich auch verpflichtet hatten, zu tilgen. Bis 1945 haben sie 92 Millionen Reichsmark zurückgezahlt, doch nach dem Krieg stockten die Zahlungen und so blieb ein Rest von 476 Millionen Reichsmark offen. Das sind heute etwa 11 Milliarden Euro, die die griechische Regierung nun zurückfordert. Eine Unverschämtheit, wie die deutsche Presse schäumt? In der Tat eine Unverschämtheit der deutschen Regierung, selbst Verhandlungen darüber mit Athen abzulehnen.

Jahrzehntelang haben es die griechischen Regierungen nicht gewagt, die Deutschen mit ihrer eigenen Geschichte zu konfrontieren. Es jetzt zu tun, ist ein Akt der Befreiung vom alten Regime und der Gerechtigkeit für die Opfer.

* Der Areopag oder Arios Pagos ist das oberste Gericht der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit in Griechenland.

Kommentar von Oliver Wagner

Warum sich die NATO auf TTIP freut

Obwohl Hillary Clinton, damals Außenministerin der USA, die sogenannte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA eine „Wirtschafts-NATO“ genannt hat, beschränken sich die TTIP-Kritiker dies- und jenseits des Atlantiks meist auf die Gefahren, die durch das Abkommen für Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte, den öffentlichen Dienst, die Handlungsfreiheit der nationalen Parlamente, unsere Gesundheit sowie Standards zum Schutz von Umwelt und Verbrauchern drohen.

Es ist jedoch zu befürchten, dass TTIP auch zu einer weiteren Militarisierung der EU und einer Stärkung der NATO führen wird. Bereits im Oktober hatte sich die Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) in einer Studie mit den »militärisch-machtpolitischen Hintergründen des TTIP« befasst. Darin wird auf ein Video hingewiesen, mit dem die NATO auf ihrer Internetseite für das Freihandelsabkommen wirbt. Vertreter EU-europäischer und US-amerikanischer Rüstungskonzerne betonen darin, dass der transatlantische Rüstungsmarkt durch TTIP »enger zusammenwachsen« könne, da angebliche »zu hohe Hürden« für eine Kooperation zwischen den Rüstungskonzernen der EU und denen der USA damit endlich abgebaut würden.

In der IMI-Studie wird auch betont, dass die USA parallel zu den Freihandelsverhandlungen mit der EU mit elf Pazifikanrainern eine direkt gegen China (und indirekt gegen Russland) gerichtete „Transpazifische Partnerschaft“ (TPP) aushandeln, und dass das Den Haager Clingendael-Institut für Internationale Beziehungen schon vor anderthalb Jahren in einer Studie davon sprach, die „aktuelle geopolitische Formel“ laute „Alle außer China“.

Kommentar von Volker Bräutigam

Unterm Strich

Bei jeder sich bietenden Gelegenheit hält die bundesdeutsche Medien-Mafia den Russen deren unaufgeklärte Fälle ermordeter Politprominenz vor, als ob Mordermittlungen grundsätzlich erfolgreich seien, nur eben nicht in Moskau. Hier eine unvollständige Liste deutscher Prominenter, deren gewaltsamer Tod ebenfalls nie zweifelsfrei aufgeklärt wurde, an die zu erinnern der deutschen Journaille natürlich nicht einfällt:

Heinz-Herbert Karry, hess. Vize-Ministerpräsident, 1981
Jürgen Ponto, Bankier, 1977
Detlev-Karsten Rohwedder, erster Chef der Treuhand-Anstalt, 1991
Siegfried Buback, Generalbundesanwalt, 1987
Jürgen Möllemann, Ex-Vize-Kanzler, 2003
Alfred Herrhausen, Chef der Deutschen Bank, 1989,
Uwe Barschel, Ministerpräsident, 1987,

Das sind nur ein paar Namen, die mir spontan einfielen. Die Liste ist ganz sicher verlängerbar. Sie könnte, wenn man z.B. Michele Kiesewetter, Polizistin, 2007, hinzufügte und die Namen weiterer, von unseren „Diensten“ Ermordeter oder die der unter ungeklärten Umständen in Polizeizellen bzw. in den Haftanstalten Gestorbenen hinzunähme, sogar ellenlang werden. Wer mit dem Finger auf Russland zeigt, sollte bedenken, dass dabei drei Finger auf Deutschland zurückverweisen.

(Wiedergabe mit freundlichem Einverständnis der Politikzeitschrift Ossietzky).

Robert Steigerwald wird 90

Am 24. März feiern wir den 90. Geburtstag von Robert Steigerwald. Ich sah und hörte ihn vor vielen Jahren zum ersten Mal auf einer Tagung des Zentralinstitutes für Philosophie (ZIPh) der Akademie der Wissenschaften der DDR, an dem ich seit 1973 arbeitete. Ich kannte zu diesem Zeitpunkt bereits einige seiner wissenschaftlichen Arbeiten und politischen Streitschriften.

Kennengelernt habe ich ihn aber erst, als ich Mitglied der DKP wurde und im Parteibildungsbereich zu arbeiten begann, in der Redaktion der *Marxistischen Blätter* und der Marx-Engels-Stiftung.

Ob bei der Durchführung des Fernstudiums der DKP, das wir 1999 starteten, mit Vorträgen oder Bildungsberatungen: Wann immer es ihm möglich war half Robert. So auch oft bei Bildungsthemen der Partei mit Kritik, aber vor allem mit Rat und Tat. Und wenn ich mal Fragen zu einem UZ-Artikel von ihm hatte, war er stets für Vorschläge offen …

Robert wurde am 24.3.1925 in Frankfurt am Main geboren. Vater und Mutter waren kommunistisch organisierte Hilfsarbeiter. Robert war aber nach der Flucht aus Kriegsgefangenschaft zuerst bei den sozialdemokratischen Falken und der SPD organisiert, 1948 wurde er Mitglied der KPD. Nach seinem Eintritt in die KPD verlor Robert seine damalige Arbeit beim Rundfunk. Er absolvierte ein zweijähriges Studium an der Parteihochschule „Karl Marx“ der SED in Berlin und war er anschließend Lehrer für Philosophie. 1951 kehrte er in die Bundesrepublik zurück. Wegen Aktivitäten bei der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands (im Jahre 1951) vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe als Rädelsführer in einer staatsgefährdenden Organisation verurteilt. „Hochverrat“, „Staatsgefährdung“, „Geheimbündelei“ hieß das damals – Jahre vor dem KPD-Verbot 1956. Insgesamt war Robert fünf Jahre in Einzelhaft.

Nach der Entlassung aus der Haft wurde er Abteilungsleiter im Zentralkomitee der illegalen KPD.

Später promovierte und habilitierte er in Philosophie am Zentralinstitut der Akademie der Wissenschaften, Berlin.

Nach der Neukonstituierung der DKP gehörte er dem Parteivorstand der DKP an und war Leiter des Referats Theorie und marxistische Bildung. Er war unter anderem Vorsitzender der Vereinigung marxistischer Bildungsgemeinschaften der BRD (MAB) und langjähriger Chefredakteur der *Marxistischen Blätter*, später auch Vorsitzender der Marx-Engels-Stiftung, deren Ehrenvorsitzender er bis heute ist.

Lieber Robert, herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Nina Hager

„Die rätselvolle Materie“

Wir dokumentieren im Folgenden aus dem Buch von Robert Steigerwald „Abschied vom Materialismus?“ Auszüge aus dem Abschnitt „Die rätselvolle Materie“, die sich mit dem Wesen und der Rolle von Philosophie beschäftigen:

(…) (S)eit menschlicher Geist zum Bewusstsein erwacht ist, will er wissen, was es mit dem Sein und Werden auf sich hat. Dies nicht aus purer Neugier – die übrigens vom Ursprung her dem Bemühen um Orientierung geschuldet ist –, sondern um der Lebensmeisterung willen. Bedingung des Lebens und Überlebens ist Orientierungsfähigkeit, also Antwort auf Fragen der Art: Wer bin ich? Was kann ich wissen oder erkennen? Was soll oder muss ich tun? Wie kann, muss, soll ich leben? Wer sich in der Geschichte der Philosophie auskennt, weiß natürlich, dass ich mit diesen Fragen anknüpfe an I. Kants Feststellung, Philosophie habe es damit zu tun, diese Fragen zu beantworten. Freilich sind nicht alle Antworten auf solche Fragen bereits Philosophie. Zur Philosophie werden sie erst unter bestimmten Bedingungen. Philosophie redet in begründender, in rationaler Weise, also mittels Begriffen, Urteilen, Schlüssen, Theorien, Hypothesen über das Ganze der unserem Erkennen zugänglichen Realität, was auf die Formulierung und Begründung der allgemeinsten Entwicklungsgesetze von Natur, Gesellschaft und Denken hinausläuft. Und sie entsteht erst, nachdem sich bestimmte gesellschaftliche Bedingungen herausgebildet haben.

Die Kulturgeschichte aller Völker zeigt uns, dass der Mensch – um ein schönes Wort Goethes, aus einem seiner Gespräche mit Eckermann, zu benutzen (…) – ein Kollektivwesen ist. Gemeinsam mit anderen nur kann er leben, arbeiten, sich verteidigen, kämpfen.

Das heißt aber auch, dass nicht nur der Einzelne, sondern das ihm zugehörige Kollektiv Orientierungswissen von der oben angedeuteten Art braucht. Es ist intellektuelle Begleitmusik und Bedingung geistiger und materieller Aneignung von Wirklichkeit und damit Leben.

So weit wir zurückblicken, hat die Menschheit stets kollektive Formen von Orientierungswissen – selbstredend unterschiedlicher Qualität – besessen: Erst den Mythos und die Religion, später auch die Philosophie.

Wahrscheinlich sind erste Formen dieser Art von kollektivem Orientierungswissen Totemismus und Tabu gewesen. Sie sind – in der Terminologie des historischen Materialismus formuliert – Frühformen des ideologisch-politischen Überbaus. (…) Wesentlich ist, ob solches Ideologische zur Zeit seines Aufkommens der Orientierung dienen sollte und konnte. Dass es sich dann, im Laufe der Geschichte, mit dem „Verwelken“ der geschichtsbestimmenden Kraft des Kollektivs, dem solches Orientierungswissen diente – was in aller Regel auch mit dem Gewinn neuen Wissens, und damit neuer Orientierungsmöglichkeiten verbunden war –, in Trugbilder, in Idole verwandeln konnte, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Dabei zeigt es sich (…), dass immer die Fragen des Seins und des Werdens im Mittelpunkt der Erörterungen standen. Goethe meinte einmal, im letzten Grund gehe es immer nur um die Frage Herakliteer oder Eleaten, also um die Frage, ob die Welt als ewig Werdende zu verstehen sei oder ob wir uns zur völligen Negierung des Werdens durchringen müssten. Was ist Sein? Gibt es überhaupt Sein oder sind das alles nur Halluzinationen? Was ist Werden? Findet überhaupt Werden statt? Und wenn ja, warum wird etwas oder: warum ist etwas? Fragen dieser Art sind vielfach variierbar, aber letztlich ist alle Philosophie um solche Fragen abgelagert.

(…) Die Philosophie selbst ist ein Produkt der Klassengesellschaft. In einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft kann sie, die Philosophie, selbst nicht einheitlich sein. Wie sich durch die Geschichte der Klassengesellschaft der Klassenkampf hindurchzieht, so auch letztlich durch die Geschichte der Philosophie der Gegensatz zweier großer Philosophiesysteme.

(…) Obgleich sich auch in der Philosophie soziale Widersprüche widerspiegeln, lässt sich der Gegensatz von Materialismus und Idealismus daraus allein nicht erklären.

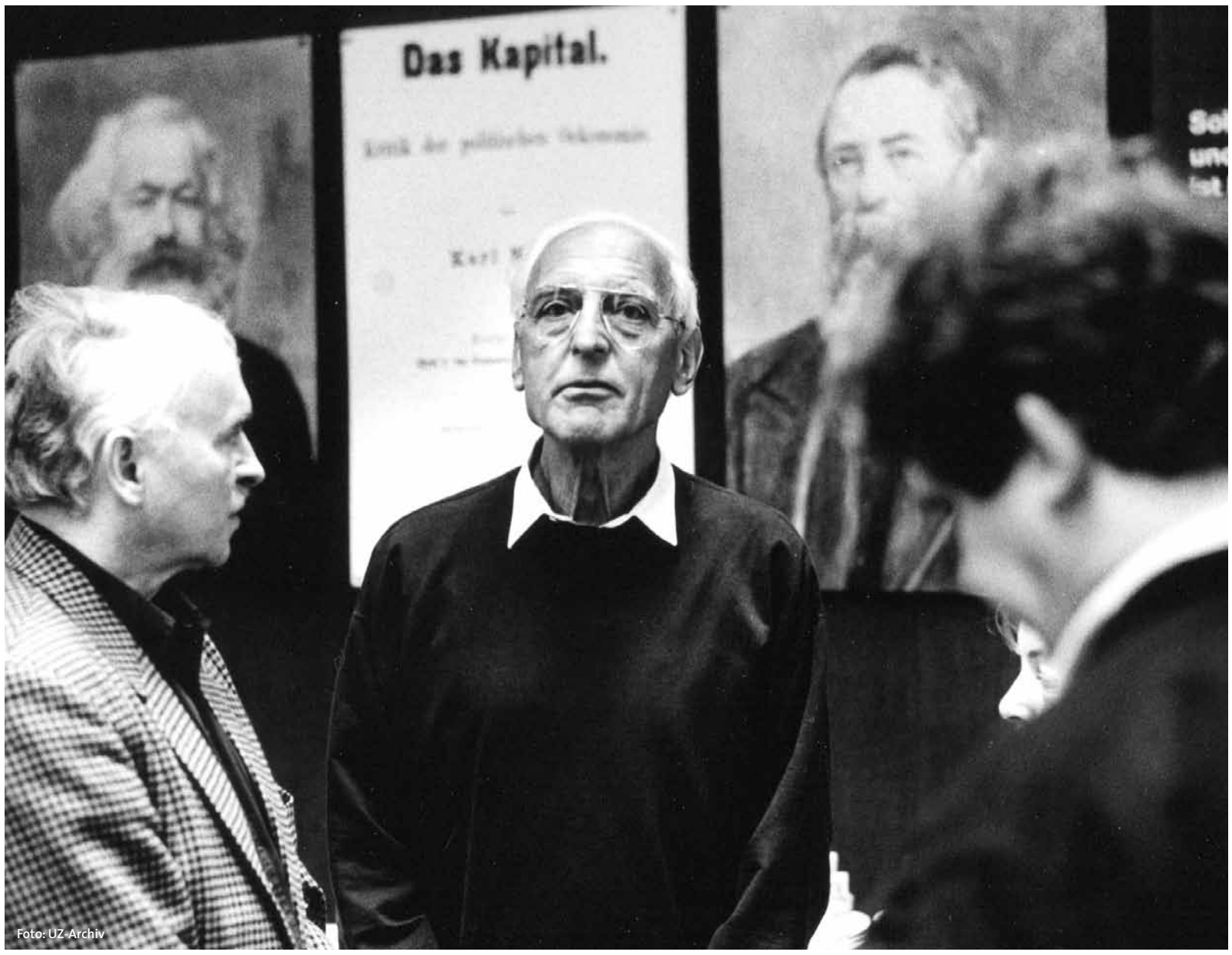


Foto: UZ-Archiv

Die Sklaven konnten (so lange sie Arbeitssklaven waren) keine eigene Philosophie entwickeln, auch nicht die Leibeigenen. Die Bauern Thomas Müntzers waren Revolutionäre, aber sie hatten eine religiöse, das heißt idealistische Weltanschauung. Darum spiegelt der Gegensatz Materialismus-Idealismus in den vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen nicht einfach den Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten wider. Wohl ist der Klassengegensatz entscheidend, aber der weltanschauliche Gegensatz erschöpft sich nicht im Klassengegensatz.

Der Streit zwischen Materialismus und Idealismus in der antiken Philosophie widerspiegelt zum Beispiel nicht den Kampf zwischen den Sklavenhaltern und den Sklaven, sondern jenen zwischen den verschiedenen Teilen der besitzenden Klassen. Gäbe es keine Klassen, dann gäbe es zwar keine soziale Basis für verschiedene philosophische Anschauungen, aber dennoch erkenntnistheoretische Gründe ihrer Entstehung: die Verselbständigung und Verabsolutierung von Elementen – etwa solche rationaler Art – des einheitlichen Erkenntnisprozesses.

Um die einzelnen philosophischen Richtungen zu verstehen, muss man also sehr differenziert die gesellschaftlichen Verhältnisse und Hintergründe untersuchen, unter denen eine bestimmte philosophische Richtung entstanden ist. Da die gesellschaftlichen Klassenverhältnisse in der Vergangenheit recht kompliziert waren, ist es nur natürlich, dass auch der Streit zwischen materialistischer und idealistischer Philosophie oft sehr komplizierte Formen angenommen hat. So gibt es philosophische Systeme, die in ihrem Ausgangspunkt, in ihrem Grundprinzip durchaus idealistisch sind und doch gleichzeitig starke materialistische Züge aufweisen: Und umgekehrt gibt es in ihrem Ausgangspunkt materialistische philosophische Systeme, die dennoch starke Elemente idealistischen Denkens enthalten.

Ganz allgemein kann jedoch festgehalten werden, dass die materialistische Richtung fortschrittliche Tendenzen der sozialen Entwicklung ausdrückt. Aber der Fortschritt der Philosophie ist nicht einfach gleichzusetzen mit dem Fortschritt der materialistischen Auffassung und ihrer Erfolge beim Kampf gegen den Idealismus: Platons und Hegels Werk, übrigens auch das des Thomas von Aquin, sollte vor einer solchen Vereinseitigung unbedingt warnen.

Man könnte nach dem Gesagten einige vorsichtige, auf Europas Geschichte der Philosophie bezogene Orientierungspunkte benennen:

1. Philosophie ist ein Typus von Wissen über das „Ganze“ der objektiven Realität, der sich rationaler, begrifflicher, urteilender, schließender Methoden bedient, sich um Befreiung von mythologisch-anthropomorphisierenden Typen von Weltbildern bemüht, Weltorientierung von begründender und beweisender, statt auf Glauben beruhender Art ist. Dies prägt sogar die philosophischen Formen des Idealismus.

2. Philosophie bestimmt das allgemeine geistige Verhältnis von sozialen Kräften, in der Klassengesellschaft eben auch von Klassenkräften zur Natur, Gesellschaft und zum Erkennen, womit sie auch die Stellung des Menschen in Natur, Gesellschaft und das Wesen seiner Erkenntnis definiert. (…)

3. Die Philosophie entstand in Indien, China und Griechenland nach der Herausbildung der Klassengesellschaft, als ein Element dieser Gesellschaft, mit Funktionen im Kampf der Klassen. Die Entstehung der Klassengesellschaft stellt einen solchen großen Einschnitt in der Entwicklung des Menschen dar, dass ein neuer Typus von Weltsicht entstand. Hinfort wird mit jedem neu in die Geschichte eintretenden historischen Subjekt ein neues Verhältnis zur Welt entstehen. Dabei ist das jeweils Wesentliche die Neubestimmung des Verhältnisses dieses historischen Subjekts zur Natur, Gesellschaft und Erkenntnis.

4. Zu den Bedingungen des Entstehen von Philosophie gehört ferner die gesellschaftliche Arbeitsteilung, insbesondere die in Hand- und Kopfarbeit – weil nur spezifische Kopfarbeiter Fähigkeiten und Muße zur philosophischen Arbeit entfalten konnten –, eine gewisse Entwicklung des Warenaustauschs als Grundlage dafür, im Verschiedenen Gemeinsames aufzudecken, was für begriffliches Denken wesentlich ist.

5. Die Philosophie entstand des weiteren in den Zentren der wirtschaftlichen, politischen und allgemein-kulturellen Blüte, was gegen die These vom Ursprung der Philosophie lediglich im Kopf großer Geister spricht. Folglich muss Philosophie-Geschichte untersucht werden in ihrer Einbettung in die allgemeine Geschichte

6. Freilich verhält es sich auch mit der Philosophie so, dass sie, einmal entstanden, eigene Entwicklungsbedingungen, Züge einer eigenen Entwicklungslogik (etwa im Kampf beider Grundrichtungen. im Sich-Aufeinander-Beziehen von Philosophen, im Streit untereinander) herausbildet, was zu einer gewissen geistigen Tradition führt, die indessen nicht verselbständigt werden darf. (…)

Robert Steigerwald, Abschied vom Materialismus? Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn 1994

„Steigerwald, zähm‘ dein Mundwerk“

Erst Kampfpilot, dann Hoffnung der SPD, Entscheidung für die Kommunisten – Interview mit Robert Steigerwald

UZ: *Du wirst in diesem Jahr 90, und gleichzeitig feiern wir 70 Jahre Befreiung. Was hast du an deinem 20. Geburtstag gemacht?*

Robert Steigerwald: Im März 1945, da war ich noch Pilot. Am 24. März hatte ich Geburtstag, am 27. April bin ich freiwillig über die Elbe in Gefangenschaft gegangen, um nicht nach Berlin zu müssen, ins letzte Gemetzel. Also, an meinem 20. Geburtstag war ich noch Soldat.

UZ: *Aber du kommst aus einer antifaschistischen Familie.*

Robert Steigerwald: Aus einer kommunistischen Familie. Ich war eigentlich bis zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag in allen entscheidenden Dingen für die Partei – als junger Bub für die Interbrigaden in Spanien, gegen den Angriff Mussolinis in Abessinien, und dann kommt so ein Nichtangriffsvertrag. Ich habe mich gefragt: Mein Gott, wenn Hitler und Stalin zusammengehen, warum sollte ich denn da so ein entschiedener Antifaschist? Meine Mutter, die nie ein Buch gelesen hat, merkte: Der Junge geht in Richtung der Nazis. Und um mich davor zu bewahren, fragte sie eines Tages: Weißt du eigentlich, dass du einen jüdischen Großvater hattest? Das wusste ich nicht. Das war die beste Immunisierung, die ich kriegen konnte.

Von dem Zeitpunkt an war alles klar, und von dem Zeitpunkt an war ich auch daran interessiert, alles zu tun, um nicht als Stoppelhopser an die Ostfront zu kommen. Deshalb habe ich mich zur Luftwaffe gemeldet, bin nach dem Abitur eingezogen worden

„Ich habe alles dafür getan, um nicht an die Ostfront zu müssen.“

und zur Unteroffiziersausbildung in Frankreich geschickt worden. Danach Segelflugausbildung in Dänemark, dann Kriegsschule in Berlin. Und so bin ich bis fast ans Kriegsende heran nicht an irgendeine Front gekommen. Meine Spekulation hat sich als zutreffend erwiesen.

UZ: *Wie hat denn die Nazipropaganda auf dich als jungen Menschen gewirkt?*

Robert Steigerwald: Ich wurde also als Offizier ausgebildet. Zum Abschluss meines Lehrgangs auf der Kriegsschule musste ich einen Vortrag halten – „Volkstum und Rassegedanke“. Ich, der einen jüdischen Großvater hatte, was aber niemand außer mir wusste. Also, dass ich das wusste hat mich wirklich gegen die Nazipropaganda immunisiert. Ich habe dann mittags mit dem Kommandeur der Kriegsschule beim Essen gesessen, weil ich der beste Lehrgangsteilnehmer war. Und am anderen Morgen hat er mir gesagt: Steigerwald, zähm dein böses Mundwerk, das könnte mal gefährlich werden. Dieser Mann war schon vor 1933 Nazi-Parteimitglied, das war mein Kompaniechef. Und ich hatte ab und zu meinen Mund schon mal spazieren gehen lassen, weil ich gemerkt hatte, der kann das ertragen.

UZ: *Aber später bist du noch als Pilot eingesetzt worden?*

Robert Steigerwald: Ja, das letzte halbe Jahr war dann doch noch Luftkampf. Da hatte ich die Schnauze auch voll. Ich sollte die Amerikaner daran hindern, Bomben über Deutschland abzuwerfen. Hat nicht geklappt.

UZ: *Und dann bis du in Gefangenschaft gegangen?*

Robert Steigerwald: Ja, um nicht ins Gemetzel zu müssen. Ich bin bis zum 12. Mai in dem Gefangenenlager geblieben, dann bin ich geflohen. Unter den Soldaten und Offizieren, da war die Nazibeeinflussung immer noch groß. Obwohl die natürlich auch froh waren, dass der Krieg vorbei war. Am 8. Mai Kriegsende, am 12. Mai geflohen, am 25. Mai zu Hause. Ich war der erste aus der Familie, der heimgekommen ist. Ich habe dann meinen sozialdemokratischen Lieblingsonkel gefragt – der war Betriebsratsvorsitzender in der größten Schriftgießerei der Welt in Frankfurt – den habe ich gefragt: Onkel Willi, was ist denn eigentlich der Unterschied zwischen euch und den Kommunisten? Und er hat geantwortet – 1945, ein führender Sozialdemokrat! –: Die wollen beide dasselbe. Wir auf dem demokratischen Weg, die Kommunisten auf diktatorischem Weg. Das Ziel, hat er gesagt, ist dasselbe, nur der Weg ist unterschiedlich. Ich war für den demokratischen Weg und trat in die SPD ein.

„Ich war für den demokratischen Weg und trat in die SPD ein.“

UZ: *Wie standest du denn in dieser Zeit zu den Kommunisten?*

Robert Steigerwald: Ich war zunächst ein überzeugter Antikommunist. 1946 habe ich in einer SPD-Versammlung gesagt: Wenn es gegen die Russen geht, nehme ich das Gewehr freiwillig. Das hatte ich von Bebel übernommen, nur hatte der das in einer ganz anderen Zeit gesagt. Und neun Monate später bin ich in die KPD eingetreten.

UZ: *Du hast dich also einerseits in die Arbeiterbewegung eingebracht und dich andererseits auch ideologisch immer mehr dem Marxismus angenähert.*

Robert Steigerwald: Sofort. Ich bin ja ein verkopfter Mensch. Also, mein Vater war ein in der Wolle gefärbter Kommunist, aber ohne theoretische Kenntnisse. Er hatte zu den Mitbegründern der KPD in Frankfurt gehört. Wir haben viel Streit gehabt, solange ich noch Sozialdemokrat war. Einer seiner Klassenkameraden war auch in der SPD, der hat sich immer Luxemburgist genannt. Der hatte wohl den Eindruck, dass man mit mir was anfangen könnte. Der wollte mich also für eine – wie soll ich sagen – Führungtätigkeit ist zuviel gesagt, für die Arbeit in der SPD gewinnen. Ich habe dann am 1. Juli 1945 angefangen, Antifa-Jugendarbeit zu machen. Aber die Buben waren entweder tot oder in Gefangenschaft oder im Lazarett. Wenn ich jemanden ansprechen wollte, habe ich nur Mädchen erwischt. Die wollten aber mit mir nicht über Jugendarbeit reden.

In den Arbeiterstadtteilen in Frankfurt, die vor 1933 sozialdemokratische Hochburgen gewesen waren, gab es noch Reste der Sozialdemokratie, und deren Kinder bildeten auch Gruppen. Ich habe diese Gruppen geleitet, ich habe dann auch die Lizenz für die Falken bekommen von den Amerikanern. Also, ich war in Frankfurt und Hessen von der SPD erkoren, die leitende Rolle in der Jugendarbeit zu spielen. Ich bin dann zum Rundfunk gekommen – das ist auch so eine Geschichte. Da an der Wand hängt dieses Bild …

UZ: … *eine Gruppe von jungen Leuten …*

Robert Steigerwald: … das sind die Falken.

UZ: *Im Hintergrund Trümmer. Und du stehst und hältst einen Vortrag.*

Robert Steigerwald: Über Heinrich Heine. Ich liebte Heine sehr, ich kannte aber nur die Gedichte. Ich habe also in der Jugendgruppe gesagt: Wir machen einen Heine-Nachmittag. Die waren alle dafür, und ich habe rezitiert und so weiter, und irgendwann kam die Frage: Hat Heine nur Gedichte geschrieben? Und ich habe gesagt: Na ja, der hat auch Prosa geschrieben, aber das ist nicht so bedeutend. Das war hochgestapelt, ich hatte keine Ahnung. Das ist also auf diesem Bild, das haben die Falken später meinetwegen nie mehr veröffentlicht.

Foto: UZ-Archiv

Na ja, der Fotograf war wohl Genosse, und der hat dem Hans Mayer – ein wichtiger Literaturwissenschaftler und -kritiker – davon erzählt. Und Hans Mayer sagte: Den Heine-Nachmittag, den bringen wir im Rundfunk. Und der wurde gebracht, und auch meine Bemerkung über Heines Prosa. Hans Mayer hat daran einen Kommentar angeknüpft: Da haben wir nun junge deutsche Sozialdemokraten, die möchten etwas über Heine wissen. Und dann weiß der Junge, der das macht, noch nicht mal, dass das Beste, was Heine geschrieben hat, seine Prosaschriften waren. So stieß ich auf die Prosaschriften von Heine. Und danach hat der Chef des Rundfunks mich gefragt, ob ich bei ihnen arbeiten würde, und ich habe gesagt: Gern.

UZ: *Und du hast begonnen, die marxistische Literatur zu studieren.*

Robert Steigerwald: Ich war 1944 zu Weihnachten auf Dienstreise und bin noch für zwei Tage zu meiner Familie gefahren. Und da passierte folgendes: Bei meinem Onkel auf dem Nachttisch lag ein Buch – Franz Mehring, Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters. Ich habe meinem Onkel gesagt: Wenn ich heil nach Hause komme, ist das das erste Buch, das ich lese. Das war es auch. Und dann gab mir jemand von Plechanow „Grundprobleme des Marxismus“. Diese Bücher waren für mich ein solcher Erkenntnisgewinn, das kann man nicht mehr nachvollziehen, wenn man so eine Situation nicht kennt. Ich habe die Theorie aufgesaugt. Ich bin über den Kopf Kommunist geworden – ich war Jugendfunkredakteur, ich verdiente doppelt so viel wie mein Vater, ich hatte keine materiellen Gründe, Kommunist zu werden.

„Ich habe die Theorie aufgesaugt. Ich bin über den Kopf Kommunist geworden.“

UZ: *Aber vorher waren einige führende Leute in der Sozialdemokratie der Meinung, dass du in der SPD zu Höherem berufen wärst …*

Robert Steigerwald: … unter anderem Kurt Schumacher. Ich war Mitglied des Vorstands der Falken für die drei Westzonen. Die erste deutsche Jugenddelegation, die nach dem Krieg ins Ausland geschickt wurde, war natürlich eine sozialdemokratische, natürlich nach Schweden, wo die Sozialdemokraten regierten. Ich wurde mitgeschickt, aber vorher habe ich zu meinen Leuten gesagt: Ich werde nicht mehr kandidieren. Ich stimme mit der Politik der Partei nicht mehr überein.

In Stockholm kam dann Kurt Schumacher, der SPD-Vorsitzende, zu mir und fragte: Was ist los mit dir? Ich habe ihn gefragt: Es herrscht Kriegsgefahr. Wo stehen wir? Und da sagte er: Wir bilden das Lager der dritten Kraft. Und ich sagte: Was ist denn das? Dann sagte er: Hier, in Skandinavien, ist alles mit absoluter Mehrheit sozialdemokratisch regiert, die Labour Party regiert in England, und in allen elf westdeutschen Ländern stellen wir den Wirtschaftsminister. Du als Marxist musst wissen, was das heißt. Da sagte ich zum Schumacher: Es herrscht Kriegsgefahr. Sie geht vom Kapitalismus aus. Meine Frage bleibt: Wo stehen wir? Und da sagte er: Es wird zum Krieg kommen. Dann werden wir an der Seite der Engländer, die Kommunisten an der Seite der Russen stehen. Was soll diese Diskussion?

Ich bin nach Hause gefahren und bin im Januar 1947 aus der SPD ausgetreten und im Februar in die KPD eingetreten. Im März bin ich beim Rundfunk entlassen worden.

UZ: *Nun gab es ja nicht nur die rechte Führung in der Sozialdemokratie, sondern auch viele Sozialdemokraten, die mit den Kommunisten zusammenarbeiten wollten.*

Robert Steigerwald: Ja, deshalb bin ich auch nicht gleich öffentlich in die KPD eingetreten. Ich wurde vom Parteivorstand der KPD delegiert, um diese oppositionelle sozialdemokratische Gruppierung ideologisch anzuleiten. Das habe ich auch getan, aber ich muss ehrlich sagen: Die meisten davon waren es nicht wert. Die hatten eher aus persönlichen Gründen Probleme mit ihrer Partei. Nur ganz wenige haben sich uns angeschlossen – aber die wurden dann Mitglied unserer Partei und blieben es auch. Das war spannend, aber nicht sehr ertragreich. Der Antikommunismus war schon wieder so tief verwurzelt, dass du Schwierigkeiten hattest, mit Sozialdemokraten noch politisch vernünftig reden zu können.

UZ: *Heute wird ja oft gesagt, dass es unter jungen Menschen große Vorbehalte gibt, sich in Parteien zu organisieren. Du bis als Jugendlicher in die KPD eingetreten und Mitglied der kommunistischen Partei geblieben.*

Robert Steigerwald: Ich verstehe die jungen Leute, die erlebt haben, wie Parteien disziplinierend, zwingend, organisierend ins Leben von Jungen eingreifen können. Ich habe das ja erlebt. Und ich verstehe auch, dass Junge damit nicht zufrieden sind. Dass es also eine Form des Widerstandes gegen Organisation in Parteien gibt, erst recht im deutschen Parteitypuss. Der hat etwas Preußisches drin. Was ich nicht so negativ finde. Also, einerseits kann ich das nachvollziehen, andererseits geht es ja nicht anders. Wie willst du denn bestimmte Arbeiten machen, wenn du nicht gut organisiert bist? Nur ein Beispiel: Die Volksbefragung gegen die Wiederbewaffnung, die haben wir ja illegal durchgeführt. Die Adenauer-Regierung hatte verboten, dass die Leute über die Politik der Wiederbewaffnung befragt werden. Und wir haben eines Tages gesagt: Jetzt machen wir diese Befragung im ganzen Land. Ich habe im Parteivorstand den Auftrage bekommen, bestimmte Bezirke abzufahren und zu sagen: Dann und dann geht es los. Das kannst du ohne eine solche Partei nicht machen. Eine illegal organisierte Volksbefragung, da kann nicht alles diskutiert werden. Da muss es gehen: Die Partei hat entschieden. Und es ging ja.

Mit Robert Steigerwald sprach Olaf Matthes

Fortsetzung in den nächsten UZ.

Industrie 4.0 und Arbeiterklasse heute

Auszüge aus dem Referat von Olaf Harms auf der 12. Tagung des Parteivorstandes der DKP

Am 14. und 15. März fand die 12. Tagung des Parteivorstandes der DKP statt. Um die Diskussion um den Leitantrag an den 21. Parteitag zu vertiefen und in Auswertung der theoretischen Konferenz in Hannover befasste sich das Hauptreferat mit dem Thema „Entwicklung der Produktivkraftentwicklung und Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse“. Der komplette Text des Referates von Olaf Harms, das wir hier leider nur gekürzt zur Verfügung stellen können, finden Sie auf www.news.dkp.de.
Zum Status der DKP in der Europäischen Linken wurde mit Mehrheit ein Antrag an den 21. Parteitag verabschiedet, der die Beendigung des Beobachterstatus der DKP in der Europäischen Linkspartei vorsieht.
Der Parteivorstand hat eine vorläufige Arbeitsgruppe benannt, die die organisatorischen Grundlagen für ein UZ-Pressefest 2016 vom 1. bis 3. Juli im Revierpark Wischlingen in Dortmund schaffen soll. Die endgültige Beschlussfassung erfolgt ebenfalls auf dem 21. Parteitag. Mit einer Spendensammlung sollen die finanziellen Voraussetzungen für eine positive Beschlussfassung geschaffen werden: 35 000 Euro wurden als Minimum benannt.
Weiter wurde eine Erklärung zum 8. Mai, dem 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus sowie eine Erklärung zur Solidarität mit dem griechischen Volk beschlossen.

Wenn wir uns heute mit einigen Aspekten des Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse und der Entwicklung von Produktivkräften beschäftigen, dann können wir festhalten: Wir stehen vor einer tiefgreifenden Veränderung. Und dieses vor dem Hintergrund einer permanent steigenden Kriegsgefahr, anhaltender Krisen, Massenarmut und Verelendung. Wir stehen vor einem Prozess der technischen Umwälzung, der die durch die Arbeiterklasse erkämpften Besitzstände und Rechte in Frage stellen wird. Eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ist hier besonders herausgefordert. Insbesondere weil es die Arbeiterklasse ist, die objektiv die entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft ist. Sie ist, trotz aller Differenzierungen, lohn- und gehaltsabhängig, hat kein Eigentum an Produktionsmitteln und ist gezwungen, ihren Lebensunterhalt dadurch zu sichern, indem sie ihre Arbeitskraft an die Klasse der Kapitalisten oder an den Staat verkauft, indem sie für das Kapital Profit schafft und so ausgebeutet wird.

Zu einigen Aspekten der Entwicklung der Produktivkräfte

Die Entwicklung der Produktivkräfte ist ein objektiver Prozess, verändert die Produktionsverhältnisse und wird von ihnen wiederum, heutzutage unter der Dominanz des Kapitals, beeinflusst. Karl Marx hat darauf in seinem Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate hingewiesen. Das Streben nach Profit, die Konkurrenz unter den Kapitalisten zwingt sie, die Produktivität der Arbeit zu steigern. Das geschieht durch die Erhöhung des Einsatzes von Produktionsmitteln im Verhältnis zum Wert der eingesetzten Arbeit. Die Erhöhung des Einsatzes von Produktionsmitteln geht einher mit ihrer Weiterentwicklung bis hin zur ihrer Revolutionierung. Hier können wir grob unterteilen:

Die erste industrielle Revolution gegen Ende des 18. Jahrhundert mit Erfindung und Einsatz der Dampfmaschine und Wasserkraft, die zweite in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mittels Änderung der Arbeitsorganisation mithilfe von elektrischer Energie, die dritte industrielle Revolution etwa in der Mitte des 20. Jahrhundert durch Einsatz von Elektronik und IT zur weiteren Automatisierung der Produktion und die heutige vierte industrielle Revolution durch Digitalisierung der Arbeit respektive des gesamten Lebens auf Basis des Internet. Wenn ich die Begrifflichkeit „Digitalisierung der Arbeit“ verwende, dann greife ich ihn aus Gründen der Einfachheit aus dem bestehenden Diskurs auf. …

Die vierte industrielle Revolution wird durch Begriffe wie Fabrik 4.0, Enterprise 2.0, Office 2.0 oder Internet der Dinge, gekennzeichnet. Ebenfalls gehören dazu Änderungen in der Arbeitsorganisation. Dazu einige dürre und auf den Punkt gebrachte Erläuterungen:

Fabrik 4.0

In der zukünftigen Fabrik findet auf der Basis von Cyber-Physical Systems eine „Verschmelzung der physischen Produktionswelt mit der virtuellen Welt der IT und des Internet statt“. Dieses sind Systeme mit eingebetteter Software, die über Sensoren und Aktoren verfügen, erfasste Daten auswerten und speichern, mit Kommunikationseinrichtungen untereinander sowie in globalen Netzen verbunden sind, weltweit verfügbare Daten und Dienste nutzen und über Mensch-Maschine-Schnittstellen verfügen. Dadurch können und werden sich die bisher zentral gesteuerten starren Produktionsstrukturen verändern hin zu einer aktiven und dezentralen Selbstorganisation mit kommunikationsfähigen Produktionseinheiten, die untereinander vernetzt und sich so auch selber steuern können.

Ganz anschaulich bedeutet es: Die Bestellung eines Produkts über das Internet kann dann eigenständig in der Fabrik ausgeführt werden, da bereits mit der Bestellung Merkmale und Ausstattungskomponenten direkt in die Produktion übertragen werden. Alle für dieses Produkt notwendigen Teilprodukte erhalten bereits zu Beginn die Information darüber, wie sie bearbeitet und zusammengefügt werden sollen, und übermitteln diese Daten an die ausführenden Maschinen. Durch Kommunikation der Maschinen untereinander können die unterschiedlichen Schritte der Produktion bis hin zur Auslieferung automatisiert abgewickelt werden. Und das alles in Echtzeit.

Enterprise 2.0

Hierbei handelt es sich um den Einsatz von sozialer Software, wie Facebook, Twitter, Whats App und Co. für die Kommunikation von Unternehmen sowohl intern als auch extern, für die Koordination von Projekten sowie für das Wissensmanagement, also der Verwaltung des „Goldes in den Köpfen“ der Beschäftigten, aber auch darüber hinaus, weil auch zum Beispiel Kunden mit einbezogen werden. Ziel ist es, dass Wissen von Vielen für die Produktentwicklung und Produktion zu nutzen.

Office 2.0

Durch den Einsatz von vor Ort verfügbarer Rechenleistung in Form von PC und Laptops, durch Entwicklung von Schreibprogrammen und Tabellenkalkulationsprogrammen etc, durch Ablösung von analoger hin zu digitaler Technologie unter Nutzung der Telefonkabel (VoIP) ist die Basis gelegt worden, dass in den Bereichen der Verwaltung die Arbeit via Internet nicht mehr in den bisher dafür vorgesehenen Büros der Unternehmen geleistet werden muss. Zudem lassen sich mit den ursprünglich für den Freizeit- und Privatgebrauch entwickelten Smartphones und Tablets berufliche Tätigkeiten rund um die Uhr erledigen.

Internet der Dinge

Mit dem Internet der Dinge wird die Verknüpfung eindeutig identifizierbarer physischer Objekte, also nicht nur Menschen, mit Computersystemen, inzwischen in der Regel über das Internet, bezeichnet. Anschaulichstes Beispiel ist der Kühlschrank, der automatisch Lebensmittel nachbestellt, wenn diese zur Neige gehen.

Arbeitsorganisation

Mit der Methode der indirekten Steuerung wird eine Arbeitsaufgabe den Beschäftigten zur selbständigen Erledigung, jedoch ohne eigene Entscheidungskompetenzen hinsichtlich von zum Beispiel zusätzlichen personellen Ressourcen, überlassen.

Crowdsourcing bedeutet, dass durch das Unternehmen eine Tätigkeit, die bisher von eigenen Beschäftigten durchgeführt wurde, in einzelne Teil-Pakete aufgeteilt und im Internet zur Erledigung angeboten wird. Die digitale Arbeit wird via Datenwolke rund um die Welt verteilt; dorthin, wo sie am besten und oft genug am billigsten verrichtet wird (Cloudworking).…

Folgenabschätzung

Mit diesem durch die 4. Industrielle Revolution ausgelösten Schub könnten wir, wären wir im Sozialismus, die Grundlagen der Bedürfnisbefriedigung schaffen. … Die Beschreibung der gegenwärtigen Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus führt uns aber zu einer Folgenabschätzung, wie Marx sie formuliert hat: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um.“

Wir können konstatieren, dass mit diesen Entwicklungen eine ständig zunehmende Kapitalkonzentration und –zentralisation, Profitsteigerungen in ungeheurem Ausmaß, eine fortwährend bestehende Massenarbeitslosigkeit und eine zunehmende Verarmung großer Bevölkerungsteile einhergehen, und all dieses im globalen Maßstab. Eine Hemmung oder Fesselung dieser Entwicklung ist tatsächlich nicht erkennbar.

Dafür gibt es Gründe, einige will ich benennen:

Den Herrschenden gelingt es, die Zersplitterung der Arbeiterklasse nicht nur als Produkt der Entwicklung der Produktivkräfte zu befördern, sondern diese tief zu spalten, und zwar durch Aufrechterhaltung von Massenarbeitslosigkeit, durch Atomisierung des Normalarbeitsverhältnis sowie durch ein Hartz IV genanntes Zwangssystem.

Die Bedingungen für die Kampfkraft der Arbeiterklasse werden zum einen geprägt durch die Entwicklung der Produktivkräfte und der Technik sowie die dadurch erzwungene veränderte Arbeitsorganisation. Aber nicht nur. Das Kapital und sein Staat geben Rahmenbedingungen für den gesellschaftlichen Arbeitsprozess vor, in deren Folge es zu Veränderungen in der Arbeiterklasse bis hin zur Aufspaltung in Stammbelegschaften, Leiharbeiter, Prekarisierte und Erwerbslose kommt. Mithin wirkt auch der politische Überbau des Kapitalismus auf die Kampfkraft der Arbeiterklasse ein.

Risiken

Die Entwicklung der Produktivkräfte könnte genutzt werden, um den Arbeitstag für die Arbeiterklasse kleiner werden zu lassen, können sie doch in kürzerer Zeit das Gleiche produzieren. Aber nicht im Kapitalismus. Hier werden die Produktivkräfte bei gleichbleibender Arbeitszeit zu Steigerungen der Profite genutzt und, wie Marx es bereits in den Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie dargestellt hat, zur Aushöhlung des Prinzips der Mehrwertproduktion durch die zunehmende Ersetzung der lebendigen Arbeit, die neben der Natur die Hauptquelle des Reichtums ist. Marx verweist hier sogar auf eine im Kapitalismus beginnende tendenzielle Aufhebung des Systems der Lohnarbeit.
Zwei Wissenschaftler der Universität Oxford, Michael Osborne und Carl Benedikt Frey, haben in einer groß angelegten Studie 702 verschiedene Berufe in den USA analysiert. Sie sind der Frage nachgegangen, inwieweit die Entwicklung der Produktivkräfte herkömmliche Arbeit verdrängt. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass in den nächsten 20 Jahren 47 Prozent der heutigen Arbeitsplätze nicht mehr existieren werden, weil ihre Aufgaben automatisiert werden. Roboter und Computerprogramme werden an ihre Stelle treten. Sie befürchten, dass die Entwicklung der Produktivkräfte keine neuen Arbeitsplätze schafft.
Wenn Unternehmen mittels „Crowdsourcing“ Tätigkeiten, die bisher von eigenen Beschäftigten erbracht wurde, auf Plattformen im Internet weltweit ausschreiben und an wechselnde Auftragnehmer vergeben, erzeugt dieses einen enormen Druck auf bisherige Arbeitsverhältnisse, die tendenziell reduziert und durch freie Auftragsverhältnisse ersetzt werden. Ergebnisansprüche werden Zeit-, Entgelt- und Leistungsanforderungen dominieren. Bisher angestellte Beschäftigte werden so zur Crowd, zu Auftragnehmern, die in der Cloud arbeiten. Sie werden zu sogenannten Solo-Selbstständigen, die fern aller Tarifverträge und sozialer Absicherungen in Konkurrenz mit tausenden anderen ihre Arbeit billig anbieten müssen. Wir werden es hier mit einer neuen Art der Prekarisierung zu tun haben, der digitalen Prekarisierung. Orts- und zeitungebundene Arbeit bedeutet Arbeit auf Abruf zu jeder Zeit und an jedem Ort. Und aller Wahrscheinlichkeit nach gesteuert von einer Maschine. Das Kapital wird zusätzliche Profite einfahren, da es mit diesen Arbeitsformen Sozialabgaben und Steuern in erheblichem Ausmaße einsparen wird.

Dank der Entwicklung der Produktivkräfte ist es heute möglich, diese riesige, stetig anwachsende Datenmenge zu sichten und auszuwerten. Und damit auch das Verhalten derjenigen, die diese Dinge nutzen. Das gilt erst recht für die vorher erwähnte skizzierte Arbeitswelt. Daten über Arbeitsergebnisse, über Pensen, über Zuverlässigkeit des Arbeitenden und dessen Qualifikationen werden Basis zukünftiger Prognosen des Arbeitsverhaltens sein. Daten werden damit zu Disziplinierungsfaktoren, Benchmarks über Arbeitsleistungen entwickeln sich zu Repressionsinstrumenten.

Was tun?

Der Stand der heutigen Entwicklung der Produktivkräfte setzt die Frage nach gesellschaftlichen Alternativen, aus unserer Sicht nach dem Sozialismus, ganz oben auf die Agenda der Gewerkschaften. Auf der Agenda steht damit auch die Frage, wie es uns gelingen kann, die Diskussion über Vorstellungen von gesellschaftlicher Alternative in den Gewerkschaften zu führen. … Ja, und wir werden auch diejenigen benennen, die aufgrund ihrer Klasseninteressen Gegner einer solchen Debatte sind: Es ist das Kapital, es ist die Klasse der Kapitalisten. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Kapitalist als Boss mit Zylinder, dicker Zigarre und Luxuskarosse sichtbar ist. „Kapitalist sein, heißt nicht nur eine rein persönliche, sondern eine gesellschaftliche Stellung in der Produktion einzunehmen.“ Es geht also nicht um Personen oder Menschengruppen, sondern um die Klassenverhältnisse. Wenn das Kapital heute in Form von Hedgefonds und Aktienverwaltern auftritt, dann benennen wir sie auch.

Im Fokus der anstehenden Auseinandersetzungen wird das Normalarbeitsverhältnis stehen. Mit Veränderung der Arbeitsorganisation durch die Entwicklung der Produktivkräfte ist es in Gefahr nicht nur weiter atomisiert zu werden – durch Leih- und befristete Arbeit, durch Teilzeitarbeit und Niedriglohnbeschäftigung –, sondern ganz von der Bildfläche zu verschwinden.

In diesem Zusammenhang muss es gelingen, in die jederzeitige und vollumfängliche Verfügungsgewalt des Kapitals auf die menschliche Arbeitskraft einzugreifen. Vorschläge der Gewerkschaften dazu sind ein erster Ansatz, den es aufzugreifen gilt. … Letztlich geht es um das von den Gewerkschaften in die Diskussion gebrachte Projekt der Guten Arbeit.

Mit dem derzeitigen Stand und der absehbaren Entwicklung der Produktivkräfte erhält die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein ganz besonderes Gewicht.

Bei allen heutigen und zukünftigen Entwicklungen der Produktivkräfte muss eins gelten: Sie dürfen nicht für Aggression und Repression verwandt werden, sie dürfen keine weitere Anwendung in Waffen-, Kontroll- und Überwachungssysteme finden. Es ist an der Zeit, eine Diskussion zu initiieren analog der Diskussionen an Schulen und Hochschulen, die Forschung, Wissenschaft und Lehre nicht im Dienst von Armeen wissen wollen.

Es ist und es bleibt unsere Aufgabe, auch und gerade beim vorliegenden Thema der Entwicklung der Produktivkräfte, die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt und als Lösung in den anstehenden Auseinandersetzungen einzubringen.

Zu Aspekten des Bewusstseinsstands der Arbeiterklasse

Grundlage bilden einige Ergebnisse aus der Beschäftigtenbefragung der IG Metall aus dem Jahr 2013 unter dem Motto „Arbeit: sicher und fair! Die Befragung“. Die Angst vor sozialer Unsicherheit findet ihren Ausdruck darin, dass 75 Prozent der Befragten als wichtigstes Handlungsfeld den Erhalt und die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme sehen, also Rente, Pflege, Gesundheit und Arbeitslosigkeit. Sie haben wahrgenommen, welche sozialen Folgen die berüchtigten Arbeitsmarkt- und Sozialreformen durch die Politik der Agenda 2010 erbracht haben. Nur 4 Prozent schätzen ein, dass sie von der gesetzlichen Rente gut leben können. 42 Prozent, also fast die Hälfte der Befragten, befürchten, dass die gesetzliche Rente nicht ausreichen wird.

Wie stark sich das Schreckgespenst Arbeitslosigkeit mit all seinen negativen Folgen in den Köpfen verankert, zeigt die Beantwortung einer weiteren Frage: 99 Prozent der Befragten finden einen unbefristeten Arbeitsvertrag für wichtig bis sehr wichtig, mit 90 Prozent folgt, dass ein ausreichende und verlässliches Einkommen, ebenfalls in der Spannbreite, sehr wichtig bis wichtig ist.

Die Spaltung der Belegschaften in Stamm- und Randbelegschaften, das Ausgliedern von immer mehr Betriebsteilen zu Einkommen unterhalb der bisherigen Tarifverträge führt dazu, dass 39 Prozent der Befragten sich Sorgen um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes machen.

Dass der Jugend mehr und mehr die Chance auf eine Perspektive nach einem eigenen Leben durch Mangel an Ausbildungsplätzen genommen wird spüren die Eltern am deutlichsten. Dieses findet seinen Ausdruck darin, dass bei 67 Prozent der Befragten die Schaffung von Bildungschancen unabhängig von Herkunft oder dem Geldbeutel der Eltern ein wichtiger Punkt ist.

Es lebe das Leben!

Ausstellung mit Werken von Ula Richter

Am vergangenen Sonntag wurde um 13 Uhr die Ausstellung „viva la vida!“ („Es lebe das Leben“) mit Bildern der Malerin Ula Richter in den Räumen des Vereins Bezent in Dortmund eröffnet.
Die Künstlerin stellt sich vor:

Geboren 1939 in Göttingen, studierte ich Malerei und Grafik an der Werkkunstschule Hannover und der Hochschule für Bildende Künste, Berlin. Der Lernerfolg war begrenzt: Die Professoren Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre waren eher „Selbstverwirklicher“ als Lehrer und dem Abstrakten zugetan, die Schülerin verunsichert und bockig. Zeichnen und malen lernte ich eher beim Arbeiten für die Anatomie in Hannover, beim eigenen Naturstudium, beim Experimentieren mit Malgründen und Farben.

Auch wenn das Leben in einer Familie mit drei Kindern, politisches Engagement und das Arbeiten in anderen Berufen die eigene künstlerische Arbeit zeitweise erschwerten, blieb sie doch als Anspruch immer da. Seit 1988 steht sie wieder im Mittelpunkt, neben dem Engagement in der Friedens- und Antifabewegung. Beide Themen ziehen sich als Anmerkungen und Reflexionen durch viele meiner Bilder.

Vom etablierten Kunst- und Kulturbetrieb und Markt wurde die gegenständliche Malerei lange Zeit totgesagt, erst in den letzten Jahren findet ein Umdenken statt. Allerdings liebt man diese neu entdeckte Gegenständlichkeit vor allem um ihrer selbst willen. Engagierte Malerei bleibt nach wie vor eher in der Nische.

Ula Richter: Schwanenflug

Die Leichtigkeit und Flüchtigkeit der Wolken, ihre heitere oder bedrohliche Gestalt, im Winde wehende schwarze und rote Fähnchen sind Beobachtungs- und Malgegenstand ebenso wie die Menschen, mit denen ich lebe oder die Dinge des täglichen Lebens, das Brot, die Rosen, der Wein …

So wie mich der Protest gegen den Vietnamkrieg in den 60er und 70er Jahren politisierte, sind es die heutigen Kriege, die die eine Weltmacht USA und ihre Verbündeten für Öl und Gas, für das Besetzen der geostrategisch wichtigsten Regionen der Erde entfesseln, die mich auf die Straße, aber auch vor die Staffelei treiben. Und es sind die deutschen Verhältnisse, ihr Rassismus und Neofaschismus, die mich politisch und künstlerisch beschäftigen.

Die Schönheit der Welt und ihre außerordentliche Bedrohung sind das Spannungsfeld, das mich beim Malen treibt, es sichtbar zu machen ein immer neuer Versuch.

Ich lebe und arbeite seit 1975 in Dortmund, bin Mitglied in verdi/Fachgruppe Bildende Kunst und der Künstler/innen-Gruppe Tendenzen, Berlin

Gemeinschaftsausstellungen mit „Tendenzen“, Berlin. Einzelausstellungen in Dortmund, Essen, Oberhausen, Castrop-Rauxel, Wülfrath, Winterberg, Bad Fredeburg, Brilon, Schmallenberg, Frankfurt/Main, Steinbach, Münster, Bochum. Ausstellungsorte waren bisher u. a. Rathäuser, Kulturhäuser, zentrale Bildungsstätten von Gewerkschaften.

Die Ausstellung von Werken Ula Richters ist voraussichtlich bis zum 25. April in den Räumen des Bezent e.V., Münsterstraße 56, Dortmund, während der Veranstaltungen und während des Sonntagsfrühstücks von 11 bis 13 Uhr zu sehen.

Juden in Oswiecim

Lesung mit Lucyna Filip

Oswiecim, bekannt in der Welt unter dem Namen Auschwitz, gilt als Symbol der Vernichtung des jüdischen Volkes. Aber nur wenige wissen, dass diese alte Piastenburg einige Jahrhunderte hindurch auch pulsierendes Zentrum jüdischen Lebens war und dass die Juden hier bis 1939 die Mehrheit der Einwohner bildeten. Sie besaßen ihre eigene Religion, Sitten und Sprache und beeinflussten auch das städtische Leben: mit eigenen politischen Parteien, Sportorganisationen und Theaterzirkeln.
Der Zweite Weltkrieg veränderte alles. Die Stadt, in der sie geboren und aufgewachsen waren, wurde zum Ort ihrer Vernichtung.

Lucyna Filip legt eine facettenreiche Darstellung des kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Lebens der Juden dieser Stadt zwischen den beiden Weltkriegen vor.

Lucyna Filip studierte Geschichte und Germanistik, arbeitet als Publizistin und forscht aktuell zum Thema „Juden aus Oswiecim zwischen Holocaust und Emigration“ an der Universität in Katowice.

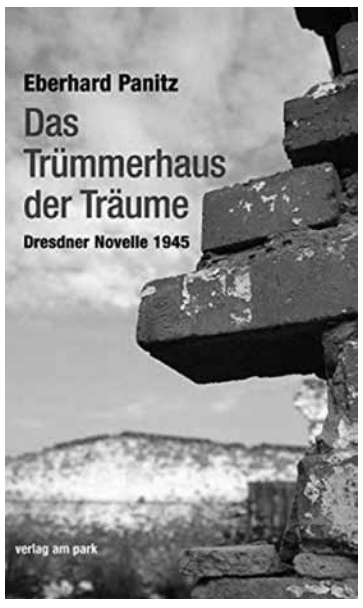
Donnerstag 26. März, 19.00 Uhr
NS-Dokumentationszentrum, Appellhofplatz 23–25, Köln
Ein Begleitprogramm zur Sonderausstellung Todesfabrik Auschwitz: Topographie und Alltag in einem Konzentrations- und Vernichtungslager
Gebühr: 4,50 Euro
ermäßigt: 2,- Euro

Neues ist zu lesen über Ereignisse von vor 70 Jahren

Eberhard Panitz: „Das Trümmerhaus der Träume. Dresdner Novelle 1945“

Eberhard Panitz‘ Buch weckt mit dem Titel, der von Schillers „Don Karlos“ angeregt wurde, und ersten Sätzen Erwartungen: Das alliterierende Trümmerhaus und Träume – als T-Stabreim – weist auf zerstörte Hoffnungen hin, lässt aber Spannung erwarten. Der Untertitel weist auf den Handlungsort Dresden hin – ein immer wiederkehrender Ort im Schaffen des am 16. April 1932 in Dresden geborenen Erfolgsautors („Unter den Bäumen regnet es zweimal“, 1969; „Die unheilige Sophia“, 1974 und überarbeitet 2007; „Absage an Viktoria“, 1975; „Die Moral der Nixe“, 1978; „Meines Vaters Straßenbahn“, 1979 und 1996; „Leben für Leben“, 1987 u v.a.m.) –, das Jahr 1945 auf die verheerenden Bombenangriffe vom Februar 1945 auf die Stadt und der Begriff „Novelle“ auf Überraschendes und neue Einsichten. „Novelle“ ist nicht nur eine Gattungsbezeichnung, sondern auch Begriff für eine Gesetzesergänzung, einen Kommentar. Man darf das um 1945 handelnde Buch als Kommentar zur Gegenwart betrachten, auch zu Panitz‘ Buch „Dresdner Novelle 1989“ (2009).

Der Leser wird von Anfang an zielstrebig eingestimmt. Was danach kommt, enttäuscht zu keiner Zeit. Eberhard Panitz hat nichts von seinem Erzählvermögen eingebüßt. Der Erzähl- und Spannungsaufbau ist reizvoll, der historische Hintergrund vom ersten Satz an eindeutig, die Ereignisse bedrohlich: Die autobiografisch angelegte Novelle beschreibt die Kindheit und Jugend Jürgen Kreuzigers, ein Alter Ego des Autors, und beginnt während der faschistischen Herrschaft. Jürgen Kreuziger, „noch im gitterumzäunten Kinderbett“ (5), wird von herabfallenden Putz und Mörtelstücken bedroht, eine motivliche Vorwegnahme der später stürzenden Häuser in den Bombenangriffen. Zerstörung durchzieht die Handlung als Motiv, ein anderes Motiv ergibt sich daraus: Zerstörung bedeutet Neuanfang. In der Zerstörung der Stadt bricht das Gefängnis auf, aus dem Antifaschisten ausbrechen können und den Widerstand gegen das angeschlagene, aber noch gefährliche System aufnehmen. Es ist ein Vorgang, den man ähnlich in den Tagebüchern Viktor Klemperers lesen kann: Durch die Zerstörung Dresdens war die vorbereitete Deportation jüdischer Bürger, zu denen auch die Klemperers gehören sollten, hinfällig geworden, weil die Unterlagen vernichtet worden waren; selbst den Judenstern konnten sie abtrennen, weil keinerlei Übersicht mehr bestand. Es fallen in Panitz‘ Novelle zahlreiche solcher Ereignisse aus Erinnerungen und Tagebüchern ein, auch aus eigenen Erlebnissen, die ich 1945 während der Angriffe in Dresden hatte. Darin wird deutlich, dass sich der Autor an realen Vorgängen orientierte. Die fehlende



Eberhard Panitz: Das Trümmerhaus der Träume. Dresdner Novelle 1945. verlag am park, 2015, 210 S., 14,99 Euro

Luftverteidigung Dresdens wird ebenso beschrieben wie die den Angriffen widerstehende und von ihnen wenig betroffene Dresdner Rüstungsindustrie. Die erst Tage nach dem Bombenangriff einstürzende Frauenkirche, weil sie innerlich ausgeglüht war, ist ebenso Thema wie die heute nicht mehr überschaubaren Flüchtlingsströme, die durch die Stadt zogen und die Zahl der Toten bis heute nicht genau nachweisbar macht, trotz aller historischen Bemühungen.

Jürgen Kreuziger und Horst Kühnel sind befreundet. Sie saßen in der Schule nebeneinander, sie spielten zusammen, teilten miteinander Freud und Leid, begeistern sich für Karl-May-Bücher und befreunden sich mit dem in Dresden legendären Patty Frank, der das Karl-May-Museum in Radebeul verwaltete. Schließlich hatten sie als Jugendliche zur gleichen Zeit die ersten Freundinnen und dienten im Jungvolk. Ihre Freundschaft hat einen mythischen Zug und erinnert an die feindlichen Brüder, denn sie stammen aus sozial gegensätzlichen Familien, die nicht gut aufeinander zu sprechen sind, und auch sie sind manchmal gegensätzlicher Ansicht. Es gibt Zeiten der Sprachlosigkeit zwischen ihnen. Aber beide Familien sind in den nationalsozialistischen Staat integriert: Kleinbürgerlich kritisch, aber hoffnungslos, bäuerlicher Herkunft und den Krieg ablehnend die Kreuzigers, die Kühnels großbürgerlich, mit präsenten Vorräten an Holz, aus dem Sägewerk stammend, wo der Vater Oberingenieur ist, um es nach der späteren Flucht der Eigentümer wie eigenen Besitz zu verwalten. Mit diesem Holz als Tauschobjekt lässt sich die Nachkriegszeit überstehen. Beider Freundschaft wird, bedingt durch den sozialen Gegensatz, auf Proben gestellt, aber beide wollen nicht glauben, „was die Stunde geschlagen hat“ (36). Horst vertritt selbst noch im Zusammenbruch einen ausgesprochen nationalen Standpunkt; Jürgen zweifelt daran, sieht aber keine Alternative. In das zerstörte, fast unzugängliche Haus der Großeltern rettet sich ein geflohener Häftling, ein Antifaschist namens Böhmer. Er wird zum Deus ex Machina des Geschehens. Jürgen hilft ihm mit Verpflegung und muss darüber schweigen, auch gegenüber dem Freund. Nach Kriegsende scheint es, als habe die Freundschaft keinen Bestand, zumal die Kühnels den Osten verlassen. Horst aber bleibt. Böhmer wird für die Dresdner Schulen verantwortlich und so bekommen die beiden Freunde die Möglichkeit, auf eine neu eingerichtete und orientierte DIE NEUE SCHULE zu gehen. Noch hören die Angriffe nicht auf, nochmals wird Horst verdächtigt, sogar verhaftet, aber als unschuldig wieder entlassen. Dass es zu dieser Zeit Denunziationen und Verleumdungen in Hülle und Fülle gab, wird mitgeteilt.

Requisiten spielen eine große Rolle: ein Fernglas, das eigentlich das Opernglas der Großeltern ist. Mit ihm kann man sich in der zerstörerischer werdenden Wirklichkeit orientieren, weil es wie ein „Wunder“ Fernes in die Nähe holt. Für Böhmer wird es überlebensnotwendig und verhilft zur Unterscheidung von Freund und Feind. Er gibt es Jürgen zurück, als „die Zeit des Beobachtens und Versteckens vorbei“ (115) ist. Die Abenteuerlust, ausgelöst durch die Karl-May-Lektüre und die Bekanntschaft mit Patty Frank, wurde schließlich befriedigt durch das Zielschießen auf Soldaten als Pappscheiben. Dass sie damit in das Getriebe des Verbrechens gerieten, war ihnen nicht bewusst. Im Feuersturm der Bombennacht begannen sie es zu ahnen. Aber alles war undeutlich, Jürgen hatte „keinen Plan und kein Ziel“ (109). Neben diesen Requisiten spielen literarische eine Rolle, die eine geistige Orientierung für den Neuanfang bilden: Gedichte Goethes, ein Zitat aus Schillers „Don Karlos“ und Gerhart Hauptmanns „Untat von Dresden“, wobei dieser Text nicht in der zitierten Vollständigkeit, sondern verkürzt um die Passagen, es seien auch „in England und Amerika gute Geister genug vorhanden“, die Dresdens Untergang betrauerten, in den Tageszeitungen der Nazis abgedruckt wurde. Bei den literarischen Verweisen könnte das Argument auftreten, es handele sich um Klischees. Aber wer diese Zeit erlebt hat, weiß, dass es wenig Bedeutungsvolles gab, was für die Allgemeinheit Bestand gehabt hatte. Und so wurden bestimmte Namen wie Banner – Goethe, Lessing und Schiller, Kleist, Büchner und Heine – häufig wiederholt. Später erweiterte sich der literarische Kanon um „Puschkin-, Majakowski- und Gorkigedichte“ (174). Eberhard Panitz hatte in seinem „Tagebuch der totgesagten Dichter“ (2013) *(vgl. dazu UZ vom 5. 7. 2013)* über die Bedeutung dieser Namen für die geistige Orientierung ausführlich berichtet.

Die Novelle behandelt keine neuen Themen, man hat sie gehört und gelesen. Aber Panitz fand ein geeignetes Mittel, um sie als Erlebnisse der beiden Freunde eindringlich werden zu lassen: Er hielt sich streng und mit spröder Sachlichkeit an den Blickwinkel Jürgens, aus dem er erzählt; dadurch kann er auf übergreifende theoretische oder hochpolitische Sichtweisen verzichten und seine Gestalten in einem vermeintlich schlichten, aber höchst gefährlichen Alltag verfolgen: Zuerst als mehr oder weniger engagierte Mitläufer nationalsozialistischer Herrschaft, dann als verunsicherte Jugendliche der Nachkriegszeit und schließlich als Beteiligte an einem neu entstehenden gesellschaftlichen System.

Es ist ein beeindruckend sachliches Buch, ein spannend erzähltes dazu. Unaufdringlich liefert es Erfahrungen aus einer Zeit, die äußerstes Verderben und Elend über die Menschen brachte. Es wäre für manche der heute Demonstrierenden, ob als PEGIDA oder mit anderen -IDA-Bezeichnungen, eine nützliche Lektüre: Sie könnten Erfahrungen, die sie entweder nicht hatten oder verdrängt und vergessen haben, z.B. wie durch Kriege Flüchtlingsströme entstehen und wie es dabei Deutsche traf, zur Kenntnis nehmen, um ihre Ansichten zu prüfen und unhaltbare Vorstellungen zu korrigieren.

Rüdiger Bernhardt

Anzeige

Progressive Literatur **Verlag Wiljo Heinen**

Kapitalherrschaft oder Demokratie

Jürgen Heidig
Kapitalherrschaft oder Demokratie
Eine Streitschrift

Tb. • 252 S. • 14,– €

In der DDR gab es die »Diktatur des Proletariats« – darüber wurde offen gesprochen, der Staat bekannte sich stets zu dieser Macht des Volkes. Doch wer herrscht in der BRD-Demokratie?

Jürgen Heidig vergleicht und legt den Finger auf viele Posten.

ISBN 978-3-95514-018-2 • 14,– €

www.gutes-lesen.de

Wir trauern um unseren Genossen und langjährigen UZ-Leser

Jochen Peters

aus Suhl.

Jochen ist am 18. 02. 2015 über 85-jährig gestorben. Sein ganzes Leben lang war er mit der sozialistischen Arbeiterbewegung verbunden. Frieden, Gerechtigkeit und Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft waren seine Herzensanliegen.

Wir werden ihn nicht vergessen.

DKP Suhl

Der Mensch ist erst wirklich tot, wenn niemand mehr an ihn denkt
Bertolt Brecht

Unser Freund und Genosse,
der Künstler und Kommunist

Bodo Treichler

4. 11. 1943 - 12. 3. 2015

lebt nicht mehr

Bodo gehörte jahrzehntelang der kommunistischen Bewegung an, war Mitglied der SEW und der DKP. Seit einigen Jahren parteilos, blieb er der DKP stets eng verbunden und mit Herz und Verstand Kommunist. Kurz bevor seine schwere Erkrankung diagnostiziert wurde, half er im Juni 2014 eine Woche beim Aufbau des UZ-Pressefestes in Dortmund und stellte in der Kunsthalle seine Skulpturen aus. Viele werden sich gerne an die anregenden Gespräche mit ihm erinnern.

Als glühender Internationalist leistete Bodo in den 1970er-Jahren der jungen Revolution in Nicaragua praktische Solidarität. Dort lernte er seine Frau, unsere chilenische Genossin Graciela kennen und lieben. Sie lebten mehrere Jahre in Chile bevor sie gemeinsam nach Münster zogen.

In Münster engagierte sich Bodo für die VVN-BdA, unter anderem gestaltete er 2010 ein Denkmal zur Erinnerung an die ZwangsarbeiterInnen im "Waldpark" in Münster-Hiltrup. Er war Mitinitiator und Motor der Marx-Engels-Gesellschaft und wirkte in zahlreichen weiteren Initiativen.

Hohe Anerkennung fand Bodo auch als Künstler. In seinem Stadtteil Kinderhaus leitete er Kurse und führte Schulklassen an die Grundlagen von Kunst und Bildhauerei heran. Bodo war Mitglied in der Freien Künstlergemeinschaft Schanze. Kulturpolitisch brachte er sich auf verschiedenen Ebenen ein und vertrat sein Konzept des Materialistischen Realismus.

Bodo war ein kritischer Querdenker. Seine Ideen und Impulse werden uns sehr fehlen. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie, insbesondere seiner Frau Graciela.

Die Trauerzeremonie findet am 27. März 2015 um 13.00 Uhr in der Trauerhalle des Waldfriedhofs Lauheide in Münster statt.

DKP Münster Marx-Engels-Gesellschaft VVN-BdA Münster

Anstelle von Blumen bitten wir im Sinne von Bodo um Unterstützung für Kuba:

Kuba-Solidaritätskonto der DKP
IBAN DE93 3701 0050 0253 5255 02 | Stichwort: Bodo Treichler

*** Urlaub in Köln ***

Helferinnen und Helfer für das Festival der Jugend gesucht.
22. bis 25. Mai 2015, Jugendpark, Kölner Rheinwiesen
Die DKP unterstützt das Festival der SDAJ
u.a. mit dem Café K · bei Auf- und Abbau · bei der Versorgung
Kontakt: dkp.pv@t-online.de

Zum 1. Mai gibt es die UZ wieder kostenlos*.

Da wir nicht garantieren können, dass die Ausgabe von Freitag, dem 1.Mai pünktlich geliefert werden kann, nehmen wir die UZ vom 24. 4. zum Verteilen.

Das hat zudem den Vorteil, dass wir sie auch gut zur Mobilisierung zum 1.Mai nutzen können.

Gebt eure Bestellungen **bis spätestens 20. April** an:
vertrieb@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-23 /24
oder Gustl Ballin 0911 8 019991.

* Wir bitten, uns nach Möglichkeit lediglich die Versandkosten zu erstatten (z. B. ein 10 kg-Paket mit 140 Exemplare kostet 8.- €, 30 kg mit 400 UZ 12.- €)

Themenschwerpunkt-Ausgaben zu den Ostermärschen und zum 8. Mai.

Unsere Aktions-UZ-Preise:

Stückzahl	Preis	Stückzahl	Preis
bis 14	10.- €	141 – 170	35.- €
15 - 28	15.- €	171 – 200	40.- €
29 – 70	20.- €	201 – 250	50.- €
71 – 110	25.- €	251 - 300	60.- €
111 – 140	30.- €	je weitere 100 Exemplare	10.- €

Gebt eure Bestellungen **bis spätestens 30. März bzw. 4. Mai** an:
vertrieb@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-23 /24
oder Gustl Ballin 0911 8 019991.

Bildungsberatung NRW

Bildungsberatung NRW

Eingeladen sind alle Bildungsverantwortlichen der Bezirke, Kreise und Gruppen aus Ruhr- und Rheinland-Westfalen und an der Bildungsarbeit interessierte Mitglieder beider Bezirke zu einem regionalen Erfahrungsaustausch.

Wie ist der Stand der Realisierung der Beschlüsse zur Bildungsarbeit in den Gruppen und Kreisen?

Welche Hilfestellungen sind nötig für die Restrukturierung der Bildungsarbeit?

Wie kommen die zentralen Bildungsmaterialien in den Kreisen und Gruppen an?

Wie läuft die inhaltliche Qualifizierung der Antragsdebatte für den 21. Parteitag?

Referent und Diskussionspartner:

Dr. Hans-Peter Brenner,
stellvertretender Vorsitzender der DKP

Zeit: Sonntag, 29. 3. 2015, 10.00 Uhr
Ort: Essen, Parteivorstand, Hoffnungstraße 18

Anmeldungen erbeten bis Mittwoch, 25. 3.,
bei der Bundesgeschäftsstelle.

Unser Freund und Genosse

Robert Steigerwald

wird 90

Robert wurde am 24. März 1925 in Frankfurt/M geboren. Wie in vielen Arbeiterfamilien jener Zeit widerspiegelte sich die Spaltung der Arbeiterbewegung auch in seiner Familie, die teils sozialdemokratisch, teils kommunistisch geprägt war.

Ende Mai 1945 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft geflohen, war er zunächst in der SPD aktiv, wurde hessischer Vorsitzender der „Falken“ und Vertreter im Bundesvorstand. Robert wurde sowohl Zeuge des Bemühens von Kommunisten und Sozialdemokraten um die Arbeitereinheit wie auch der massiven Abwehr dieser Bestrebungen durch die SPD-Führung.

Der Antikommunismus Kurt Schumachers führte letztlich zum Bruch mit der SPD. Auf Roberts besorgte Frage an Schumacher, wo denn angesichts der vom Kapitalismus ausgehenden Kriegsgefahr die SPD stehe, antwortete dieser: „Was soll die Frage? Es wird zum Krieg kommen. Da werden wir auf der Seite der Engländer stehen, die Kommunisten auf der Seite der Russen.“ Das war der auslösende Moment für Roberts Übertritt in die KPD.

Robert studierte an der Karl-Marx-Hochschule der SED, wo er auch einige Zeit als Philosophielehrer wirkte. Der Philosophie gehörte fortan seine besondere Neigung. In Büchern und Zeitschriften, in Vorträgen und Artikeln, in Parteiprogrammen und Streitgesprächen leistet er bis heute seinen Beitrag, um die Ideen von Marx, Engels und Lenin auf alle Wissensbereiche anzuwenden und um sie zur zeitgemäßen Richtschnur in den Klassenkämpfen von heute zu nehmen. Robert hat sich weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus einen Namen als marxistischer Philosoph gemacht.

In das Bild eines sich im Elfenbeinturm abschließenden Gelehrten, das man sich häufig gerade von Philosophen macht, passt Robert allerdings ganz und gar nicht. Robert war und ist ein Mann der Wissenschaft wie der praktischen Parteiarbeit. Er war stets bereit, dort zu arbeiten, wo seine Partei ihn brauchte: in der Sozialdemokratischen Aktion (SDA), als Agit/Prop-Sekretär in Hessen, als Redakteur der Parteizeitung oder als Abteilungsleiter für Theorie und Bildung in der Zentrale der illegalen KPD. Von der Klassenjustiz wurde er dafür verfolgt. Mit insgesamt fünf Jahren Haft gehört er zu denjenigen Kommunisten, die in der Zeit des Kalten Krieges am längsten eingekerkert waren.

Nach der Konstituierung der DKP hat Robert in verschiedenen zentralen Funktionen auf dem Gebiet der marxistischen Bildungsarbeit gewirkt: als Vorsitzender der Marxistischen Arbeiterbildung (MAB), als Abteilungsleiter für marxistische Theorie und Bildung des Parteivorstands der DKP. Von der Grundsatzerklärung des Essener Parteitags 1969 über die Düsseldorfer Thesen und das Mannheimer Parteiprogramm von 1978 hat er maßgeblich an allen programmatischen Dokumenten der DKP mitgearbeitet. Robert war zwei Jahrzehnte Mitglied des Parteivorstands und gehörte zeitweilig auch dessen Sekretariat an. In den Büroräumen des Parteivorstands war Robert allerdings nur schwer zu halten. Sein Element waren öffentliche Versammlungen und besonders Streitgespräche mit Vertretern anderer politischer oder ideologischer Positionen.

Bis heute wirkt Robert als Mitglied der Redaktion und des Herausgeberkreises der Marxistischen Blätter sowie in der Marx-Engels-Stiftung mit, deren Vorsitzender er mehrere Jahre war, soweit es die inzwischen angeschlagene Gesundheit zulässt. Er ist Ehrenvorsitzender der Marx-Engels-Stiftung.
Lieber Robert, wir danken Dir für Dein fast sieben Jahrzehnte währendes unermüdliches Wirken in der kommunistischen Bewegung. Wir wünschen Dir gute Genesung von Deiner Erkrankung und noch ein paar schöne gemeinsame Jahre mit Deiner Frau, unserer Genossin Annemarie, die Dir in guten und schweren Zeiten zur Seite gestanden und keinen geringen Anteil an dem hat, was Du unserer Bewegung gegeben hast.

Deutsche Kommunistische Partei
Parteivorstand
Bezirksvorstand Hessen
Kreisvorstand Main-Taunus

SDAJ Bundesvorstand
Marx-Engels-Stiftung
Redaktion Marxistische Blätter

CommPress Verlag und Redaktion der UZ

Wir suchen für die telefonische Werbung von UZ-Abonnentinnen / Abonnenten zielstrebige und freundliche Genossin oder ebensolchen Genossen auf Honorarbasis.

Nachfragen, Infos und Bewerbungen:
verlag@unsere-zeit.de, Telefon 0251 - 2652 9640

UZ SHOP

8. MAI – TAG DER BEFREIUNG 70 JAHRE – СПАСИБО!

Kapuzenpullover	**(Elfenbein + Rot auf Schwarz)**	**24,- €**
T-Shirt	**(Elfenbein + Rot auf Schwarz)**	**14,- €**
Girlie-Shirt	**(Elfenbein + Rot auf Schwarz)**	**14,- €**
Kaffeebecher	**(Aufdruck auf rotem Becher)**	**7,- €**
Button	**(Elfenbein + Rot auf Schwarz)**	**2,- €**

Auch als T-Shirt oder Girlie-Shirt

CommPress Verlag GmbH . Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
E-Mail: info@unsere-zeit.de
Alle Preise inkl MWSt. + 2,- Porto (auf die gesamte Bestellung)

Entschleunigung:
Ruhe & Natur satt im Müritz-Nationalpark. 2 FeWo je 2–3 Pers. ganzjährig in Kratzeburg-Granzin. Havel & Havelseen, Boot & Rad.
Info: www.trinogga.de
Tel.: 0331/870796 (AB)

Urlaub im Lotsenhaus an der Ostsee

(14 km von Stralsund)
3 komfortable Fe.-Wo.

Erich und Michaela Bartels
Näheres: Tel. 03831 – 459 366
www.ferien-im-lotsenhaus.de

Urlaub im schönen Havelland

– wald- und wasserreich – Nähe Berlin-Spandau preiswerte Ferienwohnung für 5 Personen (2 Zimmer, Wohnküche – Herd, Kühlschrank, Bad, Dusche, WC). Preis nach Vereinbarung. Näheres Tel./Fax: 033 231/60661

Toskana, nah am Meer
www.toskana-biohof.de | 0039. 0566. 81478

Ökohof im Olivenhain,
weiter Blick, Stille;
große helle Zimmer,
viele gute Bücher,
Haus oder Häuschen;
Kinderparadies.

Betr.: „Unterm Strich jetzt doch eher bescheiden“ von Manfred Jansen,

UZ vom 6.3.2015, S. 2

Ich stimme Achim Bigus' Einschätzung der Metalltarifrunde weitgehend zu, vor allem dass das Erkämpfte in Sachen Lohn und das Verteidigte bei der Altersteilzeit ohne die Beteiligung von über 800 000 MetallerInnen an den Warnstreiks nicht möglich gewesen wäre. Wie er sehe ich eine reale Steigerung der Kaufkraft und bei den Metallgewerkschaftern, mit denen ich jetzt sprach, grundsätzliche Zufriedenheit und das Gefühl: Es hat sich gelohnt zu kämpfen. Die Art, wie Manfred Jansen die These vertritt, die Kampfkraft sei nicht ausgeschöpft worden und mehr drin gewesen, kommt mir oberlehrerhaft vor und zudem unbewiesen. Ich musste mich vor Jahren selbst schon mal belehren lassen, dass gut organisierte Warnstreiks nicht unbedingt den Willen der Basis zu mehr ausdrücken. Dazu schrieb ich jüngst erst in der UZ einiges, wozu hier der Platz fehlt.

Das auch zu den Jahresprämien in nicht wenigen Großkonzernen, die schon mal bis zu 10 000 Euro betragen können, bei Daimler aktuell 4350. Diese Prämien werden aber nicht eben mal so nach Gusto ausgeschüttet, um den KollegInnen die Lust am Streiken zu nehmen, wie Jansen vermutet. Das hätte Daimler bei einem 5,5-Prozent-Abschluss deutlich billiger haben können. Sie sind auch Erfolg gewerkschaftlicher Interessenvertretung, erhöhen die Löhne und schmälern die Profite. Natürlich haben sie wie alle Erfolge im Kapitalismus einen Doppelcharakter, sie vermitteln auch Illusionen bezüglich des Charakters des Systems gerade in Kernbereichen der Arbeiterklasse. So wie ich das Schönrechnen ablehne, so halte ich es auch mit dem Schlechtrechnen von Abschlüssen. Auf die von Jansen genannten 2,72 Prozent kommt man nur, wenn man die Einmalzahlung einfach außen vor lässt. Wichtig ist, dass die 3,4 Prozent tabellenwirksam sind, dass 2016 ff. darauf aufgebaut werden kann. Natürlich fand hier keine Umverteilung von oben nach unten statt, wurde die Exportwalze nicht gebremst und die Lohnquote nicht erhöht. Wieso aber gerade mit diesem Abschluss das Sinken der Lohnquote eine weitere Dynamik gewinnen soll ist nicht nachvollziehbar. Vor die Wahl gestellt, aufgrund auch kleiner Erfolge KollegInnen zum weiteren Kämpfen zu motivieren oder das Gefühl zu vermitteln, alles habe nichts gebracht, bevorzuge ich jedenfalls die erste Variante.

Volker Metzroth, Bad Kreuznach

Wir bitten darum, uns kurze Leserzuschriften zuzusenden. Sie sollten unter der Länge von einer Spalte bleiben. Die Redaktion behält sich außerdem vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die Redaktion

Margot Konetzka für lebenslanges Friedensengagement geehrt

Am Internationalen Frauentag hat der Bremer Frauenausschuss in diesem Jahr zum ersten Mal einen Ehrenpreis für lebenslanges Engagement verliehen. Den Preis erhielt unsere 86-jährige Genossin Margot Konetzka für ihr lebenslanges Engagement für den Frieden. Der Festakt fand vor zahlreichen Gästen aus der Frauen-, Friedens- und Gewerkschaftsbewegung im historischen Bremer Rathaus statt. Zuvor war Anette Klasing, Bildungsreferentin im Lidice-Haus, als „Frau des Jahres 2015“ ausgezeichnet worden. Die Auszeichnung wurde zum 15. Mal vergeben. Anette Klasing unterstützt seit vielen Jahren die Friedensbemühungen, die an der Basis zwischen israelischen und palästinensischen Menschen stattfinden.

Die Laudatio für Margot hielt Kollegin Margareta Steinbrücke von der Arbeitnehmer-Kammer. Sie führte aus, dass die Erfahrungen des Krieges Margot unmittelbar nach dessen Ende zum Eintritt in die KPD und deren Jugendorganisation, später in den Demokratischen Frauenbund Deutschlands bewegten und zur Triebkraft für ihr bis heute unermüdliches Friedensengagement wurden. In Stichworten erinnerte sie an Margots Aktivitäten bei den Ostermärschen gegen Wiederaufrüstung und Atomwaffen, bei der Gründung des Arbeitskreises Christinnen und Kommunisten, gegen den Vietnamkrieg der USA und den im Zusammenhang damit aus der Taufe gehobenen Bremer Solidaritätsbasar, der in diesem Jahr zum 50sten Mal stattfindet, bei der Mahnwache für den Frieden an jedem Donnerstag auf dem Bremer Marktplatz, die nach über 30 Jahren zu einer nicht mehr wegzudenkenden Institution geworden ist. Zugleich wurde das Engagement der Preisträgerin für soziale Gerechtigkeit gewürdigt, ihre viele Jahrzehnte währende unermüdliche Arbeit in der Gewerkschaft, lange Zeit im DGB-Frauenausschuss, heute bei den Verdi-Senioren und bei der Organisierung des jährlichen internationalen Tages der älteren Generation am 1. Oktober sowie Margots vielfältiger Einsatz für die Rechte der Frauen.

Kollegin Steinbrücke endete mit den Worten: „Dafür danken wir Dir, liebe Margot. Du bist uns ein Vorbild über so lange Zeit, gegen alle Rückschläge und das manchmal müde werden, weil es so langsam voran geht, unerschütterlich am Einsatz für die Sache der Frauen und des Friedens festzuhalten, und dies über alle Konfessions-,Weltanschauungs- und Parteigrenzen hinweg immer integrativ und gleichzeitig in der Sache entschieden, dabei bescheiden und sich niemals in den Vordergrund stellend, ist einfach vorbildlich. Du hast den Ehrenpreis des Bremer Frauenausschusses für lebenslanges Engagement wirklich verdient.“

Die TeilnehmerInnen des Festakts stimmten diesen Worten mit langanhaltendem Beifall zu. Ebenso einmütig war die Zustimmung zu Margots Dankesrede, in der sie dazu aufrief, den gemeinsamen Kampf nicht spalten zu lassen durch das Ausspielen von Frauen gegen Männer, Jung gegen Alt, Deutsche gegen Ausländer, weiße gegen farbige Menschen. Das helfe nur denen, die auch heute nicht bereit sind, den Frauen die gleichen Rechte einzuräumen die ihnen wie den Männern laut Grundgesetz zustehen. **W.G.**

termine@unsere-zeit.de

FR ★ 20. MÄRZ

Bochum: „Immer noch Stamokap?“ Diskussionsveranstaltung der DKP Bochum mit Beate Landefeld, Essen, Mitherausgeberin der Marxistischen Blätter. Kulturzentrum Bahnhof-Langendreer, Wallbaumweg 108, 19.30 Uhr.

SA ★ 21. MÄRZ

Eschborn: Festveranstaltung zum 90. Geburtstag von Robert Steigerwald. Es sprechen u. a. Prof. Andras Gedö, Prof. Alfred Kosing, Dr. Manfred Lauermann und Dr. Arnold Schölzel (Chefredakteur jW), Prof. Gretchen Binus und Willi Gerns (Marxistische Blätter), Prof. Heinz Karl; der DKP-Parteivorsitzende Patrik Köbele, eine Vertreterin der SDAJ. Grußworte u. a. von Willi van Ooyen, Fraktionsvorsitzender der Partei „Die Linke“ im Hessischen Landtag, und vom Bürgermeister der Stadt Eschborn. Einen literarisch-musikalischen Beitrag wird Erich Schaffner beisteuern. Ratssaal der Stadt Eschborn/Ts., Rathausplatz 36, 11.00 Uhr.

München: „Marxistische politische Ökonomie und Stamokap“ , Veranstaltung des DKP-Betriebsaktivs München. Nähere Infos unter 089/448 39 16.

Bochum: Gedenkveranstaltung zum 95. Jahrestag des Kapp-Putsches und der Märzrevolution. Es spricht Günther Gleising. Nordfriedhof Mahnmal, Eingang Osterfeldstraße, 14.00 Uhr.

SO ★ 22. MÄRZ

Hagen: Ehrung der Märzgefallenen im Kapp-Putsch. Veranstaltung der DKP Hagen. Remberg-Friedhof, 11.00 Uhr.

Barhöft: „Antifaschismus – was heißt das heute?“ Bildungswochenende der DKP Mecklemburg-Vorpommern. Infos und Anmeldung: www.dkp-mv.de/bildung, bildung@dkp-mv.de.

MO ★ 23. MÄRZ

Bad Kreuznach: „DKP wohin? Kommunistische Parteikonzeptionen in der Diskussion.“ Mitgliederversammlung der DKP-Gruppe Bad Kreuznach. Wassersümpfchen 23, 20.00 Uhr.

DI ★ 24. MÄRZ

Bremen: Diskussion der DKP Bremen-Nord zum Leitantrag an den 21. Parteitag. Gustav-Heinemann-Bürgerhaus, Bremen-Vegesack, 19.30 Uhr.

MI ★ 25. MÄRZ

München: Treff der Ostgruppe der DKP München. KommTreff, Holzapfelstraße 3, 19.00 Uhr.

DO ★ 26. MÄRZ

Heidenheim: Jahreshauptversammlung der DKP-Heidenheim. Hotel Pöltl, 20.00 Uhr.

SA ★ 28. MÄRZ

Elmshorn: Jahreshauptversammlung DKP Elmshorn. Reinhold-Jürgensen-Zentrum, Jahnstraße 2a, 10.00 Uhr.

Idar-Oberstein: „Kritik des Bedingungslosen Grundeinkommens – Arbeitszeitfragen, mehr als ‚nur' die 30-Stunden-Woche.“ Wochenendseminar des gewerkschaftspolitischen Forums der DKP Rheinland-Pfalz. Referenten: Berthold Schmidt und Volker Metzroth. Infos: volker-metzroth@dkp-bad-kreuznach.de.

SO ★ 29. MÄRZ

Bochum: Kranzniederlegung der VVN-BdA am Denkmal der Kämpfer gegen Reaktion und Faschismus in Bochum-Werne. Die Gedenkrede hält Katharina Schwabedissen, Sprecherin der LISA (Linke sozialistische Arbeitsgemeinschaft Frauen) in NRW. Treffpunkt Marktplatz in Bochum-Werne, 11.00 Uhr.

MO ★ 30. MÄRZ

Berlin: „Victor Grossman crossing the river – Vom Broadway zur Karl-Marx-Allee.“ Veranstaltung mit Victor Grossman und Wiljo Heinen (Verlag Wiljo Heinen) in Zusammenarbeit mit der DKP-Pankow. Kultur- und Schankwirtschaft BAIZ, Schönhauser Allee 26 a, Berlin Prenzlauer Berg,19.00 Uhr.

Köppern: Gedenkveranstaltung der DKP Hochtaunus für die vor siebzig Jahren ermordeten Zwangsarbeiter. Waldfriedhof Köppern, 17.30 Uhr.

Terminankündigungen

von Gliederungen der DKP gehören auch in die UZ! Bitte so schnell wie möglich, spätestens am Freitag eine Woche vor dem Erscheinungstermin der entsprechenden Ausgabe der UZ, möglichst auch mit Angabe des Themas der Veranstaltung an termine@unsere-zeit.de oder UZ-Redaktion, Hoffnungsstraße 18, 45 127 Essen.

Der Kampffonds der DKP – die erste Spendenadresse für Kommunistinnen und Kommunisten!

Kontoinhaber: DKP Parteivorstand
Konto Nr.: 4002 487 502
GLS Bank Bochum
BLZ 430 609 67
IBAN: DE36 4306 0967 4002 4875 02
Stichwort: Spende für die DKP

DKP KAMPFFONDS

UZ Jetzt abonnieren und Prämie sichern!

Hiermit abonniere ich die UZ – Wochenzeitung der DKP. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraums gekündigt wird. (Bitte eine Aboprämie auswählen)

☐ **NEU! 3 - Monats - Abo zum Kennenlernen (Sonderpreis 10,- €)**

☐ Jahresabo (Preis nach eigenem Ermessen)
☐ Normalabo (126,- € / Jahr)
☐ Ermäßigter Preis (72,- € / Jahr)
☐ Förderabo (mindestens 160,- € / Jahr)*

Ich zahle mein UZ-Abonnement
☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich

*Alle Preise inkl MwSt. und Versand (Sie sparen bis 6,- € pro Jahr durch die Erteilung einer Einzugsermächtigung).

Ihre Prämie für ein Jahresabonnement (bitte ankreuzen)

Harald Neubert: Europäische Nachkriegsordnung (Buch, 300 S.)
☐

Ihre Prämie für ein 3-Monats-Abo (bitte ankreuzen)

Josef Schleifstein: Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin (Buch, 165 S.)
☐

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon, E-Mail

☐ **Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat**

KTO / IBAN

BLZ / BIC

Datum, Unterschrift:

Coupon einsenden oder per Mail schicken: CommPress Verlag GmbH . Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen . E-Mail: info@unsere-zeit.de

Impressum

unsere zeit (UZ) – Zeitung der DKP (ISSN 0943–4216)

Herausgeber:
Parteivorstand der DKP
Erscheint wöchentlich

Redaktion:
Nina Hager (0201/1778–8914, Chefredakteurin, v. i. S. d. P.), Paul Kranefeld, Manfred Idler, Olaf Matthes, Lars Mörking, Werner Sarbok

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernehmen allein die Autor/inn/en die Verantwortung. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Telefon: 0201/225447
Internet: www.unsere-zeit.de
E-Mail: redaktion@unsere-zeit.de

Anschrift der Redaktion
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Druck
Union Druckerei Berlin GmbH

Verlag
CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Geschäftsführer: August Ballin
Telefon: 0201/177889-23/26
Fax: 0201/177889-28
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Abo-Service und Anzeigenbetreuung
Walter Herbster/Ben Richter
Telefon: 0201/177889-23/26
Fax: 0201/177889-28
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Anzeigenschluss
Jeweils Montag, 12.00 Uhr
(für die kommende Ausgabe).

Bankverbindung
Postbank Köln (BLZ 370 100 50)
Konto-Nr.: 417099507
IBAN: DE34 3701 0050 0417 0995 07
BIC: PBNKDEFF

Spendenkonten des DKP-Parteivorstandes:

Für zentrale Arbeit:
GLS Bank, Bochum, BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 400 248 7500
IBAN: DE90 4306 0967 4002 4875 00, BIC: GENODEM1GLS
Für internationale Solidarität:
Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 253 525 502
IBAN: DE93 3701 0050 0253 5255 02, BIC: PBNKDEFF

Meine progressive Woche

Vom 7. bis 13. März

Montag

Die anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen der neuen griechischen Regierung und der EU machen auch deutlich, in welchem Ausmaß die europäischen Staaten bereits ihre Souveränität verloren haben, zumindest wenn sie Schulden haben. Die abgewählte griechische Regierung war eine solche nur noch dem Namen nach. Die Zügel hielt auch nicht die nationale Bourgeoisie, sondern die Troika in der Hand, die im Lande schaltete und waltete, wie sie wollte. Am Beispiel Griechenlands stellt sich die Frage, ob wir es mit einer Renaissance der kolonialen Kompradoren-Bourgeoisie zu tun haben – im dritten Jahrtausend und mitten in Europa. Eine Frage auch von marxistisch theoretischem, aber auch völkerrechtlichem Interesse.

Dienstag

Die Frage der Souveränität einer Regierung hat verschiedene Facetten. Selbst die oft als Weltregierung apostrophierte US-Administration ist bezüglich ihrer Außenpolitik mit neuen Spielregeln konfrontiert. Auch in Washington galt die Regel pacta sunt servanda – mit anderen Staaten geschlossene Verträge wurden auch von Nachfolgeregierungen respektiert. Wie soll man auch sonst international verlässliche Politik betreiben können?

Nun droht die republikanische Mehrheit im US-Senat den von Obama vorangetriebenen Atomvertrag mit dem Iran zu torpedieren. 47 republikanische Senatoren schreiben der Führung in Teheran, dass das Atomabkommen ohne Zustimmung im Kongress jederzeit gekippt werden könne. Es sei dann eine bloße Vereinbarung, die vom nächsten Präsidenten „mit einem Federstrich" beseitigt werden könne.

Die Botschaft ist die gleiche wie im Falle Griechenland: Es gilt das Recht des Stärkeren. Nach Innen und nach Außen. Das Gebaren gleicht immer mehr (Vor-) Kriegszeiten.

Mittwoch

Ihre Souveränität sehen auch die baltischen Staaten bedroht – von Russland. Natürlich haben gerade kleine Staaten das Recht, sorgsam auf Eigenständigkeit, Einhaltung des Völkerrechts und Sicherheit der eigenen Grenzen zu pochen. Der 2-plus-4-Vertrag hatte den Anspruch, die europäischen Grenzen auf lange Zeit festzuschreiben.

Seitdem haben wir die Zerschlagung Jugoslawiens und die Ost-Verschiebung der NATO erlebt – Letzteres unter konkretem Bruch des Vertrages. Heute schicken die USA 3 000 Soldaten mit schwerem Gerät in die baltischen Länder, die seit zehn Jahren Mitglieder der NATO sind. Ob das eine Stärkung der baltischen Souveränität ist?

Donnerstag

Es gibt aber auch Länder, die werden immer souveräner. Deutschland unter Frau Merkel zählt dazu. Nun stimmen auch die Prognosezahlen wieder. Für dieses und nächstes Jahr rechnen die Wirtschaftsinstitute mit Wachstum von 1,8 Prozent und mehr. Als Gründe werden der niedrige Ölpreis oder die Euroschwäche genannt.

Es ist einfacher: Die 1,1 Billionen des EZB-Programms, landen weitgehend beim deutschen Kapital. Einmal über den Ankauf deutscher Staatsanleihen, was den Export deutscher Waren erleichtert, zweitens über den Ankauf anderer EU-Staatsanleihen, was den anderen Ländern den Import deutscher Waren erleichtert. Das nenne ich souverän. ***Adi Reiher***

Spessart schwimmt jetzt im Schwarzen Meer

Foto: bundeswehr

Die *Nordwest-Zeitung* aus dem Bundeswehrstandort Oldenburg bringt es auf den Punkt: „Flagge zeigen im Schwarzen Meer: Die Nato übt sich in Kriegsspielen". Mit dabei im feuchten Vorfeld der Krim: Die Bundeswehr mit dem Marinetanker „Spessart" *(s. Archivfoto)*. Es handelt sich bei dem Einsatz offensichtlich um die Umsetzung der Dekrete von Gauck, Merkel, Steinmeier und von der Leyen, mehr „Verantwortung" zu übernehmen – auch dann, wenn es nicht gerade vor der eigenen Küste ist. Am Einsatz an der maritimen Südflanke Russlands sind neben Deutschland die USA, Bulgarien, Italien, Rumänien und die Türkei beteiligt. Die „Spessart" mit Heimathafen Kiel hat bereits in anderen Gewässern mit russischen Küsten „Verantwortung" getragen: Mitte letzten Jahres war sie an BALTOPS 2014 in der Ostsee beteiligt. Mit dabei: Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Großbritannien, Lettland, Litauen, Niederlande, Polen, Schweden, Belgien, Norwegen und die USA. Die Länder, die (noch) nicht zur Nato gehören, laufen unter der Bezeichnung „Partnership for Peace (PfP)". Die kriegsmäßige „Einkreisung" Russlands ist, so Konteradmiral Brad Williamson, nicht der aktuellen Situation geschuldet, denn der Einsatz der Nato wurde schon im vergangenen Jahr geplant. Zuvor lag die „Spessart" vor Somalia, Rota (Spanien), Gibraltar, übergab 50 afrikanische Flüchtlinge an die spanische Coast Guard, fuhr weiter nach Guinea, Nigeria, Südafrika, Madagaskar, Seychellen. Es gibt viel offensiv zu verteidigen …

Uwe Koopmann

Das Abkommen von Varkiza

Griechenland Februar 1944, Teil 5

Am Verhandlungstisch von Varkiza saßen sich Vertreter der Übergangsregierung unter dem Erzbischof von Athen, der als Regent vom König eingesetzt war, und Vertreter der EAM (Nationale Befreiungsfront) gegenüber. Schon das war strittig gewesen, weil die bürgerliche Seite zunächst nur mit der KKE verhandeln wollte, um den kommunistischen Charakter der „Aufständischen" zu unterstreichen. Letztendlich mussten die von Monarchisten und Reaktionären durchsetzten Bürgerlichen von der britischen Regierung an den Verhandlungstisch gezwungen werden.

Dass die fortschrittlichen Kräfte in der „Schlacht um Athen" nicht nur militärisch an Boden verloren hatten, wurde von Beginn an deutlich. Verhandlungsgegenstand war nicht mehr die Entwaffnung und Auflösung der bürgerlich-reaktionären Militäreinheiten, sondern nur noch die Demobilisierung der fortschrittlichen griechischen Befreiungsfront ELAS, die den Hauptwiderstand gegen die deutsche Besatzung geleistet hatte – in enger Zusammenarbeit mit Agenten der im Mittelmeerraum stationierten britischen Streitkräfte.

Ohne offen an den Verhandlungen beteiligt zu sein, forderten die Briten die Freilassung aller Gefangenen und die Entwaffnung der ELAS. Die EAM war dazu bereit, forderte als Gegenleistung eine Generalamnestie, freie politische Betätigung auch der Kommunisten und ihrer Massenorganisationen sowie eine Beteiligung der EAM an der Übergangsregierung. Auf dem letzten Punkt sollte nicht unbedingt bestanden werden. Mit dieser Direktive hatte die EAM die Verhandlungsführer im Vorfeld versehen. Im Laufe der zehntägigen Verhandlungen verließen die Verhandlungsführer diese Linie. Offensichtlich hatten sie in dieser Zeit keine Möglichkeit, sich mit den leitenden Organen der EAM zu beraten.

Im Ergebnis wurde bei der Generalamnestie in politisch motivierte und kriminelle Delikte unterschieden, was der Regierung jede Möglichkeit gab, willkürliche Verhaftungen vorzunehmen. Eine Regierungsbeteiligung der EAM wurde nicht vorgesehen. Lediglich die vollständige Entwaffnung der ELAS wurde vertraglich besiegelt. Am 12. 2. 1945 wurde der „Vertrag von Varkiza" (Symfonia tis Varkizas) unterzeichnet. Als Erfolg konnten die fortschrittlichen Kräfte allenfalls einige dehnbare Regelungen verzeichnen, zu denen sich die Regierung verpflichtet hatte. Dazu zählten das Prinzip der Allgemeinen Wehrpflicht, eine Grundrechtsgarantie und die Säuberung des öffentlichen Dienstes und der Polizei von Kollaborateuren der deutschen Faschisten.

Die britische Regierung war hochzufrieden, während das Zentralkomitee der KKE – wie auch die andren Kräfte innerhalb der EAM – dem bereits unterzeichneten Abkommen erst nach stürmischer Diskussion zustimmte. Innerhalb der bis zum 28. Februar gesetzten Frist wurde die ELAS vertragsgemäß demobilisiert. General Stefanos Sarafis, neben Aris Velouchiotis maßgeblicher Führer der ELAS, berichtet in seinen Memoiren „In den Bergen von Hellas", dass alle Waffen abgeliefert worden seien. Im einzelnen seien das gewesen: ★ 100 Geschütze verschiedener Kaliber und Modelle ★ 81 schwere Granatwerfer ★ 138 Leichte Granatwerfer ★ 419 Maschinengewehre H 1412 Maschinenpistolen ★ 713 Selbstladegewehre ★ 48 973 Gewehre und Pistolen 57 Panzerabwehrgeschütze und 17 Funkgeräte.

In einem letzten Appell forderten Sarafis und Velouchotis die Soldaten der ELAS auf, „… die besten Bürger [zu] sein und mit Eurer friedlichen Arbeit das Werk fortzusetzen für Euch selber und für die völlige Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten, so dass unser Land nach dem Willen des Volkes ein moderner, glücklicher und wirklich demokratischer Staat wird."

Diese Hoffnungen erfüllten sich nicht. „Varkiza" markierte nur das Ende der ersten Phase des Griechischen Bürgerkrieges nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Vertrag schuf keinen Frieden. **AR**

Fortsetzung und Schluss nächste Ausgabe

Das Wichtigste

Fußballdoping – Eine Zusammenfassung

Die internet-Seite *fussballdoping.de* dokumentiert vorbildlich, welche Rolle Doping auch im angeblich sauberen Fußball spielt. In der Selbstdarstellung der Betreiber heißt es:

„Doping im Fußball hat eine lange Tradition. Schon die Helden von Bern haben höchstwahrscheinlich mit Pervitin gedopt. Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland war der Einsatz von Aufputschmitteln jahrzehntelang üblich. Im Osten ist außerdem der systematische Einsatz des Anabolikums Oral-Turinabol nachgewiesen. In der jüngeren Vergangenheit sorgten die Skandale um Juventus Turin und den Madrider Doping-Arzt Eufemiano Fuentes für Aufregung.

Doping im Fußball sind keine Einzelfälle. Die Anti-Doping-Database listet beim Start dieses Blogs weltweit 177 Fälle auf, wahrscheinlich sind es deutlich mehr. Allein in Deutschland sind 19 Spieler positiv getestet worden, wobei einige davon wohl unabsichtlich falsche Medikamente zu sich genommen hatten. Der ehemalige Dopingdealer Stefan Matschiner glaubt, dass Doping im Fußball genauso verbreitet ist, wie in der Leichtathletik oder im Triathlon. Allerdings glaubt er heutzutage weniger an Teamdoping,

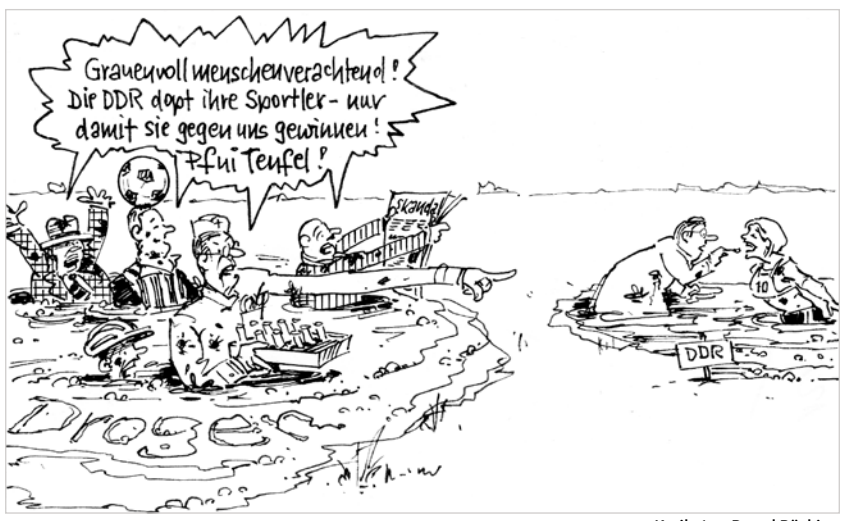
„Schon die Helden von Bern …"

eher an einzelne Spieler, die einen Vorteil suchen. Er selbst hat einige Athleten mit Mitteln versorgt.

Warum nicht mehr Spieler auffallen? Der Turiner Staatsanwalt Raffaele Guariniello sagt: „Es ist einfacher, einen geständigen Mafioso zu finden, als einen geständigen Fußballer:" Außerdem waren die Dopingkontrollen im Fußball lange Zeit ein Witz. Mittlerweile sind sie besser geworen, haben aber noch immer Lücken. Der Einsatz von Schmerzmitteln ist im Fußball weit verbreitet. Auch im Amateurfußball, wo zudem offenbar nicht selten das Aufputschmittel Ephedrin genutzt wird. Im Profifußball machen theoretisch all die Substanzen Sinn, die zum Beispiel auch in der Leichtathletik eingesetzt werden.

Profifußballer haben häufig keine Ausbildung – so steigt der Druck, mit dem Sport Erfolg zu haben. Weil der Fußball immer schneller und körperlicher wird, könnte der Ausweg Doping bei manch einem nahe liegen.

Bislang sind in deutscher Sprache zwei sehr gute Stücke zum Thema Doping im Fußball erschienen: 2007 schrieb Thomas Kistner über den ‚Spritzensport Fußball' im Magazin der *Süddeutschen Zeitung* und drei Jahre später produzierte Lorenz Rollhäuser ein knapp einstündiges Radiofeature für die ARD: ‚Außer Kontrolle – Doping im Fußball'."



Karikatur: Bernd Bücking

Der rote Kanal

***Der Mann mit dem goldenen Arm*, USA 1955**
Frank Sinatra kämpft mit seiner Heroinsucht. Einer der wenigen ehrlichen Filme in Hollywoods McCarthy-Jahrzehnt.
So., 22. 3., 11.30–13.25 Uhr, arte

***Frühjahr 45*, D 2015**
„Zeitzeugen verschiedenster Länder Europas berichten von ihren Erlebnissen im Angesicht des Kriegsendes, darunter Prominente wie die Philosophin Agnes Heller, die Schriftstellerin Leonie Ossowski, der Politiker Wladyslaw Bartoszewski, der Schauspieler Günter Lamprecht oder die Fernseh-Legende Georg Stefan Troller. Sie erzählen, was sie in diesen Wochen vor 70 Jahren erlebten, was sie empfanden, hofften, fürchteten. Gefühle und Gedanken, die, je nach Nationalität und persönlichem Schicksal, unterschiedlicher nicht sein können," So preist die ard ihre Dokumentation an.
Mo., 23. 3., 22.45–0.15 Uhr, ard

***Brisante Daten – Das DDR-Krebsregister und die Wismut*, D 2015**
86 Jahre alt ist Walter Matschinske. 2001 erkrankte er an Lungenkrebs. Doch er hatte Glück, er wurde geheilt. Dank eines Systems, das mit seinem Datenbestand weltweit einmalig ist, dem Nationalen Krebsregister der DDR.
Di., 24. 3., 20.45–21.15 Uhr, mdr

***Virgin Tales – unbefleckt in die Ehe*, CH 2013**
In den USA gelobt jedes achte Mädchen unbefleckt in die Ehe einzutreten. Sie suchen Keuschheit als Alternative zur „sündigen" modernen Kultur. Manche gehen im Bestreben nach Reinheit von Körper und Geist noch einen Schritt weiter. Geküsst wird erst vor dem Traualtar. Dazu gehören auch die fünf Wilson-Töchter, die nur einen Mann heiraten wollen, der genauso ist wie ihr Vater. Der ist Vorkämpfer der gespenstischen Bewegung, die schon Kinder in bizarren Ritualen auf Keuschheit verpflichten will.
Mi., 25. 3., 21.05–22.00 Uhr, 3sat

Louis Armstrong & His All Stars
Friedrichstadtpalast Berlin, DDR 1965 Live. Ein Knaller.
Do., 26. 3., 23.50–1.45 Uhr, mdr